

31

Bonn, Montag 4. Dezember 1972

Sprecher: Amrehn, Barzel, Blüm, Dregger, [Erhard], [von Hassel], Hasselmann, Katzer, Kiep, Kiesinger, Köppler, Kohl, Kraske, Lampersbach, Langguth, Lemke, Lorenz, Müller-Hermann, [Schröder], [Seiters], Stingl, Stoltenberg, von Weizsäcker, Windelen.

Politische Lage.

Beginn: 14.00 Uhr

Ende: 17.30 Uhr

Barzel: Ich begrüße Sie herzlich und bitte Sie um Verständnis, daß ich sitzen bleibe und Sie bitte, ein bißchen schonend mit mir umzugehen. Ich bedarf dessen noch, nicht, weil ich um 17.00 Uhr mich zusammen mit Hans Katzer, mit Stücklen und Strauß treffen, sondern weil es leider noch nicht so ganz in Ordnung ist mit mir.

POLITISCHE LAGE

Ich möchte gerne einen Bericht geben, der der Lage entsprechend ein sehr persönlicher Bericht sein wird. Als ich 1945 aus dem Krieg nach Hause kam nach Köln, da gab es sehr bald zur Überraschung von uns ein Theater. Und dies war ein Stück von Thornton Wilder¹, das damals in Deutschland und Europa gespielt wurde. Das Stück selbst ist nicht so wichtig wie der Titel. Der Titel hieß „Wir sind noch einmal davongekommen“. Das war 1945 unser aller Gefühl. Und genauso wäre mein Gefühl gewesen, wenn wir die Wahl gewonnen hätten. Wir haben die Wahl nicht gewonnen.² Die Deutschen erwarten von uns, nein, Sie haben uns in die Pflicht genommen, 45 % der Deutschen erwarten von uns, daß wir nun mit aller Kraft dagegen ankämpfen. Denn sie wollen wie wir in einem freien Staat leben, auch die, die das bei der Wahl vielleicht noch nicht richtig verstanden haben.

Wir hätten unser Handwerkszeug nicht gelernt, wir wären keinen Schuß Pulver wert, und keiner unserer Mitbürger würde sich 1976 noch nach uns umdrehen, wenn wir mit dieser Opposition nicht imstande wären, das Gröbste zu verhindern und eine neue Hoffnung zu begründen. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, daß viele junge Mitbürger, vor allem weit über die Partei hinaus, während der Kampagne mit

1 Thornton Niven Wilder (1897–1975), amerikanischer Schriftsteller. – Das Theaterstück, im Original „The Skin of Our Teeth“, wurde am 15. Oktober 1942 in New Haven/Connecticut uraufgeführt, die deutschsprachige Uraufführung fand am 16. März 1944 in Zürich statt. Druck: Thornton WILDER: Wir sind noch einmal davongekommen. Frankfurt/Main 1999.

2 Zum Wahlergebnis vgl. Nr. 30 Anm. 1.

uns und für uns auf der Straße waren. Bürger auf der Straße, das hat es noch nicht gegeben, und, meine Freunde, das wird es nie wieder geben, wenn wir jetzt diese Mitbürgerinnen und Mitbürger enttäuschen, wenn wir jetzt den Streit unter uns suchen, wenn wir kämpfen nicht gegen die geschilderten Gefahren, sondern gegen andere, wenn wir etwa nicht unser Wort halten.

Und ich meine deshalb, der erste Satz, der hier zu sagen ist, ist der, daß wir in der Pflicht derer stehen, die uns vertrauten. Denen versprachen wir Stehvermögen, Geschlossenheit und Kampf. Nicht aber Hader und Zweifel. Es ist jetzt so viel die Rede von Glaubwürdigkeit. Als ob man die herbeireden könnte. Glaubwürdigkeit, darüber redet man nicht, die hat man. Indem man zum Wort steht, vor der Wahl wie nach der Wahl. Und unser Wort heißt und hieß: unser Programm und unsere Geschlossenheit. Das ist das zweite, was hier zu sagen ist: Politik besteht nicht darin, die Bedürfnisse von Politikern zu befriedigen, sondern die Pflicht zu tun, die wir unserem Land und unseren Wählern schuldig sind.

Meine Freunde, es muß erlaubt sein, den Blick nicht nur auf uns zu richten, sondern auch auf die anderen. Die Koalition kann nun nicht mehr verbergen, daß alles das stimmte, was wir über Radikalismus, über Ostpolitik, über Preise, über Löhne, über Investitionen, über Staatsfinanzen, über Inflation und Reformunfähigkeit während der Wahlkampagne sagten. Jeder Zeitungsleser und jeder Fernsehzuschauer kann nun ein Lied davon singen.

Die DDR hat nun, nicht einmal 14 Tage nach der Wahl, in der UNO denselben Status wie wir, ohne eine nennenswerte Gegenleistung. Die Anerkennungswelle läuft, die Tötungswelle hat den ersten ermordet³, die Freigelassenen kommen spärlicher, Brandt darf nicht nach Ost-Berlin, die Einladenden für Besucher im Osten müssen halbe Helden sein, um Formulare auszufüllen. Jedermann sieht nun die anderen ohne Programm, verstrickt in einen Streit um Ministersessel, zusammengehalten vom Willen zur Macht. Plötzlich wird es an den Universitäten wieder turbulent. Die für den Wahlkampf schweigenden Linkssaußen, tätig damals allein entweder als Placke gegen uns oder als Dauerdiskussionsredner, melden sich wieder zu Wort, sie melden ihre Forderungen an. Die Einschüchterung von Professoren, die ein freies Bekenntnis als Demokraten gewagt haben, beginnt nun wieder, wie der RCDS völlig mit Recht gesagt hat, als Hetzjagd mit eindeutig faschistischen Zügen. Wir haben erste Nachrichten über Boykotte gegen Kaufleute, die uns unterstützen. Es ist die Rede von Fahndungslisten gegen Männer, die wagten, anderer Meinung zu sein. Dies alles ist Gesinnungsterror und Bespitzelung, dies alles ist alles andere als Friedenspolitik. Ich werde dazu im Bundestag sprechen, aber wir sollten schon vorher jedermann auffordern, sich im

3 Am 14./15. November 1972 kam es zu einem Zwischenfall an der innerdeutschen Grenze bei Duderstadt. Ein Flüchtling wurde von den Selbstschußanlagen verletzt und festgenommen. Vgl. FAZ vom 16. November 1972 „Die Bundesregierung verurteilt den Grenzübergang“; „Die Welt“ vom 16. November 1972 „Flüchtlinge durch Schüsse aus Todesautomaten verletzt“. Im Jahr 1972 waren am 21. Januar Horst Kullack, am 14. Februar Manfred Weyland, am 7. März Klaus Schulze beim Versuch, die Berliner Mauer zu überwinden, erschossen worden (<http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Start/Index/id/593918>).

Gesinnungsterror nicht verlassen zu fühlen, sondern sich ohne Furcht an die Führer der Opposition zu wenden, denn miteinander werden wir diesem Terror nicht erliegen.

Wenn wir diese paar Striche der Lage sehen, dann ist nichts dringlicher, als endlich die Stabilität der Union als Opposition herzustellen. Die Zeit der Lähmung und des Streites muß so schnell wie möglich und so gründlich wie möglich und so bald wie möglich beendet werden. Nur dann werden wir selbstkritisch und mit Erfolg uns mit uns selbst beschäftigen können. Wir sind nämlich eine gewählte Opposition und haben dort tagespolitische Pflichten zu tun, über denen wir freilich das Grundsätzliche nicht vernachlässigen dürfen.

Ich möchte ein persönliches Wort hinzufügen und werde morgen vor der Versammlung der CDU-Kollegen⁴ sicherlich dazu noch ein paar Sätze mehr sagen. Ich möchte von mir aus ganz selbstverständlich und ganz offen sein: Ich weiß, daß wir auf 1976 hin vieles neu zu durchdenken und manches neu zu bewirken haben werden. Aber noch weiß keiner, was da notwendig sein wird und wie und wann. Wer das alles schon heute weiß, ist eher dümmer als klüger als wir anderen. Ich weiß heute nur zweierlei: Erstens, ich stehe keiner besseren neuen Entwicklung im Wege. Und zweitens, die bessere neue Entwicklung wird nur kommen, wenn wir jetzt endlich das tun, was möglich ist, was nötig ist, was die Wähler von uns erwarten, nämlich diese Union als kraftvolle Opposition zu stabilisieren und endlich den Kampf gegen die anderen aufzunehmen. Nur von dieser Stabilität her werden wir imstande sein, unser Wahlversprechen einzuhalten und den Dienst zu leisten, den wir unserem Volk und uns selbst schuldig sind.

Meine Freunde, bei diesem Hintanstellen aller persönlichen Gefühle, Ansprüche und Empfindlichkeiten bin ich nicht nur freier, sondern auch verpflichteter, im Sachlichen meine Pflicht zu tun ohne jede falsche Rücksicht. Und ich verzichte nochmals, die Gründe aufzuführen, auf die gestützt ich vorschlug, die gemeinsame Fraktion bereits am 28. November zu konstituieren. Wir hätten uns viel Abträgliches erspart, wenn der Vorsitzende der Union, als er diesen Vorschlag machte, mehr Unterstützung seiner Freunde gehabt hätte.

Lassen Sie mich zunächst berichten über die Probleme zwischen CDU und CSU.⁵ Da schmerzt uns vieles. Denn noch kann man in Städten und auf Dörfern das kaum verblichene Plakat der Eintracht betrachten. Und noch gilt unser gemeinsames Programm als Wahlversprechen. Und ich weiß von vielen jungen Menschen, daß sie in Erinnerung an unseren gemeinsamen Wahlkampf, in dem viele nicht nur mit Elan,

4 Protokoll der Fraktionssitzung in ACDP 08-001-1030/2.

5 Diskussion über eine mögliche Auflösung der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU kurz nach der verlorenen Bundestagswahl. Vgl. MÜCHLER S. 172-186. – In einem Gespräch am 4. Dezember 1972 einigten sich Strauß und Barzel auf einen Kompromiß. Vgl. „Die Zeit“ vom 1. Dezember 1972 „Trennstrich statt Schrägstreich?“; „Spiegel“ Nr. 50 vom 4. Dezember 1972 S. 21-23 „Junge, diese Blütträume reifen nicht mehr“; „General-Anzeiger Bonn“ vom 5. Dezember 1972 „Die Unionsparteien setzen ihre Fraktionsgemeinschaft fort“ (Presseübersichten in ACDP Dokumentation 2/2322). Vgl. auch den Bericht Barzels in der Fraktionssitzung vom 5. Dezember 1972 über Irritationen zwischen CDU und CSU und eine mögliche Auflösung der Fraktionsgemeinschaft (Protokoll in ACDP 08-001-1030/2 hier S. 6-9). Vgl. auch Nr. 35 Anm. 28 sowie Einleitung Anm. 41.

sondern mit gläubigen Augen viele Anrempelien ertragen haben nun Fragezeichen mit sich und in sich herumtragen. An wen sollen wir uns anlehnen – so heißt die Frage –, wenn Ihr nicht einig und stark seid? Unterschätzen wir das nicht, was man nach einem Wahlausgang an Gelände schnell verlieren kann.

Bevor ich dazu berichte, möchte ich meine eigene Position unmißverständlich definieren. Eine Fraktion? Die Antwort heißt ja. Was denn sonst? Wir haben sie nicht in Frage gestellt. Die Frage heißt: Unser Programm und unsere Richtung? Die Antwort heißt ja. Was denn sonst? Wir haben sie so den Wählern versprochen. Um was geht es also in den Gesprächen? Die Antwort heißt: Nur darum, das Selbstverständliche, das Versprochene und das Nötige, den Respekt vor dem Wähler und den Respekt vor unserer Pflicht wieder herzustellen.

Meine Freunde, wenn jetzt aus Reihen der CSU einige kritische Punkte laut werden, so möchte ich zu diesen Punkten doch ein paar Sätze sagen. Zunächst einmal ist die CDU in der Lage, daß sie verglichen mit der CSU die einzige ist, die in den Wahlanzeigen auch von den nationalen Interessen und von diesen Fragen gesprochen hat. Zum Beispiel in unserer Schlußanzeige. Wenn immer noch die Rede ist von den Ostverträgen und davon, daß es der psychologische Schock des Jahres gewesen sei, das Ja dieses Vorstandes zu hören, dann möchte ich in Erinnerung rufen, daß am 7. Mai und am 14. Mai „Bild am Sonntag“⁶ konditionierte Jas der Kollegen Strauß und Stücklen verkündete, bevor wir dazu gesprochen haben. Wenn die Rede davon ist, daß der Grundvertrag falsch behandelt worden sei, dann möchte ich daran erinnern, daß die Erklärung vom 7. November⁷ vorher mit der CSU abgestimmt war, um eine Ziffer, die 4. Ziffer, erweitert wurde und dann als gemeinsame Erklärung herausging. Am 9. November gab es eine weitere Erklärung⁸, die auch in der CSU in ihrem Dienst an die Wahlkämpfer⁹ als Erklärung des CDU-Vorsitzenden Dr. Rainer Barzel mit der CSU abgesprochen war und also eine gemeinsame Erklärung darstellte. Am 10. November gab es eine Redneranweisung an die Redner der CSU¹⁰, nach der die Notwendigkeit sorgfältigster Prüfung und des Ausgehens von den neu geschaffenen Realitäten völlig klar sein sollte.

Zu unserer Freude hat die CSU besser abgeschnitten als wir, aber Amrehn hat neulich Herrn Goppel schon darauf hingewiesen, daß selbst beim Hochrechnen dieses

6 Vgl. „Bild am Sonntag“ vom 7. Mai 1972 „Eine einmalige Chance für die Regierung“ sowie „Bild am Sonntag“ vom 14. Mai 1972 „Stücklen: Dann gibt es kein Ja“.

7 Zum Wortlaut der Erklärung Barzels anlässlich der Paraphierung des Grundlagenvertrages am 7. November 1972 vgl. Presserferat der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages vom 8. November 1972 (ACDP Dokumentation 1/190-III-2).

8 Barzel hatte sich dafür ausgesprochen, den Grundlagenvertrag nicht zum Wahlkampfthema zu machen. Vgl. „Neue Rhein-Zeitung“ vom 10. November 1972 „Brandt und Barzel: Bürgfrieden für den Grundvertrag“.

9 Vgl. CSU Telegramm „Informationen zum Wahlkampf“ Nr. 16 vom 9. November 1972 (ACDP 07-001 AO BTW 1972 Werbemittel CSU unverzeichnet).

10 Vgl. die CSU-Publikation „Gegen Inflation für Stabilität und Vernunft. Rednerdienst II Bundestagswahl 1972“ (ACSP Druckschriften 3/106.2). – Synopse der Unterschiede zwischen den Rednerdiensten von CDU und CSU in ACDP 07-001-19039.

Ergebnisses wir das Ziel nicht erreicht hätten, denn den 0,7 % an Gewinnen der CSU stehen 5,2 % Gewinne der Koalitionspartner auch in Bayern gegenüber. Und wenn aus Reihen der CSU kritisiert worden ist, daß ich in der Wahlnacht dem Sieger meine Referenz erwiesen habe, so halte ich das erstens nach wie vor für richtig. Ich habe außerdem vor 20.30 Uhr ein Interview des Kollegen Strauß, in dem er eben dies durch ein Rundfunkinterview tat, gehört.

Wir haben also keinen Anlaß, hier irgendeine Debatte zu scheuen. Ich möchte hier darauf verzichten – was ich heute morgen im Präsidium¹¹ machte – das schönste Plakat, was mich selbst betrifft, aus dem Wahlkampf vor Ihnen auszurollen, nämlich ein riesengroßes Plakat nur mit den drei Buchstaben CSU. Es zeigt meinen Kopf ohne Slogan, ohne Namen, so groß, so schön, so oft bin ich hierzulande nicht plakatiert worden. (*Katzer*: In Bayern auch mit Erfolg.) Na, das weiß man nicht so genau.

Nun zu dem, was passiert ist am 24. November, das war wohl der Donnerstag, ich war nicht hier aus bekannten Gründen, da gab es eine Mitteilung an einen meiner Mitarbeiter von zuständiger Seite der CSU. Ich berichte jetzt hier auch vertrauliche Dinge, und bitte, dies auch so zu behandeln, die wohl für mich bestimmt sei: Es sei innerhalb der CSU diskutiert worden, dort sei eine klare Mehrheit in der CSU für eine eigene Fraktion. Darüber sei auch mit den Bezirksvorsitzenden der CSU gesprochen worden. Diese hätten den Auftrag, die Stimmung im Lande zu erkunden und für letzten Montag eine Sitzung vorzubereiten.¹² Aufgrund dieser Nachricht bin ich zurückgekommen. Ich hatte die Hoffnung, an einer Sitzung, zu der ich für den Abend eingeladen hatte, bestehend aus den erreichbaren Mitgliedern des Parteipräsidiums der CDU und, da die Fraktion betroffen war, des Elferrats der CDU selbst teilzunehmen.¹³ Dies war leider aus gesundheitlichen Gründen beim besten Willen nicht möglich. Ich hatte für diese Sitzung für alle Fälle einige Punkte aufgeschrieben, die ich hier in Erinnerung rufen möchte, soweit Sie an der Sitzung nicht haben teilnehmen können. Weil sie für die Meinungsbildung wichtig sind. Herrn von Hassel habe ich sie zugeleitet, er war so freundlich, sie dort bekanntzugeben.

Erstens: Ich habe immer nach dem konstruktiven Mißtrauensvotum wie nach der verlorenen Wahl erklärt und erkläre erneut, ich stehe einer neuen Entwicklung nicht im Weg. In der Wahlnacht haben das Präsidium und dann der Partei- und Fraktionsvorstand einer neuen Personaldebatte ausdrücklich widersprochen. Sollte sich daran etwas geändert haben, so wäre es fair, mir das zuerst selbst zu sagen.

Zweitens: 45 % der Wähler haben uns in die Pflicht genommen. Es wäre verantwortungslos, von unserer Seite diese Pflicht nicht kraftvoll zu erfüllen. Resignation, interne Streitereien oder Bruch der Wahlversprechen wären folgenschwerer und schlimmer

11 Protokoll in ACDP 07-001-1405.

12 Sitzung des CSU-Vorstands und der Landesgruppe am 27. November 1972 in München (vgl. Terminplan in ACDP 08-001-353/2 sowie „General-Anzeiger“ vom 28. November 1972 „Strauß fordert Verhandlungen über Fraktionsgemeinschaft“; „Frankfurter Neue Presse“ vom 28. November 1972 „Die Lösung aus München“).

13 Die Sitzung des CDU-Parteipräsidiums mit den CDU-Mitgliedern des Elferrates der Fraktion fand am 25. November 1972 statt (Protokoll in ACDP 07-001-1462).

als die Wahlniederlage. Wer würde uns künftig noch glauben? Gewinnen kann jeder, wer als Verlierer Ehrlichkeit und Stehvermögen zeigt. Das beweist das Format für die kommenden Chancen.

Drittens: Noch nie waren bei uns Politik und Wahlkampf so sehr gemeinsam diskutiert, verantwortet und getragen wie dieses Mal. Haben wir nur die Kraft, gemeinsam zu siegen, oder reicht unsere Kraft auch für einen möglichen neuen Anfang?

Viertens: CDU und CSU hatten und haben ein gemeinsames Programm. Sie führten einen gemeinsamen Wahlkampf. Mit einem gemeinsamen Spitzenkandidaten, der auf dem CSU-Parteitag zusammen mit Hans Katzer, Gerhard Schröder und Franz Josef Strauß gefeiert wurde¹⁴, der in Bayern plakatiert wurde, der in Bayern als Redner sich stark und erfolgreich einsetzte, dort nicht anders redend als anderswo.

Fünftens: Ich werde am Montag zur Sitzung der CSU nach München fahren und dort eine Erklärung abgeben wie in Ziffern 1 bis 4 ausgeführt. Ich werde außerdem fragen: Habt Ihr vergessen, wie wir hier in Bayern zusammen gekämpft haben? Was Ihr im Wahlkampf über unsere Gemeinsamkeit und über den Spitzenkandidaten erklärt habt, in München, in Bad Tölz, in Dachau, in Straubing, in Weißenburg, in Rothenburg, in Neumarkt, in Nürnberg, in Würzburg? Wir wollen zusammenbleiben, ohne den Kurs zu ändern. Unser Programm gilt: Wir bleiben die Mitte. Keine Kursänderung. Wer trennen will, muß wissen, nichts ist schlimmer als feindliche Brüder. Wir dürfen die Wähler, denen wir gemeinsame Stärke versprachen, nicht betrügen durch zerstrittene Schwäche. Wir dürfen jetzt doch nicht die Opposition schwächen! Wer will das verantworten? Es wäre das Ende des Gedankens der Union, wenn eine regionale oder personale Spannung stärker wäre als der Gedanke der Christlichen Union.

Dieses Gremium, was zusammen war, war so freundlich, dem zuzustimmen, mich aber zu bitten, nicht nach München zu fahren. Ich hätte dies auch wegen meiner Krankheit nicht getan. Ich habe statt dessen am vorigen Sonntag, dem 26., die Kollegen Strauß, Stücklen und andere angerufen, und zwar auf dieser Linie dieser fünf Punkte. Was nicht ohne Wirkung blieb. Man versprach mir, keine weittragenden Beschlüsse zu fassen. Am Tag darauf, also heute vor einer Woche, am Montag, gab es diese CSU-Sitzung. Sie endete mit der Bereitschaft zur Erneuerung der Fraktion. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, daß innerhalb dieser Sitzung die Zahl derer, die noch für eine Trennung votierten, auf eine ganz kleine Minderheit zusammengeschrumpft war. Es gab dann eine Situation, die etwas unerfreulich war. Ich habe Kollegen Katzer, da er zugleich mein Stellvertreter der Fraktion und in der Partei ist, gebeten, die Geschäfte zu führen, und in einer Situation, als es hier so aussah, als sei die CDU gelähmt und würde nur noch tun, was andere vielleicht wollten, erklärt, wir seien nicht bereit, am Freitag, also letzte Woche, zu verhandeln, nachdem Kollege Strauß zuerst gesagt hat, er könne, und dann konnte er nicht. Wir wollen jetzt nicht aufrechnen. Die Sitzung für morgen, wo er ja bereits eingeladen ist zur Konstituierung

14 Parteitag der CSU am 3./4. November 1972 in München. Am 4. November fand eine Kundgebung mit Rainer Barzel, Hans Katzer, Gerhard Schröder und Franz Josef Strauß statt.

der gemeinsamen Fraktion mit der Tagesordnung „Wahl eines Vorsitzenden“ ist ersatzlos abgesagt werden.

Wir müssen dasselbe Recht haben wie die CSU-Kollegen, nämlich die Lage unter uns zu erörtern. Dies beides ist zu meiner Freude geschehen. Es gab dann am Freitag eine Sitzung unserer Freunde aus der Fraktion, der auf unserer Seite Hans Katzer vorsaß¹⁵, eine wie es hieß „exploratorische“ Sitzung über die Fragen der Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen CDU und CSU. Darüber wurde ein Papier vorgelegt, das so nicht bleiben kann. Ich möchte ausdrücklich sagen, daß, wenn wir uns in einem Papier über die Grundlegung der Fraktion auf politische Grundsätze verständigen wollen, der erste Grundsatz nur heißen kann: Unser den Wählern versprochenes Programm gilt. (*Zwischenruf*: Und von der CSU?) Das steht da nicht drin, nein. Das ist die Bedingung, die ich völlig deutlich machen möchte. Interessant, daß in diesem Zusammenhang die Rede davon war, daß beide Parteien sich verpflichten wollen ... Lassen Sie mich zu Ende vortragen! (*Zwischenruf*: Ich habe nicht verstanden. Welches Papier?) Also, ich will versuchen, mich zu wiederholen. Die CSU hat ein Papier übergeben, wie jedesmal, über die Vereinbarung der Fraktionsgemeinschaft.¹⁶ Das machen sonst die Parlamentarischen Geschäftsführer. Ich habe, so lange ich Vorsitzender bin, mich geweigert, so was zu unterschreiben. Meine Vorgänger haben da alle möglichen Dinge unterschrieben bis zur Forderung von dem Kanal und jenem Kanal und den Haushaltssmitteln. Die Vereinbarung, die jetzt vorgelegt wird, ist umfassender, weil sie auch politische Grundsätze umfaßt. Ich habe dazu Ihnen eben gesagt, der wichtigste politische Grundsatz muß heißen, daß unser Programm gilt. In diesem Zusammenhang spielt eine Rolle die Forderung der CSU, sich gegenseitig zu verpflichten, bei allen Koalitionsfragen nur gemeinsam zu handeln. Wir haben diesen Vorschlag nicht recht verstanden, weil das für uns eine Selbstverständlichkeit war. Dann aber wird festgestellt, daß die Pressemeldung von 1969 stimme, daß es sehr wohl Gespräche mit konkretem Inhalt zwischen CSU und SPD gegeben habe.¹⁷ Ich habe von diesen Gesprächen durch diese Mitteilung vom vergangenen Freitag als Vorsitzender dieser Fraktion zum ersten Mal gehört.

Meine Freunde, in diesen Zusammenhang gehört ein zweiter Punkt, weil wir sonst an den Realitäten vorbeidiskutieren. Ich möchte von mir aus ein Wort sagen zum

15 Erste Sitzung der Verhandlungskommissionen von CDU und CSU unter Vorsitz von Richard Stücklen und Hans Katzer am 1. Dezember 1972 in Bonn (vgl. Pressemitteilung der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages vom 1. Dezember 1972 sowie „Frankfurter Rundschau“ vom 2. Dezember 1972 „CDU und CSU betonen Tendenz zur Einigung“; „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 2. Dezember 1972 „Unionsparteien kamen sich näher“).

16 Zum Positionspapier der CSU vgl. „Rheinische Post“ vom 5. Dezember 1972 „CDU/CSU bleiben in einer Fraktion“. Vgl. auch den Entwurf einer „Vereinbarung über die Fortsetzung der Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU für die 7. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages“ (Anfang Dezember 1972) in ACDP 08-001-399/3 (S. 2-5); „Behandlung und Annahme der nicht schriftlich vorgelegten Vereinbarung im Fraktionsprotokoll des CDU-Teils“ vom 11. Dezember 1972 in ACDP 08-001-1030/2; MÜCHLER S. 172-186.

17 Hinweis auf Gespräche zwischen CDU-Generalsekretär Max Streibl und dem bayerischen SPD-Vorsitzenden Volkmar Gabert in „Spiegel“ vom 6. Oktober 1968 „Großer Sprung“.

Grundvertrag. Wenn wir unser Programm ernst nehmen, dann können wir dazu nicht ja sagen. Weder ist Berlin gesichert, noch wird die Einheit der Nation gewahrt, noch sind die unzureichenden menschlichen Erleichterungen verbindlich. Ich nehme Bezug auf meine Erklärung während des Wahlkampfs, die Sie alle kennen. Mein persönlicher Vorschlag ist, und ich hoffe, daß die Ostkommission unter dem Kollegen Marx, die jetzt zur Stunde weiterarbeitet, bald ihre Arbeit wird beendet haben können, daß wir wie folgt verfahren: Daß wir alsbald einen Antrag im Deutschen Bundestag einbringen, der sagt, die Bundesregierung wird ersucht, die Verhandlung über einen Grundvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wieder aufzunehmen mit Zustimmung aller Fraktionen des Deutschen Bundestags, um ein befriedigendes Vertragswerk zu ermöglichen. Da kommen dann drei Punkte. Der erste betrifft die grundsätzlichen Punkte, der zweite betrifft die Frage Berlin und der dritte die Verbindlichmachung der menschlichen Erleichterungen.

Wir wollen diese menschlichen Erleichterungen nicht gering achten. Denn wir können nicht so tun, als lebten wir auf dem Monde und würden nicht feststellen, daß gerade wir einem Verkehrsvertrag zugestimmt haben, wo wir nun betrogen worden sind, weil die Behörden der DDR Terror ausüben gegenüber denen, die sich auf der Basis dieses Vertrages, nämlich Einladungen auszusprechen, bemühen. Lehnt die Regierung das, wie zu erwarten, ab, so verantwortet sie das Scheitern. Die Lage im Bundesrat ist anders als im Bundestag. Im Bundesrat haben wir eine Mehrheit. Ob dieses Gesetz zustimmungsbedürftig sein wird oder nicht, richtet sich nicht nach der Sachkunde von Minister Jahn, sondern allein nach dem Willen der Regierung, in der die Gruppen noch streiten, in der die eine sagt: „Macht es auf keinen Fall zustimmungsbedürftig, damit es durchgeht“, in der die andere sagt: „Macht es auf jeden Fall zustimmungsbedürftig, um am Schluß erneut die Union in die Knie zu zwingen.“ Die Möglichkeiten, das zu variieren, sind in der Tat in der Hand der Regierung. Nehmen Sie nur eine Sache, die Kollegen aus den Ländern kennen das am besten, nämlich die Steuerfreiheit für diese Vertretung, die da errichtet wird. Natürlich ist das eine Sache, die auch den Landesgesetzgeber interessiert. Schreibt man Sie ins Ratifikationsgesetz, ist es zustimmungsbedürftig, macht man das später als Folgegesetz, ist es nicht zustimmungsbedürftig, und so gibt es viele andere Dinge mehr, z. B. die Durchführung der Dinge an den Grenzen, macht man das in einem Akt oder zwei? Das ist eine Frage des Willens der politischen Führung. Ich persönlich meine, daß wir auf dieser Linie verfahren sollten, um dann ganz klar diesen Vertrag abzulehnen.

Ich habe den Eindruck, daß wir mit dieser Haltung um so eher verstanden werden, je mehr wir auf folgende Punkte hinweisen: Zunächst darauf, daß wir für Verträge sind, auch wenn die Bundesregierung sie ausgehandelt hat, denn wir haben dem Verkehrsvertrag zugestimmt. Und das zweite ist ein Punkt, über den man lange reden müßte, weil er auch ein Stück zu tun hat mit der psychologischen Grundanlage dieses Ausgangs der Bundestagswahl. Ich glaube, wir müssen davon ausgehen und müssen unseren Mitbürgern sagen – ich mache es jetzt ganz kurz –, daß die Regelung des Verhältnisses zur DDR von ganz anderer moralischer und historischer Qualität ist als die Regelung mit Polen und der Sowjetunion. Anders als gegenüber Rußland und Polen

und den Völkern dort schulden wir der DDR gar nichts. Vielmehr schuldet die DDR unseren Landsleuten drüben die Freiheit und uns allen die Selbstbestimmung. Wir müssen davon reden. Wir sollten uns nicht scheuen, in dieser Frage mit moralischem Rigorismus, mit historischer Verantwortung und mit humanitärer Verpflichtung zu argumentieren. Wir sollten uns nicht scheuen, die Charta der Vereinten Nationen in die Hand zu nehmen und zu vergleichen mit den Wirklichkeiten in der DDR. Dann muß man sagen – und dies kann ein Satz sein vom gleichen Rang wie der, daß von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen darf, der eine große Rolle gespielt hat in den letzten fünf Jahren – von deutschem Boden darf nicht erneut Unrecht ausgehen. Demokraten müssen manches hinnehmen, aber sie dürfen Unrecht nicht bestätigen. Wir müssen uns einig bleiben in der Frage, meine Freunde, daß wir als eine der Lehren aus dieser Niederlage die Konsequenz ziehen müssen, grundsätzlicher zu argumentieren. Nichts ist dringlicher – und nehmen Sie mich bitte beim Wort –, als in die graue Zone der geistigen Verbrüderung zwischen SED und SPD hineinzustößen zwischen der uns umgebenden Volksfront – sehen Sie, was in Frankreich¹⁸ ist, was in Holland¹⁹ sich ereignet hat. Dies ist ein Zeitgeist, dies ist ein Trend, der weit über uns hinaus geht. Nichts ist dringlicher, als das Wertbewußtsein und die Wertmaßstäbe und die Wertordnung der Grundordnung dieser Verfassung wieder ins Bewußtsein zu bringen. Dazu ist dies ein Anlaß. Das ist nicht die einzige Methode, dies zu erreichen.

Ich möchte nun nicht den Wahlanalysen vorgreifen, die bekommen wir im Januar. Wir haben einen Termin ausgesucht, Herr Kraske wird dies vortragen. Für Ende Januar wird uns sowohl die Analyse vorliegen wie das, was zwischen CDU und CSU sein wird, wie die Erklärung der Bundesregierung, daß wir dann ausführlich unsere Strategie werden diskutieren können. Aber einige Punkte muß ich als Ihr Vorsitzender heute doch sagen. Zunächst dies: Ich war seit Juni wahlkämpfend unterwegs. Und ich habe überall die Kandidaten und die Vorsitzenden gefragt: „Wie beurteilen Sie die Chancen?“ Nur fünfmal habe ich in der gesamten Zeit eine eher skeptische Erwartung gehört. Sonst gab es nur Optimismus, auch aus dem Süden. Meine Freunde, daß ein solcher Trend aus Beton gegen uns entstehen kann, ohne daß wir ihn merken, das ist ein Phänomen, über das wir nachdenken müssen. Das ist nicht nur zu erklären mit der unerhört fleißigen Hilfe junger Kommunisten und Jusos, die Haus für Haus und Tür für Tür gingen, die ihre Listen hatten. Eine Oma, die mir gesagt hat, sie will die Sozialdemokraten wählen, ist nicht nur damit zu erklären. Wir haben dies nicht bemerkt. Hier ist die Befürchtung begründet, daß wir alle zwar besser als früher als Abgeordnete in ständiger Kommunikation mit der Basis unserer Partei et vice versa stehen, daß die Basis unserer Partei aber nicht überall genug im Volk selbst verankert ist. Diese

18 Am 26./27. Juni 1972 unterzeichneten François Mitterrand und Georges Marchais ein gemeinsames Regierungsprogramm und schlossen damit das erste Volksfront-Abkommen seit 1934. Vgl. „Handelsblatt“ vom 29. Juni 1972 „Frankreichs Linke bildet neue Volksfront“; „Die Zeit“ vom 7. Juli 1972 „Der Erneuerer der Volksfront“.

19 Bei den Parlamentswahlen am 29. November 1972 in den Niederlanden hatte die sozialistische Partei der Arbeit 27,4 % der Stimmen erzielt, vgl. AdG 1972 S. 17511; „Münchener Merkur“ vom 1. Dezember 1972 „Leichter Linksruck in den Niederlanden“.

Befürchtung ist begründet. Von daher müssen wir deshalb das Ganze neu aufrollen. Es wird hier geistig mehr zu bieten sein.

Ich habe vor einigen Monaten unsere Kreisvorsitzenden in Städten, die Universitäten haben, ebenso wie unsere RCDS-Vorsitzenden gebeten, einen Beauftragten zu benennen für die Universität. Wir werden ebenso verfahren müssen hinsichtlich Betriebsräten, Innungsmeistern, Schülermitverantwortung und in ähnlichen Fragen. Ich wiederhole hier etwas, was wir am Dienstag vergangener Woche vor der gemeinsamen Fraktion gesagt haben.²⁰ Wir dürfen jeden Erfolg im Parlament, so schön er ist und so schwierig er ist, und jede unter uns vollzogene Einigung, so schön es ist und so wichtig es ist, nicht überschätzen. Das alles ist erst dann wirklich rund, wenn es draußen im Volk verstanden wird. Also freuen wir uns nicht über alles, was uns unter uns gelingt schon, sondern wir müssen raus ins Volk. Das heißt auch, wenn wir einen Saal für 3.000 haben, wir machen eine Versammlung und laden unsere 5.000 Mitglieder ein und haben dann eine 3.000er Jubelversammlung, dann ist das zwar für Redner und Zuhörer sehr schön, aber das Gespräch in der Stadt entsteht nur dann, wenn alle eingeladen sind. Wenn ich nach Hamburg komme und es dort keine Plakate für die Versammlung gibt, weil es heißt, wir haben die zehnfache Anzahl von Kartenwünschen, als wir erfüllen können, deshalb brauchten wir nicht zu plakatieren, es genügte eine Zeitungsanzeige, dann spricht das für das Wahlfieber der CDU, möglicherweise für den Redner, aber nicht für den „talk in the town“, der entstehen muß. Da müssen dann eben 25.000 sich knubbeln. Ähnlich war es an anderen Stellen. Wir müssen also raus ins Volk. Ich habe, was mich betrifft, dafür einen Plan, den ich heute nicht in die Debatte werfe.

Das zweite ist: Wir müssen langfristiger denken, wir müssen geduldiger agieren und grundsätzlicher handeln. Ich glaube, das, was unsere Grundsatzkommission begann, ist gut. Es gilt das fortzusetzen und zu übersetzen. Das Übersetzen bitte ich nicht zu unterschätzen und dies alles als den Hintergrund unserer Tagespolitik sichtbar zu machen.

Das dritte heißt: Wir dürfen nun um Gottes Willen nicht die Linie und die Aussagen des Wahlkampfs vergessen. Wir müssen im Gegenteil das nun nachzeichnen und unser Tau fest in der Hand haben. Denn wer heute etwa in der „Welt“ den Vorabdruck der fünf Weisen gelesen hat²¹, dann kann man das doch nicht laufen lassen. Dies ist die Bestätigung für mehr als die Hälfte unserer Wahlredner. Die Wähler müssen eben sehen, daß die Koalition ihnen schönes Wetter herbeigeredet hat, das es gar nicht gibt, und daß hier die Probleme sich vielmehr so darstellen, wie wir sie formuliert haben.

Das vierte heißt, meine Freunde: Unser Programm gilt. Unsere Politik bleibt eine Politik der Mitte, des Maßes, eine auf Fortschritt und auf soziale Gerechtigkeit gerichtete Politik. Unser Kurs ist richtig. Unser Programm ist gut. Daran liegt es nicht. Es liegt daran, daß man uns diese Modernität noch nicht zugetraut hat, obwohl man sie lesen konnte, obwohl sie in 20 Jahren unserer Politik eigentlich glaubhaft hätte sein

20 Protokoll vom 21. November 1972 in ACDP 08-001-1030/2, hier S. 3.

21 Vgl. „Die Welt“ vom 4. Dezember 1972 „Gutachter fordern eindeutige Signale gegen Inflationsgefahr“ sowie „Geht sogar der Staat vom Geldverfall aus, so verlieren die Bürger das Vertrauen“.

müssen, gerade gesellschafts-, wirtschafts- und außenpolitisch. Verraten wir da bitte keine Unsicherheit. Wenn ich höre, wir brauchen jetzt ein Godesberg²², dann machen wir das Fragezeichen aus uns selbst.

Und das fünfte: Sagen wir ein ganz ungequältes Ja zur Opposition! Das ist unser Auftrag. Also packen wir nun die Koffer aus in dieser Wohnung. Sie wissen, das Schlimmste war, wenn Sie Immigranten kennen, die trafen im Jahre 1934 in Paris russische Immigranten, die immer noch nicht ausgepackt hatten, und die deshalb mit ihrer Lage nicht fertig wurden. Packen wir die Koffer aus in dieser Wohnung, auch geistig. Nicht, um uns dort für Dauer einzurichten, sondern nur der, der die Rolle ganz unbeleidigt als vom Wähler zugeteilt annimmt, wird da wieder rauskommen. Vor allen Dingen dürfen wir keinen von den 16,7 Mio. Wählern enttäuschen, und das sind 1,6 Mio. mehr als 1969. Unsere Crux ist doch, daß wir nicht genügend von dem neuen Kuchen mitbekommen haben. Aber wir haben von dem Kuchen über 1½ Millionen mehr für uns mitbekommen. Ich meine also, es ist nichts so wichtig, als unsere Pflicht zu tun, und nicht nur jetzt hier miteinander zu nörgeln, uns untereinander zu streiten, sondern unsere Pflicht zu tun, die wir den Wählern versprochen haben für eine Sache, die die bessere Sache ist. Dabei geht es um keinen von uns alleine, sondern es geht darum, daß wir jetzt diesen Dienst tun, endlich die Opposition funktionsfähig und schlagkräftig machen und dann, wenn wir uns hier wieder stabilisiert haben, mit der Schonungslosigkeit, die wir uns vor 14 Tagen zugesagt haben, im Januar an die Debatte der Konsequenzen gehen. Nur, wenn wir bis dahin weiter das Bild eines frustrierten Haufens bilden, der nicht handlungsfähig ist, weil er nicht einmal einen Sprecher hat, der für die alle sprechen kann, dann wird der Schaden allerdings größer sein als alles andere. Wir haben einen Pluspunkt gewonnen als die fairen Verlierer. Wenn wir uns in dieser Woche konstituieren als die fairen Verlierer, die zum Kampf gegen die anderen antreten und über dem Kampf nicht vergessen, sich selbst zu besinnen und neu zu ordnen, dann, meine Freunde, wird es ein schlechtes Ende nehmen. Und ich hoffe deshalb, daß von diesem Vorstand aus die Kraft ausgeht, das zu tun, was in dieser Woche notwendig sein wird.

Zum zeitlichen Ablauf: Um 17.00 Uhr treffen sich Herr Strauß, Herr Stücklen, Hans Katzer und ich in meiner Wohnung. Morgen um 15.00 Uhr ist eine Sitzung der CDU-Abgeordneten der neuen Bundestagsfraktion, auf der ich einen Bericht geben werde, ähnlich wie diesen, mit ein paar persönlichen Bemerkungen mehr, weil dort ein paar, eine große Zahl Kollegen sind, die völlig neu zu uns gestoßen sind. Ich kann Sie nur sehr herzlich bitten, diesem Bericht Ihre Zustimmung zu geben, damit es eine Linie gibt, und einer hier auch das Notwendige heute und morgen mit dem notwendigen Rückgrat sagen und verantworten kann. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall.*) Und ich sage ein letztes Wort hier, und ich hoffe, daß das nicht herauskommt.

Die Fraktionsgemeinschaft erteilt das Wort. Wir sind eine Fraktion, nach der Satzung des Bundestages und nach der Satzung, die wir zu dieser Stunde haben. Verlassen Sie sich darauf, daß von 17.00 bis 20.00 Uhr keiner verhandelt, um eine Fraktion zu

22 Anspielung auf das Godesberger Programm der SPD.

bekommen, deren Vorsitzender er sein wird. Sondern ich verhandele, um unser Programm durchzusetzen und die Linie durchzusetzen, die ich hier gesagt habe. Sollte das nicht möglich sein, müßte ich ganz schnell diesen Vorstand wieder einberufen. Ich danke Ihnen. und bitte natürlich am Schluß um die Zustimmung. (*Beifall.*)

Stoltenberg: Ich möchte nur wenige Sätze sagen, und zwar auch deshalb jetzt schon, weil ich mich nachher leider verabschieden muß. Wir haben morgen, Herr Landtagspräsident²³, Landtag in Kiel, und heute abend muß ich noch eine Kabinettsitzung leiten, um den Landtag vorzubereiten. Nach der Präsidiumssitzung möchte ich sagen, daß die ganz überwiegende, in der letzten Konsequenz einmütige Meinung in unserer Partei ist, daß die gemeinsame Fraktion ein hohes Gut ist und daß wir ernsthafte Anstrengungen unternehmen müssen, sie zu erreichen. Allerdings ausgehend von unserem Programm, dem Berliner fortgeschriebenen Programm, dem gemeinsamen Wahlprogramm, mit dem wir angetreten sind, und natürlich auch dem Selbstverständnis und einem maßvollen Selbstbewußtsein der Union. Die Einzelfragen sind vom Vorsitzenden angedeutet und werden sicher noch diskutiert werden. Es wäre gut für uns, wenn wir von solchen oder ähnlichen Prinzipien ausgehend deutlich machen, daß dies ein erstrebenswertes und wichtiges Ziel für die Zukunft der Union ist.

Ich begrüße den Vorschlag des Vorsitzenden, den das Präsidium sich zu eigen gemacht hat, daß wir Ende Januar in die vertiefte Wahlanalyse und die Strategiediskussion als Konsequenz der Wahlanalyse in der Klausurtagung eintreten, weil wir eine Gefahr als Vorstand und Präsidium vermeiden müssen, die aus den knappen Mehrheitsverhältnissen im letzten Bundestag und nachher der Pattsituation für unsere Arbeit bestimmend war. Die Erörterung langfristiger Zielsetzungen im Programmatischen – ich sehe einmal ab von der gelungenen Fortschreibung unseres Berliner Programms, das war ein Erfolg – und die Umsetzung, auch für den Ausbau unserer Parteien in verschiedenen Bereichen, die Rainer Barzel erwähnt hat, ist immer wieder unterbrochen worden von aktuellen parlamentarischen und politischen Problemen. Dies ist für unsere Weiterarbeit auch im Vorstand ein entscheidender Punkt, daß wir unsere Arbeit so ansetzen, daß wir den Atem und die Zeit behalten für die langfristigen grundlegenden Probleme, um die Tendenzwende zu erreichen, die für unsere Partei eine Lebensfrage ist. Insofern ist es natürlich bedauerlich, daß wir auch jetzt wieder unter dem Druck aktueller Konstellationen unter uns stehen, und die öffentliche Debatte alle sehr zurückhaltend miteinander führen müssen.

Es ist ja nicht zu vermeiden, daß wir uns öffentlich äußern. Ich selbst gehöre auch zu denen, der das eine oder andere Interview gegeben hat. Wir können ja jetzt nicht einfach vier Wochen lang schweigen. Das würde gegenüber unseren eigenen Wählern und Mitgliedern unmöglich sein. Nur sollten wir uns ein bißchen die Organe ansehen, denen wir Interviews geben. Ich will hier gar nicht die ganzen Linkszeitschriften aufzählen, denen ich persönlich in den letzten Tagen Interviews verweigert habe. Die stürzen sich natürlich auch auf eine Reihe von Leuten in der Annahme, vielleicht fündig zu

23 Gemeint ist Helmut Lemke, von 1971–1975 Landtagspräsident in Kiel.

werden für ihre Intention. Wir müssen hier alle etwas selbstkritisch sein und die Organe aussuchen, in denen wir sprechen.

Das letzte, was ich gerne sagen möchte, um nicht zu lange zu sprechen, ist der von Rainer Barzel schon angeführte Punkt des Grundvertrages. Hier werden wir nicht alleine durch die Situation CDU/CSU, sondern vor allem durch die Sache vor die Notwendigkeit einer schnellen Meinungsbildung gestellt, bevor wir langfristige Überlegungen über die Strategie der vier Jahre ausdiskutieren können. Ich halte es für ganz wichtig und unterstreiche das, was hier der Vorsitzende schon kurz gesagt hat. Es muß klar werden, daß wir eine Meinungsbildung zum Grundvertrag relativ schnell vollziehen aufgrund der von der Bundesregierung vorgegebenen Termine, die nämlich bedeuten, daß unmittelbar nach Schluß der Weihnachtspause der zuständige Ausschuß des Bundesrates sich damit befassen muß. Das wird etwa Mitte Januar sein, wenn am 1. Februar, wie es heute aussieht, der erste Durchgang im Bundesrat ist. Das ist der Grund, warum wir jetzt, oder jedenfalls vor Weihnachten, zu einer ersten Meinungsbildung kommen müssen. Es ist sehr entscheidend, daß der öffentliche Eindruck vermieden und, so weit er entstanden ist, korrigiert wird, daß diese Meinungsbildung unter uns zunächst und dann zusammen mit der CSU erfolgt, weil wir jetzt einen Meinungsbildungsprozeß – Rainer Barzel hat ja ein Votum zur Sache kurz gegeben – vornehmen müssen, unter den von der Bundesregierung, die ja hier das Gesetz des Handelns bestimmt, vorgegebenen Terminen, und nicht, weil hier ein Terminkalender sozusagen in der internen Diskussion von einer Seite dem anderen abgefördert wird. Das liegt im wohlverstandenen Interesse der CDU wie der CSU.

Ich will mich sehr kurz nur zur Sache einlassen. Es muß der weiteren Debatte natürlich überlassen bleiben, zu welchem Stand die Meinungsbildung heute kommen kann unter uns. Meine Meinung ist die, daß wir zwei Gesichtspunkte zu berücksichtigen haben. Einmal müssen die Grundsätze, die wir vor der Wahl und in den letzten Jahren vertreten haben, beachtet werden, zunächst unabhängig vom Wahlausgang. Zweitens muß genauso beachtet werden die Zukunftsperspektive, wie wir in den kommenden Jahren Handlungsfähigkeit im Bereich der Politik gewinnen. Handlungsfähigkeit auch im Hinblick auf die Wählergruppen, bei denen jetzt der große Einbruch gegen uns erfolgt ist und die wir zu einem großen Teil wiedergewinnen müssen, wenn wir aus einer permanenten Minderheits situation und einem weiteren Verlust an politischer Bedeutung herauskommen wollen. Hier müssen wir sehen, daß unsere Wissenschaft schon bei den 45 %, die wir jetzt haben, aber vor allem die 48 oder 49 oder 50 %, auf die wir wieder kommen müssen, in sich gespalten ist. Es gibt einen Großteil unserer Wähler, der leidenschaftlich eine Ablehnung des Grundvertrages fordert. Es gibt aber bis in die Reihen der Union hinein Gruppen, die meinen, daß wir jetzt schon in diesem Moment eine Kursänderung vornehmen müßten mit der Bejahung der Realität, oder wie immer man das bezeichnet. Und das beschränkt sich nicht auf die CDU, Sie können heute in der „Süddeutschen Zeitung“ einen sehr großen Artikel lesen²⁴,

24 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 5. Dezember 1972 „Bayerische Junge Union für Parteitag über die Ostpolitik“.

daß z. B. die Junge Union Münchens, die, wie ich vor der Wahl festgestellt habe, eine sehr engagierte und für den Wahlerfolg in München offensichtlich wesentliche Gruppe war, in einer großen Mitgliederversammlung erklärt hat, jetzt müsse der Kurswechsel erfolgen bis hin zum Ja zum Grundvertrag. Und ich gebe die Stimmung richtig wieder, Herr Dr. Lemke, in unseren Gremien in Schleswig-Holstein ist das auch die Meinung unserer Jungen Union und anderer Gruppierungen in der Partei.

Das ist das große Problem für uns, das man sehen muß. Was ich persönlich in dieser Situation vor dem Präsidium etwas ausführlicher gesagt habe, möchte ich hier kurz sagen: Ich glaube, daß wir einen ernsthaften Versuch machen sollten, allerdings ohne Pressionen auf einzelne, die anders denken und anders votieren wollen, daß wir einen ernsthaften Versuch machen sollten, im Lichte der von uns vertretenen Maßstäbe und Forderungen vor der Wahl, ja im Lichte der Forderungen der Bundesregierung selbst, die man alle noch einmal aufführen kann, zu belegen, was man kann, daß dieser Vertrag hinter diesen Maßstäben zurückbleibt. Das ist ein legitimer Grund für die parlamentarische Opposition, die diese Politik nicht federführend betrieben hat und betreiben kann, zu sagen, wir stimmen diesem Vertrag nicht zu. Mir kommt es allerdings dabei sehr entscheidend auf die Begründung an, die wir wählen, wobei wir die besonderen Nuancen Bundestag und Bundesrat und Fragen, die damit verbunden sind, noch einmal in Ruhe besprechen müssen. Wir sollten möglichst zu einem einstimmigen Verhalten kommen. Die Frage der Zustimmungspflichtigkeit spielt eine Rolle. Man kann sie heute nicht abschließend behandeln. Rechtlich und politisch natürlich kann jedes Verfassungsorgan sich dazu äußern, nicht nur die Bundesregierung.

Wir sollten im Lichte dieser Grundsätze versuchen, zu einer Meinung zu kommen, die sagt, daß dieser Vertrag diesen Grundsätzen nicht entspricht. Wir sollten uns aber in der Ablehnung so einlassen, daß wir frei bleiben für die Erörterung der Folgeverträge und der Folgeentscheidungen, von denen einige schwierig werden. Gerhard Schröder hat heute morgen auf das Thema des UNO-Beitritts hingewiesen. Sicher ein schwierigeres Thema, wenn es dazu kommen sollte, was wir heute gar nicht wissen, daß konkrete Einzelregelungen Fortschritte menschlicher Erleichterungen bringen. Dafür müssen wir uns in der Art unserer Begründung frei halten, so wie wir uns auch zum Verkehrsvertrag freigehalten haben, obwohl die Praxis jetzt zunächst einmal nicht befriedigend erscheint. Das war dennoch die richtige Entscheidung, sich dafür freizuhalten. Ich glaube nicht, daß wir das verlorengegangene Terrain in den kritischen Wählergruppen, in den für uns politisch kritischen Gruppen, bei den Jungwählern und Frauen etwa, und auch hinsichtlich der notwendigen, wieder stärkeren internationalen Verankerung unserer Politik bei den befreundeten westlichen Parteien und Gruppierungen, um aktive Europapolitik machen zu können, dadurch gewinnen, daß wir jetzt die gesamte Wahlperiode oder auch nur die Hälfte der Wahlperiode mit der aktiven und militärischen Auseinandersetzungen in der Ost- und Deutschlandpolitik durchhalten, die die anderen uns in den letzten Jahren aufgezwungen haben.

Das wäre also ein kurzer Beitrag zu diesem Thema. Ich würde empfehlen, diese beiden Abschnitte zu sehen. Im kurzfristigen schließe ich mich dem Votum des Vorsitzenden zur Abstimmung an. Aber die Begründung dafür so zu wählen, daß wir ein

bestimmtes Maß an Handlungsfreiheit haben, das hängt von der Politik ab. Politik kann auch so laufen, daß wir zu einer stärkeren Konfrontation gezwungen werden. Wir müssen aber ein bestimmtes Maß an Handlungsfähigkeit behalten, die wir brauchen, sowohl im Lichte einer europäisch, westeuropäisch angelegten stärkeren Politik der Union wie auch im Lichte der Wiedergewinnung verlorenen Terrains in den kritischen Gruppen der Bevölkerung, die bis in unsere eigenen Reihen hineingehen, ich habe das Thema Junge Union hier genannt. Sie würden hier uns schon bei der ersten Entscheidung nur sehr schwer folgen, und wir können nicht einen Dauerkonflikt auch bis in die eigenen Reihen hinein in Kauf nehmen.

Barzel: Ich möchte ein paar Worte dazu sagen, weil ich mir das versagt habe in meiner Einführung. Ich glaube, daß ein seriöser Mann, und wir halten uns ja für seriös, und das sind wir wohl auch, sich nicht zweimal betrügen läßt. Wir haben dem Verkehrsvertrag zugestimmt, obwohl er von der Regierung ausgehandelt war. Die Basis für den Ost-West-Verkehr ist die Einladung von drüben. Die Landsleute drüben begreifen Terror, wenn sie eine Einladung aussprechen. Das heißt, daß im Umgang mit Kommunisten humanitäre Erleichterungen vertraglich abgesichert sein müssen. Das läßt man sich doch nicht ein zweites Mal bieten. Das ist eine Argumentation, an der ich für mich persönlich überhaupt nicht vorbei kann, wobei bekannt ist, wie sehr ich für diese humanitären Dinge immer zu haben war. Wir dürfen einfach nicht übersehen, daß in der Frage DDR die Sache ganz anders steht als in den Fragen Polen und Rußland. Hier ist die moralische Qualität ganz anders; dies kann man hier von der moralischen Seite her umdrehen, wenn man dies richtig anfängt und sich zutraut, mit langerem Atem diese Kampagne zu führen.

Was unsere europäischen Partner betrifft, so bin ich sehr dafür. Nur, gucken wir uns die innere Lage dort an! Es war eben keine Spinnerei, als wir sagten, daß all die Kräfte des internationalen Kommunismus frei würden, die jetzt um die Anerkennung kämpfen für ganz Europa. Warum steht Herrn Pompidou nun eigentlich die Volksfront ins Haus in seinem Parlament? Warum sagen UNR-Leute unter der Hand, wir erwarten ein Drittel Verlust der Mandate? Wie sieht das aus in Holland? Warum ist Herr Heath der richtige Mann mit der richtigen Überlegung ohne Erfolg? Das alles spielt doch herein, wenn wir uns hier weitere Überlegungen machen. Ich komme, je länger, je mehr ich darüber nachdenke, zu der Überlegung, zwischen diese grauen Zonen des Sich-Ängelichens der verschiedenen Formen des Sozialismus muß man ein Zeichen von Entschlossenheit setzen, im Kampf um die Wertsubstanz. Ich freue mich, daß hinsichtlich dieser Frage es bisher gar keine Unterschiede zwischen uns gegeben hat. Ich wollte dies noch ein bißchen deutlicher sagen als in meinem Bericht vorher. – Herr Kollege Lemke!

Lemke: Herr Vorsitzender, meine Herren. Ich will etwas länger sprechen. Ich bilde nicht nur, sondern ich bejahe Ihren Vortrag. Ich muß nun aber sagen, daß ich einen ganz anderen Akzent setze als mein Landesvorsitzender. Das hat nichts mit unserem persönlichen Verhältnis zu tun, aber hier teilen sich also doch wohl die Wege in einer Grundsatzfrage. Ich möchte unserem Vorsitzenden hier beitreten. Ich bin nämlich auch Kreisvorsitzender und habe natürlich dasselbe wie Sie in diesen Tagen erlebt.

Das Schlimmste, was wir gemacht haben, sind die divergierenden Erklärungen. Ich pflichte Herrn Dr. Stoltenberg durchaus bei, daß wir eine Erklärung abgeben, sie darf aber nicht diametral entgegengesetzt sein, und nachher irgendwie wieder zurechtgerückt werden.

Meine Freunde, ich habe in meiner Not am 24. oder 25. November unseren Freund Franz Josef Strauß angerufen. Ich habe ihn getestet, ich kenne ihn ja genauso lang, wie ich die Ältesten unter Ihnen kenne, und habe das Empfinden gehabt, daß seine Aktion, abgesehen von momentanen Angelegenheiten, sich tatsächlich bei ihm letzten Endes um eine Grund- und Sachfrage handelt, nämlich den Grundvertrag. Ich meinte herauszuhören, daß das sein Petuum ist.

Ich bin doch wirklich ein bei Ihnen alt gedienter Mann mit einer Menge Erfahrung. Und ich habe wirklich, das bilde ich mir ein, unter Ihnen sehr viele persönliche Freunde, auch wenn sie mal sachlich nicht mit mir übereinstimmen. In mir spiegelt sich doch die ganze Bandbreite der CDU wider. Ich sagte Katzer vorhin bei der Begrüßung, ich war in diesen gesellschafts- und sozialpolitischen Dingen ganz bei ihm. Ich könnte auch andere von Ihnen da nennen. In diesen Fragen des Staates, in Fragen der Ethik, in Fragen der Außen- und Deutschlandpolitik, da bin ich eben auf einer anderen Seite. (*Unruhe*) Ich brauche mich doch nicht, wenn hier Divergenzen auf dem Markte hochgespielt werden, in der Öffentlichkeit zu äußern. Ich meine, das sollten wir nicht tun.

Der Herr Vorsitzende sagte vorhin, wir müßten uns vielleicht noch mehr Mühe geben, geistig mehr zu bieten. Das ist etwas, worüber Sie mit mir immer reden können. Herrn von Weizsäcker bin ich immer sehr dankbar für jedes Gespräch und auch für seine Programmkommission. Viel wichtiger ist noch unser Bemühen, in der Basis den Gruppen unserer Bevölkerung nahezutreten. Ich habe immer noch in meinen Wahlkreisen ein recht gutes Ergebnis. Ich bilde mir ein, das habe ich einfach dadurch gewonnen, daß ich nicht sehr viele kluge Reden gehalten habe, sondern daß ich eben einfach versucht habe, in den einzelnen Gruppen und Verbänden zu erscheinen, mit den Leuten Bier zu trinken und zu diskutieren, gerade zwischen den Wahlen. Ich meine also, daß wir dieses geistige Mehr-Bieten pflegen sollten, daß wir aber den Hauptakzent in unserem menschlichen und nachbarschaftlichen Verhalten sehen sollten.

Ich bin deswegen so in Sorge – der Herr Vorsitzende hat es mit seinen Worten ausgedrückt –, weil meine Sorge darin besteht, daß diese vier Jahre dazu benutzt werden durch weitergehende Verträge, Kommissionen und dergleichen, um zu einem Rapallo oder zu einer Pax sovietica zu kommen. Wir sind auf dem Wege zum Sozialismus, und diesen Weg zum Sozialismus wollen wir hemmen, bis wir das Ruder wieder umwerfen können. Wir können alles Mögliche rückgängig machen, wir können aber keine außenpolitischen Entscheidungen rückgängig machen. Das haben Sie alle gesagt, ich wiederhole das nur. Und zu diesen Entscheidungen gehört auch dieser Grundvertrag. Ich meine, hier haben wir zu zeigen, daß wir bei allem Vorschriften denken in manchen Fragen der Tagespolitik oder der Gesellschaftspolitik in dieser Grundfrage, der Einheit unserer Nation in einem kommenden Europa so entscheiden, wie wir es grundsätzlich für richtig halten.

Amrehn: Herr Vorsitzender, Sie haben das Bild gebraucht, daß wir uns in einer

neuen Wohnung einrichten und Koffer auspacken sollen. Ich nehme das Bild gern auf, daß man sich da auf längere Zeit, mindestens für diese Legislaturperiode, einzurichten hat. Aber ich vollziehe nicht den Gedanken mit, daß man das ohne Groll tun könne. Wenn es richtig ist, was Lemke eben wiederholt hat, daß wir dem Sozialismus und der Unfreiheit näher kommen, dann kann in einem doch nur ein ganz tiefer Groll darüber sitzen, wie das Volk entschieden hat. Ich hebe das hervor, weil ich den Streit unter uns für eine ganz natürliche Sache halte. Man kann doch gelegentlich mit sich selbst in Streit geraten, weil man keinen Erfolg gehabt hat. Dann ist man unzufrieden, dann muß das eine Ursache haben, und dann hat man bei sich selber Fehler gemacht, aber viel lieber sucht man sie doch bei anderen. Also ist das eine ganz natürliche Sache, daß wir nach einer Niederlage vier Wochen oder drei Monate lang uns noch Schuld gegenseitig zuschieben. Das erklärt sich aus der Unzufriedenheit, und es wäre eine Überforderung an sehr selbständige Persönlichkeiten, das ganz und gar zu unterdrücken. Sie können höchstens nur allesamt getragen werden von dem Willen, das auch wieder zu überbrücken. Und so sehe ich auch den Streit mit der CSU mehr unter diesem Gesichtspunkt, wobei ich nicht untersuchen kann, ob das vielleicht überhaupt nur ausgelöst worden ist durch den Vorwurf, man habe im Norden weniger Erfolg gehabt.

Damit verbinde ich einen zweiten Gedanken, der Herr Vorsitzende hat ihn mit anklingen lassen. Es gibt nun einmal auch gewisse Zeitströmungen, denen man ausgesetzt ist und denen man nicht voll begegnen kann bei noch so viel Anstrengung, bei noch so viel Redlichkeit, bei noch viel größerer Klugheit, nach aller Befragung von Demoskopien. Das sind Dinge, die man also nicht unbedingt bewältigen kann, und wir sollten die in unsere Rechnung mit einbeziehen, daß hier Zeitströmung, Zeitgeist, Trend, oder wie man das nehmen will, gegen uns gestanden haben. Und da möchte ich an dieser Stelle schon einmal den Grundvertrag einflechten. In der letzten Woche vor der Wahl hat im Grunde kein Mensch gewußt, was im Grundvertrag drinsteht. Aber die Leute waren fasziniert von einem Grundvertrag. Das ist einfach ein Stück Emotion, das gewirkt hat, ohne zu wissen, was da drin steht. Und Bedenken dagegen sind unbequem. Das sind die störenden Elemente, die was Gutes, das da kommt, verhindern wollen. Von denen wendet man sich ab.

Der Vorsitzende hat sogar gesagt, er sei gewissermaßen einem Trend aus Beton begegnet. Ich halte das auch für richtig, es auch noch einmal zu unterstreichen, weil es eine ganze Menge vom inneren Streit und vom gegenseitigen Schuldzuschieben wegnehmen kann. Verwundert bin ich allerdings ein wenig darüber, daß dem Vorsitzenden die Sorge, es könnte auch anders ausgehen, nur ganz selten begegnet ist. Das habe ich völlig anders erlebt. Bei vielen unserer Freunde – gerade bei sehr jungen Leuten, die eifrig für die CDU in Düsseldorf gekämpft haben – habe ich gemerkt, daß sie gesagt haben „Und wenn es diesmal nicht gelingt, dann das nächste Mal“. Was mir zusätzlichen Mut gegeben hat und mein Erstaunen weckt, daß junge Menschen schon an die nächste Wahl gedacht haben. Das überrascht mich also, daß der Vorsitzende diesem Gedanken vor der Wahl so wenig Raum gegeben hat oder, wie er gesagt hat, ohne es zu ahnen. Das möchte ich zurechtgerückt haben. Ins Kalkül einzogen haben es gewiß manche, vielleicht sogar viele.

In der Argumentation unter unseren eigenen Freunden hat dabei in der Tat die Haltung bei den Ostverträgen eine gewisse Rolle gespielt. Übrigens ist uns das auch nach den Wahlen, mir jedenfalls, erneut in Versammlungen vorgeworfen worden. Ich möchte nur vor einem Fehlschluß warnen, der häufig bei uns gezogen wird. Wenn Leute wegen unserer Abstimmung über die Ostverträge mit uns nicht zufrieden waren, dann konnte doch ihre Konsequenz nicht lauten „Und deswegen wählen wir SPD“. Ich möchte also davor warnen zu meinen, daß hier einer der wirklichen Gründe dafür liegen könnte, warum Wähler, die bei uns gewesen wären, weggelaufen sind. Ich glaube, diese Klarstellung scheint mir nötig zu sein.

Zu Ihrer Orientierung: Ich habe gestern das erstmal im Zusammenhang mit Grundvertragsfragen gehört, daß nunmehr auch Lehrer verpflichtet worden sind, keine Verwandten einzuladen. Bisher hatte ich es nur immer von Angehörigen sogenannter Sicherheitsorgane gehört: Polizei, Nationale Volksarmee, Ministerialangehörige. Ich bitte für die Diskussion, immer im Hinterkopf zu haben, auch wir gestatten unseren Polizisten nicht, nach dem Osten zu reisen. Was aber ein Unterschied ist zu der Frage, ob unsere Polizisten Verwandte aus dem Osten einladen dürfen. Das dürfen sie natürlich. Und insofern gibt es auch einen materiellen Unterschied. Was neu ist, ist, daß Lehrer verpflichtet werden, niemanden einzuladen, und es unterschreiben müssen. Das verstärkt also die Bedenken gegen die Wirkungen des Grundvertrages.

Damit bin ich selbst beim Grundvertrag. Der Herr Vorsitzende hat ausdrücklich um eine Zustimmung zu seinem Bericht gebeten. Hier muß ich mindestens Vorbehalte anmelden. Nicht, weil ich für den Grundvertrag wäre, sondern weil ich bitte zu überlegen, ob das vorgeschlagene Verfahren wirklich richtig ist. Wir wollen also sagen: Die unzureichenden Verbesserungen, die es da geben soll, seien nicht verbindlich gemacht. Nun nehmen wir mal an, das würde also in feierlicherer Form doch noch verbindlich gemacht, oder da würde ein Herr Kohl erklären, was in den Briefen steht, hat natürlich für uns Vertragswirkung. Wird dann der Grundvertrag annehmbarer?

Zweiter Punkt: Die Einheit der Nation sei nicht genügend gewahrt. Da kommt ja noch der Brief, den die Bundesregierung schreiben will, und der dann in einem sehr weiten Zusammenhang, sehr entfernt also, zum Vertrag gehören soll. Das wäre dann die Entsprechung zum Moskauer Vertrag, die uns dann zwar auch nicht genügt hat, aber durch eine einseitige Sache verstärkt worden ist. Würde eine solche Zusatzerklärung für uns den Grundvertrag annehmbarer machen?

Dritter Punkt: Berlin. Höchst unbefriedigend. Aber der Hinweis auf den Brief wird in der öffentlichen Wirkung doch wieder so etwas Ähnliches erzeugen, wie wenn es im Vertrag stünde, weil die Menschen draußen das ja gar nicht begreifen, wo das geschrieben ist. Mein Fazit ist, ich möchte eigentlich nicht den Versuch unternehmen, kosmetische Verbesserungen herbeizuführen mit einer Wirkung, die uns nachher in die Lage bringt zu sagen, dem müßten wir ja eigentlich zustimmen. Davor möchte ich warnen und bin mehr der Meinung – ich bin da nicht endgültig festgelegt –, der Grundvertrag liegt vor mit den Briefwechseln und dem, was die Bundesregierung noch dazu sagt. Und dazu nehmen wir Stellung. Die Forderung: „Ihr müßt neue Verhandlungen aufnehmen und den Vertrag verbessern“, wird nicht mehr als wirkliche politische Forde-

rung draußen verstanden. Jeder weiß, da ist ernstlich nichts mehr zu verbessern. Und soweit es Kosmetik ist, kann es unsere Grundhaltung nicht verändern.

Wir sollten also, so, wie der Vertrag ist, und woran ja auch nichts mehr geändert werden kann, Stellung beziehen. Und ich würde es für zu fein halten, lieber Freund Kiep, wenn nun heute niemand Ihren Namen hier in den Mund nehme. Sie haben uns wirklich sehr viel Kummer bereitet.²⁵ Ich kann nur sagen, ich habe vorgestern eine Versammlung in Wedding gehabt. Da spielt das eine große Rolle, daß wir in einer solchen grundsätzlichen Frage auseinandergeraten. Und zwar mit einem so bedeutenden Namen, wie Kiep es ist, der ja nicht nur als Mitglied des Präsidiums eine Rolle spielt, sondern auch sonst einen Namen hat, und der ganz offenkundig in dem Streit, der aufgebrochen ist, eine Gegenposition einnimmt. Herr Kiep, ich kenne noch gar nicht Ihre weiteren Hintergründe oder die Gruppe, die Sie möglicherweise vertreten, obwohl Sie gesagt haben, Sie haben im eigenen Namen gesprochen. Ich befürchte – wenn Ihre Ansicht eine Überzeugung ist, und Sie ja dann auch andere vielleicht davon überzeugen wollen –, daß auf diese Weise mit Hilfe der CDU ganz schnell eine verfassungsändernde Mehrheit für den Grundvertrag zustandekommen könnte. Ich möchte auf diese Besorgnis auch aufmerksam gemacht haben.

Und da bin ich bei einem Punkt, den der Vorsitzende nicht angeschnitten hat, der aber im Vorstand erörtert werden muß, weil er in der Ostkommission eine große Rolle spielt. Hier ist der Freund Mikat²⁶, der in der Frage der Angehung des Verfassungsgerichtes die Meinung hat, das sollte man tun, und ich lese es heute vom Freunde Windelen in der „Welt“²⁷, daß er auch schon mehr für die CDU so etwas in Aussicht gestellt hat. Ich bin da völlig anderer Meinung, will das jetzt nicht vertiefen, aber doch angemeldet haben, daß es ganz große Bedenken geben kann, das Verfassungsgericht anzurufen oder einstweilige Anordnungen zu erwirken. Und ich sage es nicht zuletzt im Hinblick auf das, was schließlich Stoltenberg ausgeführt hat. Die Dinge sind im Rollen. Wir halten die Kugel tatsächlich nicht auf, so wie die Mehrheiten im Bundestag beschaffen sind. Und dann muß auch die CDU nach den Ereignissen weiter Politik machen können. In der Tat sind dann neue Grundlagen für den weiteren Weg geschaffen, die wir nicht einfach negieren können. Wir können dann bei den Folgeverträgen nach völliger Veränderung der Situation nicht so tun, als hätte es den Grundvertrag nicht gegeben.

Ich bin allerdings der Meinung, daß bis zum Grundvertrag diese Auseinandersetzung noch heftig geführt werden muß und daß wir nicht Rücksicht zu nehmen haben auch auf Berliner Gruppen der Jungen Union, hier war von nordrhein-westfälischen,

25 Interview Kieps in „Die Zeit“ vom 1. Dezember 1972 „Wir müssen weg von der Klagemauer“. Vgl. auch „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 1. Dezember 1972 „Der Vorstoß von Kiep alarmiert die Union“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 1. Dezember 1972 „Spannungen zwischen CSU und CDU verschärft“; GRAU S. 419f.

26 GRAU S. 418; „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 1. Dezember 1972 „Bedenken gegen den Grundvertrag steigen“.

27 „Die Welt“ vom 4. Dezember 1972 „CDU-Experten entscheiden über Haltung zum Grundvertrag“; GRAU S. 418–436.

glaube ich, die Rede. (*Zwischenruf*: Nein, von bayerischen!) Von bayerischen auch noch? Diese Gruppen sind meist sehr klein, die beschließen so etwas auch in sehr kleinen Gruppen. Aber da kommt wieder der Gedanke, wir müssen doch da ein bißchen auf die Stimmung der jungen Menschen Rücksicht nehmen. Wer wollte das nicht? Aber wenn es so kardinale Fragen sind, existenzielle Fragen des Abrutschens in die Unfreiheit, dann nehme ich die Eingangsworte wieder auf. Dann können diese Rücksichten auf bestimmte Kreise nicht unsere Abstimmung entscheiden. Diesen Gesichtspunkt möchte ich noch mal hervorgehoben haben, um zu vermeiden, daß wir hier in solchen Grundsatzfragen bereits wieder andere der Opportunität wegen mit hineinnehmen. In der Grundvertragsfrage gibt es nur eine Grundentscheidung. Sie können sich denken, wie ich dazu stehe. Ich würde vermeiden, darüber zusätzliche Zweifel entstehen zu lassen, weil wir uns mit dem Gedanken beschäftigen, man könne das noch verbessern, und uns dann in die moralische Zwangslage bringen, vielleicht noch ja zu sagen oder uns zu enthalten.

Barzel: Nur eines zum Nachdenken. Ich denke an den Bundesrat für den Fall der Zustimmungspflicht, wo wir eine Mehrheit haben und diese Zustimmung verhindern können oder müssen, je nachdem wie unsere Einlassung ist. Zweitens die Frage Verfassungsgesetz: Ja oder nein können wir heute nicht diskutieren, da müssen wir erst den Bericht der Kommission haben.

Kiesinger: Das ist das erste Mal, daß ich hier Stellung nehme. In der Öffentlichkeit habe ich bis jetzt jede Stellungnahme abgelehnt, obwohl ich natürlich ebenfalls aufgefordert bin wie viele andere. Ich möchte wenige Bemerkungen machen. Zunächst muß ich bekennen, daß ich mit einem Verlust dieser Wahl gerechnet habe. Dies habe ich in einer sehr schmerzvollen Unterhaltung mit Freunden festgestellt. Man bot mir eine Wette an. Ich habe gesagt: „Die Sache ist mir viel zu ernst, als daß ich darüber eine Wette abschließe, aber ich glaube nicht, daß wir die absolute Mehrheit bekommen.“ Ich habe das damals diesem Freundeskreis dargelegt, ich darf hier daran erinnern, das mag auch ein bißchen helfen, manchen Versuch, irgendwem Schuld zuschieben, zu stoppen.

Ich habe erstens darauf hingewiesen, wie ich es schon 1969 getan habe, daß wir einen Trend in dieser Bundesrepublik haben, der seit 1953 unaufhaltsam die SPD nach oben geführt hat. Als ich 1966 mich entscheiden mußte, ob ich mich zur Verfügung stelle, war mir dieser Trend bewußt, und ich habe damals gesagt, wenn nun gar die SPD in die Regierung mitkommt – Sie wissen, ich war kein Anhänger der Großen Koalition –, dann müßte doch eigentlich der Sprung dieses Mal noch größer werden, womöglich noch größer als 1961.

Genau mit demselben Trend mußte man nun zwischen 1969 und 1972 rechnen. Es gab kein Anzeichen dafür, daß dieser Trend durch irgend etwas plötzlich unterbrochen sei. Und wer etwa meinte, den *Zwischenruf* hörte ich gelegentlich, „Ja, ja, aber je höher die Steigung, desto geringer wird das werden“, dem habe ich immer gesagt, warum soll nicht auch die SPD eines Tages einen Kulminationspunkt bei 50 % irgendwo erreichen, wie wir ihn im Jahre 1957 erreicht haben. Und nun dies aus der Opposition heraus gar zu verhindern, das wäre dann möglich gewesen, wenn wir es mit einer Situation

zu tun gehabt hätte, die uns diese Aufgabe erleichtert hätte. Das Gegenteil war der Fall. Es gab zwei große Themen, wenn man alles andere mal wegläßt. In der Außenpolitik war die öffentliche Meinung gegen uns, ein Teil aus Resignation und ein anderer Teil aus nationaler Verrücktheit, weil es den überhaupt nicht kümmerte, was mit den 17 Mio. drüben geschah. Jedenfalls war da für uns nichts zu holen.

Nun in der Innenpolitik, das Hauptthema Inflation und all das, was damit zusammenhängt. Ich habe immer wieder unseren Freunden, besonders, wenn sie so viel auf dem Gegenwartsaspekt der Inflation herumgeritten sind, im Wahlkampf gesagt: Ihr könnt einem Volk, das sich nach wie vor noch wohlfühlt und sicher fühlt, nicht einreden, daß es ihm schlecht geht. Wir können zwar mit allen möglichen Kronzeugen aufwarten und sagen, am Ende werden wir alle in diesen Strudel hineingerissen, wenn nämlich einmal – was klar ist und was die Institute usw. immer wieder gesagt haben – Arbeitslosigkeit dem aufsteigenden politischen Radikalismus begegnet und beides dann zu einem Riesen zusammenwirkt. Das konnte man in Reden darlegen, plakativ konnte man das kaum tun. Das Volk, das zwar von unserem Erbe gelebt hat, hat sich diese Rechenschaft nicht gegeben. Die vielen, vielen Millionen haben gemeint, es geht uns gut. Das war die Politik, die Propaganda dieser Koalition, und das kommt eben der jeweiligen Regierung zugute. Die sind drei Jahre im Amt gewesen. Dabei einen Wahlkampf, einen erfolgreichen Wahlkampf zu führen, das war nun schon beinahe eine Herkulesarbeit, von der man sagen könnte, es muß ein Wunder geschehen, wenn es gutgehen soll.

Wir haben natürlich das Auseinanderlaufen der Koalition erlebt, aber der Weggang von Schiller blieb völlig unbeeindruckend. Die breiten Massen waren dadurch völlig unbeeindruckt. Daher blieben auch die Doppelplakate, Schiller-Erhard, in den Zeitungen, wo sie hinkamen, ohne jede Wirkung. Nun was folgt daraus? Daraus folgt, daß wir wirklich einmal fragen müssen, ob das nicht nur der gegenwärtige, allgemeine Trend ist, der unbestreitbar ist. Ich warne vor solchen Dingen, wie es unsere Schwesternpartei in Österreich gemacht hat, die ÖVP.²⁸ Das ist ein so kläglicher Rückzug, so scheint es mir, in der öffentlichen Selbstdarstellung, daß ich die CDU dringend vor einem ähnlichen Schritt warnen würde. Wir müßten das wirklich einmal ernst nehmen. Wir müssen diesen Trend der SPD ernsthafter, sorgfältiger untersuchen, als das bisher der Fall gewesen ist.

Ich warne also davor, nur den Gegenwartsaspekt zu sehen. Überall dringen sozialistische Tendenzen vor, man muß das als eine sehr viel längerfristige Entwicklung sehen. Bei uns ist das vor allem gekommen durch die Schwenkung der SPD im Godesberger Programm. Eine solche Schwenkung ist der CDU/CSU nicht möglich. Es gibt keinerlei Thematik, in der wir eine solche dramatische Schwenkung um 180 Grad vornehmen könnten. Infolgedessen müssen wir uns auf eine sehr ruhige, sehr auf das Prinzipielle gegründete, sehr wache und aufmerksame Opposition einrichten. Und da stim-

28 Die SPÖ hatte bei den Nationalratswahlen am 10. September 1971 die absolute Mehrheit erreicht. Die Niederlage der ÖVP wurde auch der gescheiterten Wahlwerbung angelastet. Vgl. STIFTER S. 50–54.

me ich Ihrem Wort „Den Koffer auspacken“ völlig zu. Wir haben vier Jahre vor uns. Vier Jahre sind heute in dieser Welt schon ein Zeitraum, für den unsere prognostische Kraft versagt. Schon die letzten drei Jahre haben uns das bewiesen. Es wird auch hier so sein.

Ich halte nach wie vor dafür, daß die SPD in einer viel schlimmeren Krise steckt, als es viele von uns wahrhaben wollen. Und es zeigt sich ja jetzt schon jeden Tag. Ich bin überzeugt, daß die Auseinandersetzungen zwischen den Marxisten und den anderen weitergehen werden. Und das wird vielfache Folgerungen haben können innerhalb der SPD selbst, aber auch im Verhältnis der SPD zu ihrem jetzigen Koalitionspartner, der ja ganz wider seine eigene Hoffnung sich gar nicht so gereinigt hat, wie es Herr Scheel ein Jahr vor der Bundestagwahl als sein Programm²⁹ entwickelt hat, sondern der nun ganz unerwarteterweise – und sie sind ja dadurch wirklich völlig überrascht worden – wieder Zuzug von alten FDP-Kräften bekommen hat, aus welchen Motiven auch immer. Dadurch ist der Charakter der FDP jetzt wieder ein bißchen zwiespältig, sie kann jetzt nicht einfach mehr so forsch nach links schreiten, wie es einige auf dem Freiburger Parteitag gewollt haben.

Diese Dinge sollte man, glaube ich, vor allem sehen. Und wenn man sie sieht, dann stellt man auch diese Wahl und ihr Ergebnis in den großen Zusammenhang der Geschichte der letzten 20 Jahre, mindestens der Geschichte seit 1953, hinein und begreift ihn nicht als ein Unglück, das uns betroffen hat, als ein aus irgendwelchem Verschulden herbeigeführtes Ereignis. Was hätten wir denn für Wahlkampfthemen gehabt, die wir anders hätten anpacken können als die, die wir angepackt haben? Ich habe ja gesehen, welche Mühe sich Katzer gegeben hat mit der Gesellschaftspolitik, aber es dauert, diesen Menschen klarzumachen, daß sie eben bei uns besser aufgehoben sind. Was 20 Jahre zurückliegt oder zehn Jahre zurückliegt, das ist vergessen, davon wissen die Leute eben gar nichts mehr. Deswegen – da allerdings bin ich nicht Ihrer Auffassung, Freund Amrehn – entschuldige ich Äußerungen, die Einzelne von uns in der Öffentlichkeit machen, so leicht nicht.

Wenn wir nun schon diese Niederlage erlitten haben, ist niemand gezwungen, Äußerungen zu machen, die er besser hier im Freundeskreis macht. Ich gehöre zu denen, die mit am längsten jetzt für diese Partei gekämpft haben, auch mein Pessimismus für den Ausgang der Wahl hat ja nicht bewirkt, daß ich resigniert habe, sondern ganz im Gegenteil, ich habe mit der letzten Kraft, die mir zur Verfügung stand, mich in diesen Wahlkampf geworfen, eben um das zu verhindern. Ich kann nur herzlich bitten, jetzt aufzuhören mit diesen entgegengesetzten Äußerungen – ich meine jetzt mal das Sonderproblem CDU/CSU nicht –, sondern ganz klar zu machen: Wir packen die Koffer aus, wir richten uns auf eine Opposition ein, deren Ziel ist, den Interessen dieses Landes zu dienen. Dann werden wir Zeit haben ein ganzes Jahr lang, um eine Konzeption zu entwickeln, die auf folgendes hinausläuft: Um Himmels Willen jetzt nicht einfach

29 Das „Programm zur Liberalen Gesellschaftspolitik“ wurde auf dem Parteitag vom 25. bis 27. Oktober 1971 in Freiburg/Breisgau verabschiedet. Druck: F.D.P. Bundesgeschäftsstelle (Hg): Freiburger Thesen der F.D.P. zur Gesellschaftspolitik. Bonn o. J.

nach bloßen Wählerwünschen schielen, wishful thinking, das ist das Kennzeichen der westlichen Welt heute, nicht nur bei uns, und wehe einer Politik, die ihr Programm nach dem wishful thinking vieler Wähler einrichten würde. Unser Ziel muß sein, die richtige Politik zu machen und dann zu sehen, daß wir für diese richtige Politik auch die Meinung der Wähler gewinnen. Wenn wir das uns vornehmen, haben wir gar keinen Grund, an der Klagemauer zu stehen – ich stehe auch gar nicht daran –, sondern eben ruhig, geschlossen, einig miteinander in die Zukunft zu gehen. Ob es uns das nächste Mal gelingt, weiß der Teufel. Ich kann es nicht voraussagen, Sie nicht, keiner von uns. Aber wir müssen uns jedenfalls so einrichten, daß wir von unten bis oben, wenn die Chance kommt, in der Lage sind, dann diese Chance auch zu ergreifen. Und an alle die Bitte, ein bißchen Selbstdisziplin, und lieber zweimal und dreimal und viermal den Mund gehalten, als einmal unnötig geredet.

Stingl: Zunächst einmal glaube ich, daß wir uns alle klarmachen müssen, daß es uns einfach nicht gelungen ist klarzumachen, daß es uns nicht bloß um die Regierungsverantwortung geht und einer von uns wieder Kanzler wird, sondern daß es um prinzipielle Auseinandersetzungen geht. Und hier kann ich mich voll Herrn Amrehn anschließen. Ich bin dankbar, daß der Vorsitzende auch vorhin davon gesprochen hat, daß es diese graue Zone des Angleichens in ganz Europa gibt. Der Artikel von Herrn Falin im „Europa-Archiv“³⁰ macht es ja ganz deutlich, wohin die Zielsetzung geht und was da geplant ist. Auch die kritischen Anmerkungen von Amrehn und dem Vorsitzenden teile ich in bezug auf den Grundvertrag. Dieser Grundvertrag darf nicht festschreiben die Mißachtung der Menschenrechte in einem Teil Deutschlands. Es gilt der Auftrag des Grundgesetzes, daß wir uns für ganz Deutschland einzusetzen haben. Es muß uns gelingen, diese prinzipielle Einstellung auch draußen, auch in der Union, klarzumachen. Insofern war für mich das Interview von Herrn Kiep nur entsetzlich. Denn hier, Herr Kiep, haben Sie nicht ein einziges Mal von den Werten gesprochen, um die es auch geht. Es mag sein, daß man sich mal in der Tagespolitik anders entscheidet, aber an keiner Stelle haben Sie davon gesprochen, daß es darum geht, auch wenn der Grundvertrag unterschrieben wird, damit anzuerkennen, daß in der Zone zu Recht gewisse Dinge nicht gehen. Sie haben an keiner Stelle etwas zu den Menschenrechten da drüben gesagt. Vornehmlich Erleichterung. Ich habe es nicht gelesen. Auf jeden Fall aber ist das ein deutliches Zeichen, wie sehr man darauf lauert, was solche maßgeblichen Leute äußern. Ich bin ganz sicher, daß Sie bald das Fernsehen angehen wird, Sie sollten diese Meinung gegen die CDU auch dort vertreten.

Langguth: Ich will vorweg sagen, daß ich den Vertragsinhalt als in vielen Punkten durchaus zum Kotzen ansehe. Ich glaube, es ist in diesem Kreise klar, daß die Leistungen der DDR in keinem Verhältnis zu unseren Leistungen stehen. Aber trotzdem sage ich ganz offen, daß ich es zum momentanen Zeitpunkt nicht für richtig halten würde, sich auf eine ganz bestimmte Haltung jetzt schon zu fixieren, und deswegen möchte ich schon vorweg sagen, ich stimme inhaltlich dem Interview, das Herr Kiep gegeben hat,

30 Auf dem Weg zur gesamteuropäischen Konferenz, in EUROPA-ARCHIV Folge 21/1972 S. 725–732.

zu. Und ich möchte auch sagen, daß ich es sogar für gut gehalten habe, auch wenn ich in Kontroverse zu anderen Teilnehmern dieser Diskussion stehe. Ich will Ihnen auch ganz offen sagen, warum ich dieses Interview für gut befunden habe. Weil nämlich der Eindruck in der Öffentlichkeit entstanden ist, und gerade zu dem Zeitpunkt dieser Diskussion, daß die CSU hier versucht, von vornherein die CDU auf eine Haltung festzulegen, bevor diese Haltung überhaupt in der CDU selbst ausdiskutiert ist. Und hier sage ich ganz offen, man muß auf dieser einen Klausurtagung, wie sie geplant ist, sehr viel ausführlicher zu Fragen des Wahlausganges Stellung nehmen. Aber nicht zuletzt, meine persönliche Meinung ist, die Tatsache, daß es immer wieder heißt: „Die CSU lenkt die CDU“, hat uns zweifelsohne, das sage ich ganz offen, bei einer ganzen Reihe von Wählern der Mitte durchaus geschadet, um es ganz vorsichtig auszudrücken. Aus diesem Grunde war ich sehr froh, daß Herr Kiep dieses Interview abgegeben hat, weil damit ein recht prominenter Mann dieser CDU – und das konnte Herr Dr. Barzel nicht in dieser Form tun als Parteivorsitzender – ganz deutlich gesagt hat, (*Unruhe und Heiterkeit.*) daß die CDU hier nicht etwa Pressionen der CSU ausgeliefert sein kann. Das war nämlich eines der Ziele von Herrn Kiep. Und da meine ich, war es besser, daß das von seiten des Schatzmeisters in dieser Form getan wurde.

Ich will mich nur auf wenige Aspekte beschränken. Wenn die CDU in aller Öffentlichkeit sich jetzt schon festlegt und sagt, das ist ein Teilungsvertrag – wo wir von vornherein wissen, daß eine ganz eindeutige Mehrheit im Parlament dafür vorhanden ist –, dann weiß ich nicht, ob es im Sinne unseres nationalen Anliegens ist, wenn sich immerhin eine recht erhebliche Minderheit wehrt. Hier ist die Teilung schon endgültig fixiert, wenn nicht noch einmal alle Möglichkeiten, darauf hat Herr Kiep zu Recht hingewiesen, ausprobiert werden können, möglicherweise noch zu konkreteren Ergebnissen zu kommen, auch im Zusammenhang mit der Frage Aufnahme in die Vereinten Nationen. Auf keinen Fall, das möchte ich vorweg sagen, darf sich allerdings die CDU die Fehler, die die SPD in der Verhandlung gemacht hat, anlasten lassen. Dann möchte ich noch sagen, ich würde auch nicht bereit sein, jetzt zur Zeit ein Votum für ein klares Nein abzugeben, bevor ich nicht den Bericht der Ostkommission hier vor mir liegen habe.

Ich will noch einen weiteren Punkt sagen, ich glaube nicht, daß eine Forderung nach einer Neuaufnahme der Verhandlungen mit beiden deutschen Staaten realisierbar ist. Auch das scheint mir dabei nicht ganz unwesentlich zu sein. Ich schließe aber ab, daß ich glaube, daß dieser Grundvertrag für uns in der nächsten Zeit die Frage aufwerfen wird, daß die Bundesrepublik, und hier muß die CDU ihren Beitrag leisten, stärker als Modellstaat im Sinne eines freiheitlichen Rechtsstaates auftreten muß. Deswegen ist der Grundvertrag für mich im wesentlichen auch eine gesellschaftspolitische Frage.

Lorenz: Man kann darüber streiten, ob es richtig ist, wenn Exponenten der CSU, lieber Freund Langguth, die Auflösung der Fraktionsgemeinschaft fordern und öffentlich diskutieren, ob dann nicht auch Exponenten der CDU das Gegenteil zum Ausdruck bringen sollen oder zumindest eine Reihe von Thesen vertreten, die eigentlich für die Weiterführung der Fraktionsgemeinschaft sprechen, oder die vor allem dafür sprechen, daß wir ein gemeinsames Regierungsprogramm im Wahlkampf vertreten

haben und es infolgedessen doch etwas erstaunlich wäre, wenn man nun auf einmal ganz etwas anderes will. Ich will nur sagen, daß Herr Kiep das nun verbunden hat mit einer ganzen Reihe anderer politischer Meinungsäußerungen, insbesondere zum Grundvertrag, das habe ich allerdings sehr bedauert. Denn ich glaube, daß dadurch nach außen der Eindruck entstanden ist, als ob eine ganz wesentliche Frage, die möglicherweise zwischen CDU und CSU kontrovers sein könnte, eben die Haltung zum Grundvertrag ist. Ich bin persönlich der Auffassung, bei allem Respekt vor der Auffassung unseres Freundes Kiep, daß, wenn man das näher feststellen würde, sich herausstellt, daß sowohl in der CDU als auch in der CSU ein ganz breiter Konsens da sein wird, der letzten Endes auf Ablehnung des Grundvertrages hinausläuft. Und das muß man ein bißchen vorher fühlen oder merken, bevor man sich da in einer öffentlichen Diskussion zu einem solchen Zeitpunkt äußert. Ich möchte allerdings sagen – gerade zu dem, was unser Freund Dr. Kiesinger eben gesagt hat – wir werden zu einem bestimmten anderen Zeitpunkt nicht darum herumkommen, gelegentlich auch unsere Denkprozesse und unsere Überlegungen mal öffentlich auszutragen, nicht gegeneinander, indem wir versuchen, den anderen die Beine wegzuhauen, sondern mal richtig auch in unseren Organen deutlich machen, daß in der CDU ebenfalls diskutiert wird.

Wenn richtig ist, daß die SPD über 15 Jahre hinweg immer stärker geworden ist, dann ist auch richtig, daß sie stärker geworden ist, obwohl sie immer und zu jedem Zeitpunkt heftigste Diskussionen in den eigenen Reihen um den einzuschlagenden politischen Kurs hatte und diesen Kurs einmal um 180 Grad gedreht hat, daß sie bis heute große Schwierigkeiten in ihren eigenen Reihen und mit ihren eigenen Leuten hat. Nun kann man nicht die Situation der SPD schematisch auf die CDU/CSU übertragen, das ist mir klar. Aber ein bißchen mehr an öffentlicher Erörterung auch unserer eigenen Vorstellungen und Probleme können wir nach meiner Auffassung durchaus vertragen. Nun muß ich allerdings sagen, nicht zu diesem gegenwärtigen Zeitpunkt, sondern in dem Moment, wo die CDU/CSU-Fraktion wieder etabliert ist und wo wir dann nach der Wahlanalyse im Januar oder in dem Jahr, das vor uns liegt, die Möglichkeit und die Zeit dazu haben.

Ich bin ganz anderer Meinung als Sie in bezug auf den Grundvertrag auf seine Begründung. Ich darf sagen, daß – und das gilt wohl auch für die Mehrheit der Berliner – sich eigentlich für uns als Hauptbegründung anbietet, daß dieser Vertrag mit einer deutschen Unterschrift die deutsche Teilung fixiert. Das ist es eben, lieber Freund Langguth, was uns zur Ablehnung bringt. Hier wird nun endgültig durch uns, praktisch festgeschrieben, wozu wir, (Zwischenruf: Wer, die Berliner, oder die Berliner CDU?) die Berliner CDU, – ich komme gleich noch ein bißchen auf die andere Seite der Sache – uns 25 Jahre lang verpflichtet haben, niemals mit deutscher Unterschrift eine solche Festschreibung zuzulassen. Ich finde, davon muß auch etwas in der Begründung deutlich werden. Man kann vielleicht sagen, daß formaljuristisch das nicht so sei, aber es ist so faktisch politisch im Ergebnis, und das muß man einfach sehen. Es gibt noch das Problem, und das haben wir in unserer Stellungnahme auch abgehandelt, ob man nicht selbst in einer solchen nationalen Situation, in der wir uns befinden, eine solche Unterschrift leisten kann, wenn auf der anderen Seite, was wir ja immer behaupten,

sichergestellt wäre, daß nun durch eine Vielfalt von zukünftigen menschlichen Kontakten zwar die Grenze anerkannt, die Zweistaatlichkeit besteht, aber durch die Menschen in Wahrheit die Einheit der Nation immer wieder praktiziert werden kann. Gerade aber das ist ja nicht der Fall, meine Damen und Herren, sondern wenn man das näher ansieht, dann sieht man, daß die nicht nur einseitig und ungesichert sind, sondern daß im Grunde alles, was da gestattet ist, in die Vergangenheit gerichtet ist. Familien sollen sich bei Goldenen Hochzeiten und solchen Gelegenheiten mal treffen können. Aber die Möglichkeit, daß sich Neue kennenlernen, verloben und heiraten, die ist eben gerade ausgeschlossen. Das heißt also, bei allem, was die Einheit der Nation für die Zukunft möglich machen sollte, wird ein harter Schnitt gemacht. Das heißt, wir erkennen im Grunde auch die Trennung der Menschen an. Davon bin ich zutiefst überzeugt.

Nun muß man aber sehen, und da kann ich also nur meinem Freund Amrehn zustimmen, daß in dem Moment, wo das über die Bühne geht und völkerrechtlich wirksam gegen uns festeklopft wird, tatsächlich eine neue Realität entsteht. Wir können also nicht mehr so tun, als ob dann eine Politik der Wiedervereinigung, wie wir sie noch vor zehn Jahren gemacht haben, weiter betrieben werden kann. Sondern wir müssen unsere Politik der Selbstbestimmung, die sich durchaus orientieren soll an den Grundsätzen der Entschließung vom Juni dieses Jahres, dann von der Basis der in das Völkerrecht eingetretenen zwei deutschen Staaten aus treiben. Wir müssen uns also große Mühe geben, uns über unsere künftige Deutschlandpolitik Gedanken zu machen.

Ich würde sagen, bei dieser geplanten Klausurtagung und auch vielleicht noch später sollte das einen wirklich breiten Raum einnehmen. Erstens in bezug auf unsere Handlungsfreiheit. Ich möchte mal ein Beispiel sagen. Für mich war immer die CDU der Ostzone im Grunde eine Gruppe von, um es mal ganz glasklar zu sagen, von Verrättern. Die sind uns in einer bestimmten Situation – nicht die einzelnen Mitglieder, die führenden Leute, die das damals bewirkt haben – in den Rücken gefallen und haben uns um die Möglichkeit der freien Entscheidung beraubt und diese CDU dort zu einer Satellitenpartei gemacht. Dieses ganze Regime dort besteht aus Leuten, die nicht demokratisch legitimiert sind. Also, so haben wir immer schlußgefolgert: Mit denen verkehren wir gar nicht. Die sind für uns nicht satisfaktionsfähig. Das sind für uns keine Leute, die in freier Selbstbestimmung deutsche Politik machen. Jetzt haben wir einen zweiten deutschen Staat, der voll anerkannt ist durch unsere eigene Bundesregierung, dann auch noch durch den Beschuß des Bundestags und des Bundesrats. Neben wem sitzen wir in der UN? Mit wem verkehren wir übrigens schon in der Interparlamentarischen Union, wie ich höre, und in anderen bisher noch am Rande befindlichen ... (Zwischenruf: Noch nicht in der EG!) Noch nicht, aber demnächst dann wahrscheinlich. Und aus dieser Regierung und den Vertretern dieses Staates, die für uns immer noch nicht demokratisch legitimiert sind, wird jetzt so eine Art, wenn schon nicht Partner, so doch Nebenmann auf der internationalen politischen Bühne. Das schafft für uns Konsequenzen. Wir können nicht einfach in der Ecke stehen und sagen, mit denen reden wir nicht, das überlassen wir den anderen. Das muß man sich in Ruhe überlegen, was für Konsequenzen man daraus zieht.

Und noch ein zweites und mir sehr Ernstes, meine Damen und Herren: Wir dürfen nicht übersehen, daß wir unser Handeln ganz wesentlich begründen mit der Rücksichtnahme auch auf die 17 Mio. Deutschen im anderen Teil Deutschlands, d.h. in der DDR. Man muß aber sehen, ich weiß das nicht nur aus Presseberichten, sondern aus Berichten von Freunden und Verwandten und eigener persönlicher Erfahrung, daß mindestens zum gegenwärtigen Zeitpunkt wahrscheinlich die überwältigende Mehrheit unserer Landsleute in der DDR uns in unserer Politik nicht oder zumindest nicht völlig versteht und im Grunde die Politik der jetzigen Regierung für richtig hält. Ich meine, man kann dazu viel sagen. Ich kann das jetzt hier nicht ausdiskutieren. Wir wissen, das kann auch nach ein, zwei Jahren wieder anders sein. Das kann auch auf einer Fehleinschätzung, auf übertriebenen Hoffnungen und sonst etwas beruhen. Aber es ist zur Zeit so. Und wir müssen es uns nicht zu leicht machen, wenn wir uns unsere Deutschlandpolitik für die künftigen Jahre konzipieren und übersehen, daß wir auch an diese Menschen, auf die wir uns nämlich dauernd berufen, und natürlich auch nicht zuletzt an eine ganze Reihe unserer eigenen Landsleute, nicht zuletzt der jungen Generation, denken und anhand dieser Meinung prüfen und abklopfen müssen, was ist eigentlich einfach bei uns überkommene Meinung und was ist echt vernünftig, auch mit unseren Grundsätzen, mit unseren Essentials zu begründen. Wenn man einen Antrag stellt, weiter zu verhandeln, Rainer Barzel, kann man nicht nur sagen, wenn man noch da und da und dort die Mischung verbindlicher macht, dann wären wir bereit. Dann muß auch gefordert werden, daß der Vertrag vom Grunde auf geändert werden müßte, damit er für uns überhaupt akzeptabel wäre. Und wir wissen alle, das kann nicht passieren. Letzten Endes müssen wir ablehnen. Ich bin sonst mit dem, was Sie hier gesagt haben, einverstanden. Ich würde also einem Entwurf zu einer Diskussion, einer Resolution der Partei, zustimmen.

Barzel: Einen einzigen Gesichtspunkt nur versuche ich zu verdeutlichen aufgrund der letzten Diskussionsbeiträge. Es ist sicher richtig, wenn Lorenz spricht von der Stimmung drüben in der DDR, obwohl wir uns da nicht verrückt machen lassen dürfen durch die Presse, die uns jetzt natürlich ein Bild gibt, das keineswegs identisch ist mit dem, was wir aus Briefen oder aus kirchlichen Kreisen oder auf andere Weise haben. Wir werden die geistige Offensive ergreifen müssen, ich nehme das Wort von Langguth auf hinsichtlich der gesellschaftspolitischen Fragen. Wir haben früher gelacht und bös gefunden, als Thomas Dehler zum erstenmal sagte, die deutsche Frage ist eine gesellschaftspolitische Frage. Wir sind über Dehler hergezogen, als er dies sagte, und haben Ulbricht zitiert.³¹ Und heute merken wir, was dies heißt. Wir werden eine Of-

31 Dr. Thomas Dehler (1897–1967), Jurist; 1949–1967 MdB (FDP). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 806 Anm. 23. – Dehler sagte am 5. Januar 1961 in einem Referat vor der Arbeitstagung der Deutschen Burschenschaften in Berlin, daß sich faktisch zwei deutsche Teilstaaten unter dem Reichsdach gebildet hätten. Für diese Äußerung sprach ihm Ulbricht Lob aus. Vgl. Friedrich KLINGL: „Das ganze Deutschland soll es sein!“ – Thomas Dehler und die außenpolitischen Weichenstellungen der fünfziger Jahre. Eine Analyse der außenpolitischen Konzeption und des außenpolitischen Verhalten Thomas Dehlers. München 1987 S. 331–333; Udo WENGST: Thomas Dehler 1987–1967. Eine politische Biographie. München 1997

fensive von diesen Leuten erleben, nämlich mit dieser Grauzone des Gleichschaltens. Und wenn wir nicht nur im Interesse der Leute hier, alles andere ist mir schon viel zu anspruchsvoll, und mit den Europäern handeln – nur sehe ich die innenpolitische Lage in den beiden Hauptländern, einschließlich Italiens –, dann wird sich die Lage in den nächsten zwei Jahren fundamental verändern. Hier müssen wir für unsere Leute das Wertebewußtsein wieder schaffen, weil wir sonst in diesem geistigen Kampf, von dem Kohl neulich sehr gut gesprochen hat, nicht bestehen. Dies ist meine Argumentation. Das müssen wir dahinsetzen, und da ist für mich eben der Platz für irgendein opportunistisches Denken nicht mehr vorhanden.

Von Weizsäcker: Ich bin mit diesem hier vorgelegten Entwurf auch einverstanden. Ich wollte nur fragen, ob wir über die Bedingungen, die bei diesen CSU-Verhandlungen vorgetragen wurden, hier noch etwas mehr erfahren, oder ob Sie das hier im Bundesvorstand nicht weiter diskutieren wollen. Sie haben ja ein paar Mitteilungen vorhin gemacht, aber es gestern alle möglichen Vorstellungen darüber noch durch die Presse. Es könnte doch ganz nützlich sein zu wissen, was davon stimmt und was nicht, und wie sich unsere Fraktionsverhandlungsführer bisher dazu einstellen. Ich weiß effektiv nichts, sondern ich bin nur nicht gut informiert, und das sind vielleicht manche andere hier auch nicht.

Barzel: Darf ich dazu Ihnen ins Wort fallen, weil das sehr wichtig ist, Herr von Weizsäcker. Es gibt darüber eine Menge Gerüchte, und hier ist es, wie das immer ist: Die Gerüchte sind zahlreicher als die Wirklichkeit. Da ich gerne um 17.00 Uhr ein erfolgreiches Gespräch führen möchte, habe ich darauf verzichtet, hier alle Gerüchte abzuhandeln oder auch alle Vorschläge mitzuteilen, sondern ich habe gesagt, was meine Position ist. Ich habe Ihnen gesagt, ich will die Geschlossenheit, so wie wir sie den Wählern versprochen haben. Ich will sie auf der Basis unseres Programms, da gibt es keine Abstriche. Das sind die zwei Punkte, die ich gesagt habe. Was es dann nachher technisch geben mag, ob innerhalb der gemeinsamen Fraktion der Vorsitzende von beiden Seiten gewählt wird, aber die Vorstandsmitglieder getrennt oder so, das sind Fragen, die gehören nicht in die politische Kompetenz des Bundesvorstands dieser Partei. Die gehören in die technische Kompetenz, in die politische Kompetenz dann des Fraktionsvorsitzenden. Es scheint mir so zu sein. Das Wichtige sind die beiden Punkte, die ich sagte: Geschlossenheit auf der Basis des Programms. Und wenn Sie die Schlußworte von mir noch einmal etwas weniger temperamentvoll, sondern vielleicht etwas ruhiger, wie Sie mich sonst kennen, vorgetragen haben wollen, möchte ich noch mal sagen: Es gibt da natürlich jetzt nicht nur Freunde. Da wird natürlich auch geraunzt: Na ja, der Barzel, der trifft sich jetzt mit dem Strauß, dann werden die bei sich zu Hause schon was ausmachen. Was die wirklich ausmachen, erfährt keiner, denn der Barzel will ja nur Fraktionsvorsitzender werden. Ich habe Ihnen dazu hier eine ganz klare Erklärung hier abgegeben. (*Köppler:* Das habe ich noch nie gehört!) Lieber Herr Köppler, das alles kann uns nun nicht mehr erschüttern. Das sind die zwei Punk-

S. 319-321; „General-Anzeiger Bonn“ vom 7. Januar 1961 „Parteienstreit um Dehlers Rede“; dpa vom 27. Januar 1961 „Ulbricht lobt Dehler“.

te. Katzer kann gerne aus seinen Gesprächen sehr viel mehr mitteilen, nur würde ich es jetzt nicht für gut halten, alle möglichen bereits erledigten und potentiellen Negativismen noch einmal vorzutragen. Denn solche Sachen sind früher ganz intern gegangen. Ich habe immer nur eine einzige Abrede getroffen, nämlich die, die traditionell dazugehört, daß in verfassungsrechtlichen Fragen die CSU nicht überstimmt werden darf. Das ist auch das einzige, was ich immer mitgeteilt habe. (Zwischenruf: Nur in verfassungsrechtlichen!) Nur in solchen Fragen. Eine weitergehende Abrede gab es nicht. Nun haben die das jetzt in Frage gestellt, deswegen haben sie ein neues Papier gemacht. Und in diesem neuen Papier muß immerhin von Politik die Rede sein und unser Programm drinstehen, sonst kann dieses Papier nicht zustande kommen. Vielleicht kann Katzer ein bißchen noch ergänzen. Ich glaube, das ist schon ein berechtigtes Bedürfnis, was Richard von Weizsäcker da hat.

Katzer: Ich würde erstens sagen, es ist nichts Neues, was es an Vereinbarungen gibt. Das hat der Kollege Barzel schon dargestellt. Die hat es immer gegeben. Wir haben die von 1969 noch einmal herausgenommen³² und verglichen mit dem Vorschlag, der uns hier neu gemacht wird. Da gibt es, wenn ich rückwärts anfange, eine gemeinsame Ziffer 3, die lautet: Wahrung föderativer Belange. Das ist das, was der Vorsitzende angesprochen hat, daß hier nicht gegen die Interessen der Bayern verstoßen werden darf. Zweitens: Repräsentation der Landesgruppe im Bundestag, das ist fast identisch mit dem, was hier steht. Finanzfragen haben wir, die waren z. T. so kompliziert, einer kleinen Kommission noch einmal zugewiesen, die morgen Vormittag um 10.00 Uhr unter den Geschäftsführern tagt, weil wir hier gar nicht die Sachkenntnis hatten, das zu beraten. Dann gab es Organisationsgrundsätze. Da gibt es in punkto Wahlen eine neue Variante, die vorgeschlagen ist. Da gibt es Modalitäten. Derzeit ist es so, daß die CSU-Kollegen ein doppeltes Stimmrecht haben. Die CSU hat selbst von sich gesagt, daß das nicht in Ordnung wäre, es also bereinigt. Das ist also im Felde der Organisation neu. Dann gibt es einige neue politische Grundsätze. Da würde ich in der Tat der Meinung des Herrn Vorsitzenden sein. Herr von Weizsäcker, Sie hatten um Auskunft gebeten, ich bemühe mich, Sie Ihnen zu erteilen, und Sie diskutieren lustig nach der anderen Seite! (Von Weizsäcker: Ich wagte nicht zu glauben, was Sie eben gesagt haben. Ich muß es eben noch einmal interpretieren.) Sie können davon ausgehen, daß das genauso ist. Es sind ja auch genug Kollegen da, die mit dabei waren, die das ja ergänzen und korrigieren können, wenn sie einen anderen Eindruck haben sollen. Eine neue Punktation ist gekommen bezüglich der politischen Zusammenarbeit. Hier gibt

32 Die Zusammenarbeit für eine gemeinsame Fraktion von CDU und CSU beruhte auf dem im Jahr 1969 geschlossenen Vertrag. Im Juli 1969 forderte die CSU-Landesgruppe einen regelrechten Koalitionsvertrag („Westfalenblatt“ Bielefeld vom 4. Juli 1969). Der Entwurf einer eigenen Geschäftsordnung der CSU-Landesgruppe datiert vom 27. Juni 1969 (ACDP 08-001-039/1). – Entwurf eines Organisationsplans der Bundestagsfraktion der CDU/CSU vom 20. November 1969 sowie (undatierte) Arbeitsordnung in ACDP 08-001-039/1. – Wahl des Fraktionsvorstands auf der Grundlage der seit 1949 bestehenden Vereinbarung am 13. November 1969 (Protokoll in ACDP 08-001-1020/2). Ein „Vertrag“ von 1969 ist nicht zu ermitteln.

es Punkte, wo die Fraktion und die Partei verquickt werden miteinander. In all diesen Punkten haben wir die CSU darauf aufmerksam gemacht, daß es da rein rechtlich schwierige Positionen gibt. Da kriegen wir ein neues Papier. Und deshalb habe ich heute morgen im Präsidium gesagt, ich halte es nicht für sehr sinnvoll, jetzt über ein Papier zu sprechen, was ein Entwurf ist, der jetzt schon überholt ist aufgrund der Einnassungen, die wir – Herr Windelen und Herr Seiters waren dabei – in diesem Kreise gemacht haben. Und je nachdem, wie heute abend das läuft in der Aussprache Barzel-Strauß, werden wir morgen auf jeden Fall die Finanzkommission haben und dann in der Fraktion morgen natürlich berichten. Dann gibt es vielleicht eine letzte Runde am Mittwoch, je nachdem, wie sich diese Gespräche abspielen. Ich glaube, das wäre der Punkt, den man hier erläuternd sagen kann, Herr Vorsitzender.

Barzel: Ich darf noch eines hinzufügen, weil das für unsere Diskussion intern und nach draußen ganz wichtig ist. Ich habe letztes Wochenende begonnen mein zehntes Dienstjahr. Ich habe mich vorher erkundigt auch bei Krone und bei Brentano³³. Es hat niemals in der Geschichte meiner Vorgänger – und auch bei mir nicht – eine Abstimmung gegeben, in der etwa eine isolierte CSU in einer politischen Frage überstimmt worden wäre. Und in den neun Jahren meines Vorsitzes hat es niemals eine Situation gegeben, in der eine geschlossene Gruppe überstimmt worden wäre, weil jeder weiß, daß die Union mit dem Gesetz der Zahl nicht regiert werden kann. Ich habe mich immer bemüht, Kompromisse herbeizuführen, insofern ist diese Kündigung, die Androhung der Kündigung natürlich auch eine Sache, die mir persönlich ein bißchen weh getan hat. Das müssen Sie schon verstehen. Aber ich bin ja nicht für Wehleidigkeit hier in diesem Beruf, den ich hier ausübe. – Herr von Weizsäcker!

Von Weizsäcker: Vielen Dank für diese Information, ich bin also durchaus mit diesem Papier einverstanden. Wir werden ja morgen nachmittag etwas mehr auf ein paar Einzelheiten in dieser CDU-Fraktion eingehen. Punkt 2: Wir haben sicher alle an dem Punkt, an dem wir mit Kreisverbänden oder anderen Basispunkten zu tun haben, über den Kummer viel gehört, den die divergierenden Meinungsäußerungen in der letzten Zeit mit sich gebracht haben. Trotzdem glaube ich, daß für die Wiederbelebung unserer Chancen wie für eine gute politische Zukunft in unserem Land die Sorge der Bewahrung unserer Basis vor dieser Unruhe geringer ist als die Notwendigkeit, sich über alles Mögliche eben auszusprechen. Und daß das nicht nur intern geht, lehrt die Lebenserfahrung. Ich finde also, so sehr ich mich selber auch immer momentan ärgere über einzelne Äußerungen von allen Beteiligten, so ist der ständige Appell in Richtung auf die Gemeinsamkeit und damit in Richtung auf öffentliches Schweigen nicht nur der Lebenserfahrung entgegen, sondern, wie ich glaube, auch politisch nicht gut. Ich möchte ausdrücklich sagen, daß nach meinem Verständnis die Äußerung von Walther Kiep nicht denkbar gewesen wäre, wenn hier nicht alle möglichen anderen entgegengesetzten (*Barzel:* Das ist auch wahr. Sehr richtig!) öffentlichen Äußerungen vorangegangen wären. Ich bewerte damit weder die Äußerungen der CSU oder ande-

³³ Dr. Heinrich Brentano di Tremezzo (1904–1964), Rechtsanwalt; 1949–1964 MdB (CDU), 1955–1961 Bundesminister des Auswärtigen. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1014 Anm. 32.

rer, noch die von Walther Kiep, inhaltlich an dem Punkt, sondern nur formal in dem Sinne: Es geht wirklich nicht an, für die Meinung nach der Entscheidung in einer Richtung allgemein öffentliches Lob zu spenden und dann die Äußerung der entgegengesetzten Meinung unter dem Aspekt des Appells an die Gemeinsamkeit durch die Partei und ihre Mitglieder zu verteufern. Das ist einfach unklug.

Barzel: Verzeihung, da muß ich einen Zuruf machen. Wir hatten uns vor 14 Tagen verabredet, heute darüber zu sprechen. Es ist eine andere Situation, wenn ein Ort in einem Gremium für solche Dinge verabredet wird.

Von Weizsäcker: Ich finde jedenfalls, daß mit der gewissen Schwierigkeit, die wir in bezug auf unsere eigene Glaubwürdigkeit haben – auch wenn uns diese Vokabel gelegentlich zum Halse raushängen mag – zusammenhängt, daß wir häufig mit dem Kampfruf „Gemeinsamkeit“ die Auseinandersetzung unter den Teppich gekehrt haben, anstatt sie auszutragen. Und wenn mir etwas von den Äußerungen von Franz Josef Strauß im Fraktionsvorstand heute vor 14 Tagen, oder wann das war, imponiert hat, dann genau die Bemerkung, die fast wörtlich dasselbe war wie das, was ich eben über die Gemeinsamkeit gesagt habe. Einfach nur zu sagen „Gemeinsamkeit“ und damit ist alles andere tabu, das ist kein Programm. Sondern man muß wissen, worin die Gemeinsamkeit besteht. Darauf aber muß es dann aber in bezug auf die Äußerungen gleiches Recht für alle geben. Die Beunruhigung an der Basis ist trotzdem da, und wir müssen sie natürlich auch ernst nehmen. Das heißt, wir müssen diese Sachen natürlich auch ausräumen.

Nun darf ich zu dem Grundvertrag noch eine kurze Bemerkung machen. Hoffentlich ist sie kurz. Drei Punkte: a) das Offthalten der deutschen Frage; b) die sogenannten Konkrete, also vor allem Freizügigkeit; c) die langfristigen außenpolitischen Konsequenzen dieses Grundvertrages als des Schlußsteines der West-Ostpolitik. Das sind für mein Gefühl die drei Hauptaspekte. Ich verstehe zwar, was Herr Langguth sagt, daß man, bevor es noch nicht endgültig zu spät ist, zur Schließung der deutschen Frage als Opposition nicht ausdrücklich beitragen soll. Aber auf der anderen Seite finde ich nun doch, daß die Regierung, die ihrerseits vorgibt, gegen eine Fiktion der Offenheit und Politik anzutreten, ihrerseits nun eine andere Art der Fiktion dem gegenüberstellt. Nämlich die Fiktion, daß diese Politik, diese Deutschlandpolitik, wirklich eine Offenhaltepolitik sei. Die Erklärung der Vier Mächte, auf die sich die Regierung vor allem beruft, und, wie mir scheint, formal auch zu Recht, muß man meiner Meinung nach also mindestens in diesem Kreise hier so interpretieren, daß sich die Vier Mächte eben gerade nicht darauf verständigt haben, verantwortlich für Deutschland als Ganzes zu sein und zu bleiben, sondern umgekehrt, wenn überhaupt, sich darauf verständigt haben, eine gemeinsame Befugnis sich dafür bewahren zu wollen, daß vielleicht die Deutschen eines Tages ihre jetzt vollzogene Anerkennung des Status quo in einem dynamischen Sinne wieder beschränkt haben wollen. Das ist jedenfalls das, was man von Analysten amtlicher wie nicht amtlicher Art sowohl in Paris wie in London, von anderen habe ich es noch nicht gehört, heutzutage vernehmen kann. Und dann sagen sie dazu: Ach, laßt doch den Deutschen ihre Debatte, wenn die immer noch über die Offenhaltung reden wollen. Das brauchen sie wegen ihrer Opposition und wegen ihrer

Verfassung und ähnlichen Dingen. Aber wir unter uns wissen doch, daß mit diesem Vertrag eben nicht die Offenhaltepolitik fortgesetzt, sondern abgebrochen und beendet wird. Das finde ich sachlich inhaltlich als den eigentlich gewichtigen Punkt.

Zweitens, was die Erleichterungen anbetrifft: Wir sind uns zwar alle darüber einig, daß diese Erleichterungen erstens nicht ausreichen und zweitens nicht gesichert sind. Aber die CDU, die sich damit zu Wort melden würde, sie sei gegen den Grundvertrag, weil die Erleichterungen nicht ausreichen und nicht gesichert sind, würde doch dem umgekehrten Argument begegnen, daß das, was sich auf dem Gebiet dieser Konkreta verändert hat, nicht ist, daß die Erleichterungen nicht ausreichen, sondern daß im Lauf der letzten Zeit eben doch eine zusätzliche große und zwar in die Millionen gehende Bewegung ausgelöst worden ist, einer Bewegung, die ihrerseits ja gerade der Grund dafür ist, daß die SED, wie es ein kommunistisches Regime immer machen muß, Schritte der scheinbaren Entspannung im außenpolitischen Feld mit Repression nach innen verbinden muß. Dieses ist aber eben doch eine Folge davon, daß es zu sehr viel mehr Begegnungen gekommen ist. Natürlich nicht durch den Grundvertrag, sondern durch das Berlin-Abkommen und erste Folgen des Verkehrsvertrages. In Wirklichkeit ist die Schwierigkeit der SED, mit ihrer Bevölkerung über diese Erleichterungskomponente fertig zu werden, größer, als es für uns leicht möglich wäre, für die CDU, gegenüber der hiesigen oder der Bevölkerung drüben zu erklären, daß das ganze Erleichterungskapitel unbefriedigend ist. So unbefriedigend es sein mag, es ist nicht das Hauptcharakteristikum. Das Hauptcharakteristikum ist gerade das, was die SED beunruhigt. Sie sagen, wir haben beim Verkehrsvertrag einmal zugestimmt, und dann sind wir betrogen worden. Zweimal läßt man sich nicht betrügen. Nein, so würde ich das nicht formulieren. Daß die SED bereit und imstande ist, Zusagen, die sie einseitig macht oder zu denen sie vertraglich verpflichtet ist, im Sinne einer Repression wieder rückgängig zu machen, das haben wir auch gewußt, als wir dem Verkehrsvertrag zugestimmt haben. Wir können nicht unsere Gutgläubigkeit für uns beim Verkehrsvertrag in Anspruch nehmen und sagen, damit sind wir mißbraucht worden, also können wir es jetzt nicht wiederholen. Mit einem Wort: Ich würde von diesen beiden Kapiteln das Thema „Offenhaltepolitik der deutschen Frage“ in den Vordergrund stellen, dagegen zum Thema „Freizügigkeit“ auf jeder Art von Verbesserung und Verbindlichmachung bestehen, aber nicht darauf die Ablehnung des Grundvertrages stützen.

Dritter Punkt: Außenpolitische langfristige Konsequenzen. Das ist der für mich wichtigste, weil er meiner Meinung nach hinführt in die Tendenz von Neutralismus in Zentraleuropa, Wandel durch Annäherung usw. Also Fortsetzung der Außenpolitik mit anderen, nämlich gesellschaftspolitischen Mitteln usw. Freilich ist das ein Punkt, der sich nicht in erster Linie gegen den Grundvertrag, sondern gegen diese Regierung und ihre Außenpolitik richtet. Er ist also mehr ein Punkt, der gewissermaßen eine Rahmenkondition für die Auseinandersetzung über den Grundvertrag selbst schafft, als diese Auseinandersetzung ihrerseits ergibt.

Und dann möchte ich noch eines sagen, Herr Vorsitzender: Ich glaube, mit Ihnen ganz einer Meinung in einem Ziel zu sein, nämlich dem, daß unsere Innen- wie Außenpolitik in ihrem Zusammenhang in den nächsten Monaten, Jahren und Jahrzehnten

oder wie lange man rechnen soll, eine Auseinandersetzung über die Wertvorstellungen ist, um die es dabei geht. Ich glaube freilich, daß gerade, wenn wir damit ernst machen wollen, wir an die erste Stelle nicht die Schilderung der Gefahren stellen dürfen, die die anderen mit sich bringen, sondern an die erste Stelle setzen müssen, das, was wir selber wollen, daß wir den positiven Teil dem negativen voranschalten müssen.

Das mit der grauen Zone SED und SPD, das stimmt natürlich weitgehend. Es stimmt z.B. massiv in bezug auf die Wahlkampfbeeinflussung durch die Grundvertragsverhandlung. Das ist ja überhaupt das größte Stück deutschlandpolitischer Taktik zum Ziel der Wahlkampfbeeinflussung, an das ich mich überhaupt erinnere. Auf der anderen Seite gibt es natürlich auch, das müssen wir sehen, eine langfristig zunehmende und nicht abnehmende Auseinandersetzung zwischen SPD und SED. Wandel durch Annäherung ist ja keine Kollision, sondern Wandel durch Annäherung ist Auseinandersetzung. Und dazu, das wird sich im Lauf der Zeit erst recht entfalten – Herr Vorsitzender, Sie schütteln den Kopf –, auch wenn es auf diesem Gebiet immer wieder, so wie jetzt im Wahlkampf, gewisse Zusammenspielakte geben wird. Langfristig ist, wie der Bruno Kreisky immer sagt, die eigentliche Thematik der nächsten 30 Jahre die Auseinandersetzung zwischen den freiheitlichen Sozialdemokraten und den Kommunisten.

Barzel: Ja, aber in dieser SPD doch nicht? Der Sozialdemokratismus, wenn man das drüben liest, betrifft doch nur noch die rechten Führer? Aber Entschuldigung, daß ich ins Wort gefallen bin.

Von Weizsäcker: Das weiß ich doch alles auch. Nur, daß wir diese Art von Auseinandersetzung hier haben, natürlich auch die Auseinandersetzung in Ost-Berlin. Das ist mir doch alles bewußt. Ich bin nur der Meinung, wenn wir die Auseinandersetzung über die Wertordnung nach außen hin mit dem Plakat „Graue Zone SPD – SED“ beginnen – Sie haben das so nicht gesagt –, machen wir nicht nur im jetzigen Zeitpunkt uns selbst unsere Auseinandersetzung über den Grundvertrag gegenüber unserer eigenen Bevölkerung eher schwerer als leichter. Ich glaube auch, daß wir auf diese Weise nicht in der nötigen langfristigen, fundierten und zunächst positiven Weise in die Wertordnungauseinandersetzung eintreten. Diese ganze Thematik: Graue Zone und Auseinandersetzung zwischen SPD und SED ist langfristig unser Hauptthema, aber es ist ein sehr schwieriges Thema, was wir nicht mit vorzeitigen Bedürfnissen nach Überschriften und nach Auslösung von wirkungsvollen Reaktionen überstrapazieren dürfen.

Blüm: Herr Vorsitzender, ich stimme Ihnen völlig zu, daß die Frage der Glaubwürdigkeit nicht die Frage verbaler Bekenntnisse ist, sondern daß Taten und Zeichen eine Rolle spielen. Daß diese Zeichen von der CSU öffentlich gesetzt werden und wir hier im vertrauten Kreise darauf antworten, wäre aber ein Ungleichgewicht. Denn hier steht in der Tat zur Debatte die Frage, die im Wahlkampf eine große Rolle gespielt hat, ob die Politik der CDU durch die CSU bestimmt wird.

Es gab im Wahlkampf ein infames, aber dennoch sehr wirksames Plakat, angefertigt von den Jungsozialisten, auf dem sich der Kopf von Rainer Barzel in den von Franz Josef Strauß verwandelt hat. Dies hat eine untergründige Strömung abseits aller per-

sonalpolitischen Überlegungen getroffen, denen wir relativ machtlos vis-à-vis standen. Ich sage nicht, daß wir uns nicht dagegen gewehrt hätten, aber dieser Eindruck war entstanden auch in Fragen der Ostpolitik, und dafür weiß dieser Kreis hier Anschauungsmaterial zu liefern. Ich darf noch einmal in Erinnerung rufen, daß dieser Kreis fast einstimmig, mit Ausnahme von Herrn Amrehn und Herrn Windelen, die Ostverträge für zustimmungsfähig erklärt hatte. Das wurde auch in den abschließenden Sätzen, um die Brücke zur CSU zu bauen, etwas modifiziert. Daran mag sich jeder erinnern. Und nur wenige Stunden später sah das öffentlich ganz anders aus. Gebrannt durch diese Erfahrungen würde ich sehr davor warnen, nun, nachdem die CSU das Nein zum Grundvertrag zur Bedingung erhoben hat, nun sozusagen widerspruchslös der Öffentlichkeit den Beweis zu liefern, daß auch diesmal die CDU dem Votum aus München gefolgt ist. Es kann auch nicht so sein, daß, wenn Widerspruch dagegen eingelegt wird, gesagt wird, dieser Widerspruch habe nicht zur Entschärfung beigetragen. Dann kann ich nur fragen: Wer hat denn verschärft? Die Frage muß doch vorher gestellt werden. Dies ist eine Fahndung nach dem Motto „Haltet den Dieb“.

Nun zur Sache selber. Für mich ist in all diesen Fragen primär die nach den menschlichen Erleichterungen. Ich würde sie auch nicht, Herr Amrehn, als kosmetische Fragen behandeln, weil ich darauf setze, wenn wir die ideologische Auseinandersetzung – wozu hier der Wille besteht – verschärfen, dann werden menschliche Erleichterungen eine sehr große Rolle spielen, um überhaupt den Adressaten zu erreichen für diese Auseinandersetzung. Dort, wo der Rolladen heruntergelassen ist, werden wir womöglich Selbstgespräche führen können, aber nicht einen Dialog. Es gibt Anzeichen dafür, daß die SED diesen Dialog mehr fürchtet als wir alle. Deshalb spielen menschliche Erleichterungen beim Thema „Freiheit“ eine entscheidende Rolle, bei dem sehr großen Wert Freiheit.

Nun noch zur rechtlichen Position: Wir berauben uns des Ausgangspunkts für eine langfristige Politik, die mit unseren Zielen übereinstimmt, wenn wir den Grundvertrag als einen Teilungsvertrag bezeichnen. Dann würden wir im Falle einer Annahme und der Fortführung unserer Politik uns in Widerspruch stellen zu diesem Vertrag. Wir würden uns eines Teils unserer politischen Manövriermasse berauben.

Zur Frage Moral und Recht ist ja heute nachmittag auch schon einiges gesagt worden. Und das müßte doch feststehen, daß Moral und Recht nicht immer in eine absolute Deckung zu bringen sind, schon gar nicht in der Außenpolitik, weil dort Festlegungen außerhalb unserer Souveränität bestehen. Dies heißt nicht, daß in außenpolitischen Fragen keine moralischen Qualifikationen notwendig sind. Wir werden aber nicht weiterkommen, Herr Lorenz, wenn wir den Vertragspartner als nicht satisfaktionsfähig bezeichnen. Da würde ich in der Welt noch eine ganze Menge Vertragspartner, die nicht satisfaktionsfähig sind. (Stingl: Die Deutschen im Grundgesetz schon!) Herr Stingl, was die Moral betrifft, so ist sie unteilbar. So spielt keine Rolle, ob der Vertragspartner in Rußland sitzt oder, ich weiß nicht, in Südafrika. Moralische Qualifikationen kann man ja nicht aufteilen nach Breitengraden. Ich will ja nur darauf aufmerksam machen, daß Moral ...

[Lücke im Tonband]

Barzel: Ich möchte mich der Presse gleich noch zeigen. Wir haben Ihnen den Entwurf einer Entschließung vorgelegt, die wir im Präsidium gesehen haben. Darf ich zunächst fragen, ob diese Entschließung hier gebilligt wird, ob dazu das Wort gewünscht wird?

Müller-Hermann: Wir sind uns ja alle darin einig, daß die Oppositionsstrategie jetzt ohne Hektik in einem angemessenen Zeitraum durchdacht werden muß. Ich weiß aber nicht, ob jetzt die Zusammenarbeit der beiden Parteien in der Fraktion unter der Voraussetzung einer Übereinstimmung in allen wichtigen politischen und organisatorischen Fragen zustandegebracht werden soll, oder ob man das nicht auf Grundsatzfragen beschränken sollte. Denn wir werden doch einige Punkte haben, zwar auf der Basis des gemeinsamen Regierungsprogramms, die noch einmal einer sorgfältigen Diskussion bedürfen, gerade aus der Sicht der CSU. Ja, wir haben ein Regierungsprogramm. (*Zwischenruf:* Das haben wir beschlossen!) Ja, das haben wir beschlossen, aber ich möchte nicht, daß das Kartellrecht z. B. ...

Barzel: Ich habe hier das Programm in der Hand. Und ich erinnere, wie wir das zusammen gehabt haben in Berlin. Da hat Ernst Müller-Hermann gesagt: „Wo ist da eigentlich die Fusionskontrolle?“ Ich hätte beinah gesagt: „Die steckt da drin“, nur habe ich die Worte etwas besser gewählt in Gegenwart aller Leute.

Müller-Hermann: Das möchte ich ja gesichert wissen. (*Unruhe und Diskussion.*) Deshalb meine ich, wir werden eben einige Punkte noch sorgfältiger intern diskutieren müssen, ich möchte aber diese Diskussion jetzt nicht abgewürgt wissen durch den Druck der CSU.

Barzel: Ich möchte auf die Lage aufmerksam machen dürfen, sofern Sie dies erlauben, die morgen sich ergibt. Zwischendurch darf ich Herrn Dregger zu den Papieren das Wort geben. Morgen tagt nun nachmittags, und zwar aus Gründen der Höflichkeit und der politischen Klugheit, nicht nur des Mutes, der CDU-Teil der gemeinsamen Fraktion – wie ich als naives Kind das noch nenne – nicht drüber, sondern hier im Hause. Das sind immerhin 178, 177 Mitglieder.³⁴ Sie sind alle dazu herzlich eingeladen, denn es kann natürlich sein, daß morgen Entscheidungen zu treffen sind. Wie sieht eigentlich die Lage nach morgen abend aus? Im Grunde müssen wir schon versuchen, heute nacht etwas zustande zu kriegen. Aber das liegt ja nicht allein an uns. Gelingt das nicht, und wir haben morgen Gremien und übermorgen Presse, dann werden wir Weihnachten erreichen in desolatem Zustand. (*Zwischenruf:* So ist es!) Das darf eigentlich gar nicht passieren. Aber ich sage das jetzt nicht, um hier Kursabstriche zu machen. Das ist völlig ausgeschlossen! Nur muß hier jedermann sich völlig darüber im klaren sein, daß wir hier – wenn ich ein böses Wort sagen darf, ich will aber niemanden damit verletzen außer mich selbst – in diesem Augenblick weniger eine Volks hochschule sind als ein in einem gewichtigen historischen Augenblick handelnder Partner, der hoffentlich von keiner Seite nach zwei Wochen oder zwei Jahren oder 20 Jahren als zu leicht befunden wird. Das ist ein ganz schwieriger Augenblick. Des

34 Die CDU/CSU-Fraktion (CDU 186, CSU 48) hatte insgesamt 234 Mitglieder (plus acht Berliner), vgl. DATENHANDBUCH 1 S. 906.

halb meine Bitte an die Mitglieder des Bundesvorstands, möglichst morgen hier dabei zu sein, damit ich nicht alle möglichen telegraphischen Einladungen machen muß. Ich müßte mir vorbehalten, Ihnen vorher was zu sagen. Die gewählten Fraktionsgremien will ich gerne beziehen, aber die sind natürlich jetzt alles Kollegen auf Abruf. Die haben von einer früheren Fraktion ein Mandat, sie haben theoretisch eine Fortsetzung jetzt, aber das ist natürlich nicht so legitimiert, wie dieser Vorstand einer Partei, die herausgefordert ist.

Ich sage das deshalb, weil ich eben glaube, daß das, was hier steht, gut überlegt ist. Es ist so gut überlegt wie das, was heute morgen aus der Präsidiumssitzung aufgrund eines Papiers, was ich dort als Eingangserklärung gemacht, jetzt über dpa läuft. Da heißt es: „Unsere Pflicht gegenüber den Wählern ist Geschlossenheit und Programm.“ Was anderes können wir gar nicht machen. Ich möchte das noch einmal sagen, damit wir das Besondere des Augenblicks nicht über einer wichtigen Debatte vielleicht verlieren.

Der Grundvertrag gehört in die Gremien. Und da wir eine Fraktion haben, die entscheidet, und ich vor der Wahl unter dem Zorn der linken Presse, aber unter dem Beifall junger Leute gesagt habe: „Ich bin kein Ober-Mufti, ich kann die neue Fraktion nicht binden“, werde ich ganz sicherlich nicht heute nacht sagen: „Ich kann die neue Fraktion nicht binden.“ Da sind 80 Kollegen, von denen ich die Hälfte überhaupt nicht persönlich kenne, außer dem Namen nach. Das gehört in die Hände der Kommission und der Kommissionsbericht „as quick as possible“ auf den Tisch einer hoffentlich „as quick as possible“ existierenden handlungsfähigen Fraktion. Etwas anderes kann nicht erklärt werden. Wird etwas anderes verlangt, werden wir uns morgen sehen müssen. Das ist die Lage.

Müller-Hermann: Also, wenn ich meine Intervention noch einmal präzisieren darf: Ich bin Mitglied der Fraktionsgemeinschaft, möchte aber doch an unseren CDU-Grundsatzpositionen, die in dem Regierungsprogramm ihren Niederschlag gefunden habe, keine Abstriche vorgenommen haben unter dem Zeitdruck. (*Unruhe und Diskussion.*)

Hasselmann: Wir sollten hier „ja“ sagen – Änderungsanträge sind nicht gestellt – zu dem nun vorliegenden Papier. Und dann haben Sie Handlungsfreiheit. Wenn wir eine Kommission eingesetzt haben, dann bitte, dann ist die dafür da, und wenn ihr Bericht auf dem Tisch liegt, dann ist dieses Gremium dazu da, ja oder nein zu sagen. Und vorher können wir doch hier nicht die Arbeit der Kommission übernehmen. (*Starke Unruhe.*) Die nächste Wahl ist unsere! Und das, was die Bundespartei jetzt in diesen Tagen hier macht vor Weihnachten, (*Barzel:* Oder nicht macht!) oder nicht macht, das wird die Basis sein für die Möglichkeit, zu gewinnen oder nicht zu gewinnen. Wir haben uns noch nicht der Öffentlichkeit gegenüber geäußert. Also, ich halte das für gar keinen Fehler. Aber wenn es nicht Herr Kiep gewesen wäre, wäre es vielleicht ein anderer gewesen. Und ich halte das, was er gesagt hat über unser Verhältnis zur CSU für absolut richtig. Ob der Zeitpunkt richtig war, das ist eine ganz andere Sache. Aber das muß nun mal gesagt werden, weil auch ein ganz bestimmtes Echo aus der CSU und aus München uns zu Ohren kommt. (*Zwischenruf:* Ja, so ist es!) Ich habe den Ein-

druck, Dr. Barzel, daß hier bei uns Klarheit herrscht, daß die CSU in Bayern eben nicht gewonnen oder Plus gemacht hat, weil sie besser ist als die CDU, sondern vielmehr, daß ein Trend, der bei uns sich schon ausgewirkt hat, Bayern noch nicht erreicht hat. Und es könnte sein, wenn wir uns wieder auf dem Aufwärtsweg befinden, daß dann genau in Bayern das passiert, was wir zur Zeit haben. (*Diskussion.*) Wir haben die Mittelschichten verloren, und wir haben im Industriegebiet verloren, und wir sollten das vernünftig analysieren. Deshalb ist auch die Ironie der CSU bezüglich des Plus nach meinem Dafürhalten ganz anders zu werten. Wir können unsere CSU-Freunde nur bitten, sich auch ein bißchen in die Lage der anderen, nämlich der Schwesterpartei, zu versetzen und besser zu analysieren, was los ist. Und deshalb meine ich, daß primär unser Problem nicht darin besteht, uns zum Grundvertrag so oder so zu stellen. Jedenfalls in der Frage unseres Verhaltens zur CSU ist das nicht entscheidend.

Um die Glaubwürdigkeit der CDU wieder darzustellen, müssen wir uns freimachen von dem Ruf, wir seien die Unternehmerpartei. Wir müssen uns bemühen, für die Arbeitnehmer wieder attraktiv zu werden. Das ist die eine Geschichte. Und dann müssen wir den Mittelstand wieder für uns gewinnen, wo immer er sitzt. Das zeigen uns besonders die Gebiete an den Rändern der einschlägigen Zentren, z. B. Hannover, wo wir durchaus mehr verloren haben, als wir alle glaubten.

Und dann müssen wir aufhören, nach Schuldigen zu suchen für das, was hier passiert ist. Wenn Sie mal mein Land nehmen: In Niedersachsen gibt es Wahlkreise, in die ich bestimmt nicht gegangen wäre in der festen Überzeugung, daß dort ein Kandidat sitzt, der nicht gewonnen hat, sondern der selbstverständlich wiedergewählt wird. Und was ist passiert? Wir haben eben nicht gewonnen. Da wird etwas deutlich, was nicht mehr zu erklären ist mit dem einen oder anderen Kandidaten, sondern das liegt an einem besonderen Trend. Ich denke hier speziell an Dr. Hubrig³⁵ und ich denke auch an Herrn Bittelmann³⁶, auch an von Herrn von Bismarck in Gifhorn und Peine. Kein Mensch wäre auf die Idee gekommen, bei Bittelmann, Hubrig und Bismarck mehr zu tun, als wir getan haben, weil das solche selbstverständlichen Kreise waren.

Wir können wieder zu einer interessanten Partei werden, wenn wir den Mut besitzen, uns nicht der Meinung der CSU in jedem Falle anzuschließen, sondern wenn wir unsere eigene behalten.

Dabei meine ich, daß wir gar nicht fortschrittlicher werden müßten, weder indem wir uns mehr nach links bewegen, noch, daß wir uns mehr nach rechts bewegen. Bei uns im Lande scheint mir rechts doch mehr die Mitte zu sein. Wir könnten uns mal überlegen, ob wir die Mitte neu bestimmen. Um von einer neuen Mitte wieder an die Mehrheit zu denken. Das müssen wir wirklich tun. Wo liegt die Mitte eigentlich? Es ist schade, wenn Brandt es riskiert zu sagen: „Ich gehe dahin, und wo ich bin, ist die neue Mitte.“ Wenn wir eine Analyse bei uns im Lande vornehmen, müssen wir wahrscheinlich die Mitte verschieben. Und wir können sie nicht nach rechts verschieben wegen

35 Dr. Hans Hubrig (1924–1982), leitender Angestellter; 1966 CDU, 1969–1972 und 1976–1982 MdB, 1974–1976 MdL Niedersachsen, 1975–1981 Vorsitzender des BV Lüneburg.

36 Otto Bittelmann (1911–2000), Landwirt; 1961 CDU, 1969–1973 MdB.

der Schichten, Herr Dr. Lemke, die wir nicht mehr haben, sonst werden sie, wie Herr Kiep es formuliert hat, dann kleiner, aber sie werden einiger. Und das ist die Frage. Wenn wir diese Schichten nicht wiedergewinnen, gehen wir den Weg gegen die 32, 35 % vielleicht. Wenn wir das nicht wollen, wenn wir wieder gewinnen wollen, müssen wir uns etwas Neues dringend einfallen lassen. (*Starke Unruhe*.)

Ich bin also fest der Überzeugung, Herr Dr. Lemke, daß die Entscheidung zum Grundvertrag ja oder nein, z. B. mit dem weiteren Weg der CDU in unserem Lande so gut wie nichts zu tun hat. Vom Gefühl her sage ich nein. Aber ich möchte erst die Begründung, die sehr sorgfältig gemacht werden muß, hören, damit auch unsere jungen Herren in der Partei und im Land sie begreifen, innerlich aufnehmen und sich dahinterstellen. Wir müssen das alle gemeinsam begreifen, sonst können wir es machen, wie wir wollen. Der Grundvertrag ist in dieser Gesamtbewertung sekundär, ist eine politische Notwendigkeit, die wir jetzt entscheiden. Dazu müßten die Kommissionen uns das Votum auf den Tisch legen, ja oder nein. Ich wollte nur gerne deutlich machen, daß wir auch uns selbst einen Gefallen tun würden, wenn der, der hier eine andere Meinung äußert, der sogenannte oder in Anführungsstrichen „Abweichler“, auch seine Meinung sagen kann. Wenn wir soweit sind, daß jemand eine andere Meinung nicht mehr zu vertreten wagt, weil er sonst hier in Ungnade fällt, dann, glaube ich, sind wir eine schlechte Partei. Ich glaube, daß wir so auch am besten den Kontakt wiederfinden mit den Wählerschichten, die zukünftig wieder bei uns sein sollen.

Das ist gar nicht so ganz einfach darzustellen, aber es trägt vielleicht dazu bei, und das ist heute mein einziges Anliegen, daß wir aufhören mit der Suche nach den Schuldigen. An den Beispielen in unserem Lande wird deutlich, daß das nicht bei dem einen oder anderen zu finden ist, sondern es ist ein Gesamttrend, der in München noch kommt und bei uns schon war. Damit möchte ich das heute bewenden lassen. Im übrigen bin ich für die Fraktionsgemeinschaft und warte gerne ab. (*Starke Unruhe*.)

Kiep: Ich bedanke mich auch insbesondere für die kritischen Äußerungen, die hier von Herrn Amrehn und Herrn Lorenz, von Herrn Stingl und Herrn Dr. Kiesinger im besonderen gemacht wurden, und ich darf vielleicht noch einmal in wenigen Worten begründen, was mich dazu veranlaßt hat, diese Äußerungen zu machen, die ich heute vor einer Woche niedergeschrieben habe und die dann am Mittwoch voriger Woche veröffentlicht worden sind.

Ich hatte den Eindruck, daß wir nicht weiter nach dem Modell diskutieren können, die CSU darf alles sagen, was sie denkt und die CDU hat den Mund zu halten und muß an die Notwendigkeit der Fraktionsgemeinschaft denken. Ich bin der Überzeugung, daß diese eine Woche allein uns zusätzlich eine ganz schöne Portion von Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit gekostet hat, diese eine Woche, in der nur die Äußerungen aus München kamen und von unserer Seite eben überhaupt nichts entgegnet wurde.

Und ich darf daran erinnern, Herr Generalsekretär, daß wir in der ersten Sitzung des Elferrats, des Präsidiums hier vor 14 Tagen beschlossen hatten³⁷, daß wir eine

37 Aufzeichnungen für den Zeitraum vom 20. bis 27. November 1972 (ohne Unterschrift) in ACDP 08-001-353/2.

Wahlanalyse vornehmen würden und eine Festlegung der Oppositionsstrategie im Januar, wenn die Ergebnisse der Wahlanalyse vorliegen. Und daß wir dann eine Klausurtagung machen und dann wir alle diese Dinge definieren würden. Was ist aber geschehen? Dazu hat uns die CSU keine Zeit gelassen, sondern sie hat zunächst einmal mit der Ankündigung der möglichen Aufhebung der Fraktionsgemeinschaft ihre eigene Wahlanalyse vorgenommen. Und zusammen mit dieser Wahlanalyse hat sie den Versuch gemacht, aus der Konstituierung der Fraktion eine Festlegung der Oppositionsstrategie zu machen, nämlich diese beiden Dinge, die im Grunde genommen gar nichts miteinander zu tun haben müssen, zu einem Vorgang zu verschmelzen, so daß wir mit der neuen Fraktionskonstituierung, mit der Wahl Herrn Dr. Barzels zum Fraktionsvorsitzenden, sozusagen in einem Arbeitsgang auch gleichzeitig eine neue Strategie bekommen hätten.

Dieser Vorgang hat mich veranlaßt, dazu etwas zu sagen. Ich habe mich bemüht, in dem, was ich gesagt habe, niemanden in irgendeiner Weise, in irgendeiner Form zu präjudizieren. Ich habe auch extra niemanden vorher gefragt, sondern habe diese Äußerung völlig auf meine eigene Verantwortung hin gemacht, damit niemand den Eindruck hat, er wird hier, wo er vielleicht in einem Teilbereich zustimmt, auf diese Gesamtaussage festgelegt. Und Herr Amrehn, Sie müssen mir zugeben, daß, wenn Sie das Interview lesen, keine Präjudizierung der Union drinsteckt. Zum Thema Grundvertrag habe ich lediglich gefordert, daß wir eine realistische Grundhaltung einnehmen, daß wir das alles sehr sorgfältig überlegen sollen. Ich selber bin heute außerstande, hier in dieser Sitzung, wie das Herr Hasselmann eben gesagt hat, ohne Vorlage des Berichts der Kommission, ohne genaue Kenntnisse der ganzen Umstände hier etwa zu sagen, so oder so sollten wir in dieser Frage entscheiden. Die sorgfältige Prüfung habe ich auch deshalb gefordert, weil ja die CSU uns in allererster Linie hier nicht nur auf ein Nein festlegen wollte, sondern auch auf ganz bestimmte Begründungen des Neins. Aus diesem Grunde habe ich das gemacht und habe dieses Interview gegeben. Ich darf Ihnen sagen, daß da sehr wohl das Selbstbestimmungsrecht drin vorkommt, sehr wohl die Freiheit und die Unfreiheit als Ursache der Spannungen in Deutschland. Daß sehr wohl darin vorkommt, daß die Bundesregierung den Grundvertrag in einer unzulässigen Weise in den Wahlkampf eingeführt hat. All diese Dinge sind da enthalten. Ich habe mich sehr wohl bemüht, die beiden Seiten zu schildern. Aber ich habe es für richtig gehalten zu appellieren, daß wir an die Wahlanalyse nicht mit der Voraussetzung herangehen, es gäbe in dieser Wahl Sieger und Verlierer auf Seiten der CDU und CSU. Das war die Ausgangshypothese der CSU. So sah das Bild nämlich aus. Aufgrund der Siegerposition der CSU, die ihrer Analyse zugrunde lag, hat sie den Versuch unternommen, praktisch uns ihre Politik als die allein richtige für die kommende Zeit nahezulegen. Dieser Punkt war ein Schwerpunkt dieses Interviews. Am Anfang stand „Es gibt in dieser Wahl auf Seiten der CDU/CSU nicht Sieger und Verlierer, wir haben diese Wahl gemeinsam geführt, mit einem hohen Maß an Integration auch der CSU. Wir haben sie gemeinsam verloren und müssen jetzt überlegen, wie wir in der Sache weiterkommen.“

Und, Herr Amrehn, wenn Sie glauben oder die Sorge haben, daß für den Fall, daß

etwa unsere Freunde feststellen oder das Verfassungsgericht feststellt, daß dieser Vertrag verfassungswidrig ist und deshalb eine Grundgesetzänderung notwendig ist, dann sind wir uns doch sicherlich alle einig, daß wir eine Grundgesetzverletzung oder eine Grundgesetzänderung zum Zwecke des Passierenlassens dieses Grundvertrages hier nicht in Betracht ziehen werden. Aber im Augenblick müssen wir doch davon ausgehen, daß in der Frage dieses Vertrages die Grundgesetzlichkeit zumindest noch offen ist und die Alliierten und die Bundesregierung und eine Reihe von Sachverständigen behaupten, der Vertrag sei verfassungskonform.

Was nun die Behandlung dieses Vertrages anbetrifft, so hat Herr Stoltenberg einen Vorschlag gemacht, den ich mal bezeichnen möchte als einen „Zwei-Vor-Phasen-Vorschlag“. In der ersten Phase lehnen wir den Grundvertrag ab. In der zweiten Phase – angesichts der drei Folgeverträge, die dann kommen plus des UNO-Beitritts – werden wir dann uns auf die Grundlage des inzwischen Wirklichkeit gewordenen Zustandes stellen. Ich sehe einen gewissen Widerspruch zwischen diesem Vorschlag von Herrn Dr. Stoltenberg und dem Vorschlag von Herrn Dr. Barzel, der ja im Grunde gesagt hat, wir müssen diesen Grundvertrag eben deshalb ablehnen und die dahinterstehende Politik, weil hier eine graue Zone, ein Volksfrontdenken vorhanden ist. Wir müßten diese Kollision zwischen Ost und West, zwischen SED und SPD als das zentrale Thema anpacken. Also beide Vorschläge sind nicht unter einen Hut zu bringen. Wir sollten über diese Frage noch einmal sehr genau nachdenken.

Wenn ich dafür plädiert habe, daß wir über den Vertrag und unsere Haltung zu dem Vertrag noch einmal sehr genau nachdenken, dann deshalb, weil wir ja drei Folgeverträge in den nächsten Monaten auf uns zukommen sehen müssen. Es kommen drei Folgeverträge, die alle parlamentarisch verhandelt werden müssen. Es kommt dann – als vierter Akt – der UNO-Beitritt. Das alles zum September/Oktober nächsten Jahres, wenn der Fahrplan eingehalten wird. Wir können uns darauf verlassen, daß diese Bundesregierung uns natürlich festnageln wird. Wir werden uns dann nicht im August oder im Juli oder im Juni einen Vertrag aussuchen können, der uns paßt, oder der uns weniger unangenehm ist und dann bei diesem Vertrag sagen: Hier stimmen wir jetzt mal wieder zu, ebenso wie wir beim Verkehrsvertrag zugestimmt haben. Sollte dies die Absicht sein, dann möchte ich nur warnen vor einem solchen Vorgehen, weil uns das in neue zusätzliche Schwierigkeiten bringt und auf diesem gesamten Gebiet der Außenpolitik neue Fragen der Glaubwürdigkeit bzw. Unglaubwürdigkeit bringen wird.

Wenn ich davon gesprochen habe, daß wir den Anschluß an die internationale Politik finden müssen, dann doch nicht deshalb, weil ich glaube, daß wir ohne diesen Anschluß etwa nicht up to date oder nicht modern wären. Der Anschluß ist doch nicht Selbstzweck, sondern bringt uns doch erst in den Stand als CDU/CSU-Opposition im Bundestag, in Europa und in der Welt für die wirklich entscheidenden Dinge zu kämpfen und gegen die Tendenzen der Regierung anzugehen, die ja lebensgefährlich sind. Ich nenne nur hier einen Begriff: Es steht doch heute im Raum die gesamteuropäische Friedensordnung Willy Brandts und Egon Bahrs auf der einen Seite und unsere Vorstellung vom politisch geeinten Europa auf der anderen. Wie wollen wir denn diese Dinge wirklich durchsetzen, so wir dazu als Opposition in der Lage sind, wenn wir

nicht bereit sind, die Grundlage, auf der sich diese ganze Politik abspielt – auf der auch unsere Verbündeten diese Politik betreiben –, auf der die mit uns befreundeten Parteien diese Politik betreiben, als eine gegen unseren Willen geschaffene Realität hinzunehmen?

Ich darf nur daran erinnern, daß bei der NATO-Parlamentarier-Konferenz³⁸, Herr Amrehn, drüben im Bundestaghochhaus, unsere CDU-Abgeordneten mit Ja gestimmt haben, als eine Resolution eingebracht wurde über den Grundvertrag. Als ich dann einige Kollegen fragte: Sagt mal, wie kommt Ihr denn dazu, da mit Ja zu stimmen? Da haben die gesagt: Ja, international müssen wir doch selbstverständlich mit Ja stimmen, wo kämen wir denn dann hin? (*Starke Unruhe und Heiterkeit.*) Und dann habe ich gesagt: Ja, aber Kameraden, was machen wir denn intern im Deutschen Bundestag? Da wurde gesagt: Entschuldigung bitte, das ist natürlich eine innerdeutsche Geschichte, darüber denken wir intern, unter uns und auch in der innerdeutschen Auseinandersetzung, ganz anders. Aber dies, meine Damen und Herren, zeigt doch ganz deutlich, daß unsere Aktionsfähigkeit davon abhängt, wie weit wir uns jetzt hier an der entscheidenden Weichenstellung vernünftig entscheiden. Ich plädiere eben für eine sehr, sehr eingehende Diskussion.

Ich wiederhole noch einmal, daß ich damit weder ein Plädoyer für ein Ja noch ein Nein abgeben will, sondern einfach für diese notwendige Diskussion, weil hier wirklich eine grundsätzliche Weichenstellung erfolgt, über die wir uns ernsthafteste Gedanken machen sollten. Wenn ich an unsere Alliierten denke – ich höre heute so in der Diskussion von dem ein oder anderen: Na ja Gott, die Westmächte, die sind auch schon abgeschwommen, das ist natürlich alles sehr leicht gesagt –, dann darf ich noch einmal daran erinnern, daß unsere elementare Sicherheit in diesem Lande von der Präsenz amerikanischer Truppen abhängt, daß wir in wenigen Wochen Verhandlungen mit den Amerikanern haben werden, die im Rahmen der Nixon-Doktrin³⁹ ihr Engagement in Europa reduzieren möchten. Wie wollen wir denn auf die Amerikaner, wie wollen wir denn auf die auch in der Koalition vorhandenen vernünftigen Kräfte unterstützend einwirken, wenn wir uns auf eine Position zurückziehen, in der wir sagen, mit dieser ganzen Entwicklung haben wir nichts zu tun.

Ich könnte noch eine ganze Reihe von Argumenten anfügen, (*Unruhe.*) verzichte aber darauf, weil wir ja alle unter einem gewissen Zeitdruck sind. Ich möchte nur schließen mit einer ganz kurzen Bemerkung zum Stil der Opposition überhaupt. Herr Barzel hat meiner Ansicht nach völlig zu Recht gesagt: Wir müssen in der Wohnung die Koffer auspacken. Und ich halte das in der Tat auch für einen der Fehler der letzten drei Jahre, daß wir diese Koffer nicht ausgepackt haben. Aber ich meine, daß vom Stil der Opposition ungeheuer viel abhängt. Ich glaube z. B., daß auch die Sprache im Parlament, die

38 Frühjahrstagung des NATO-Ministerrates am 30./31. Mai 1972 in Bonn, vgl. AdG 1972 S. 17135–17137.

39 Die Doktrin wurde von Richard Nixon während einer Pressekonferenz in Guam am 25. Juli 1969 verkündet. Die Verbündeten sollten zukünftig ihre militärische Verteidigung – besonders finanziell – in die eigene Hand nehmen (Text der Pressekonferenz im Internet: http://www.nixonfoundation.org/clientuploads/directory/archive/1969_pdf_files/1969_0279.pdf).

in der Öffentlichkeit gehört wird, dieser neuen Lage, in der wir sind, Rechnung tragen muß. Ich glaube also, daß das, was ich einmal die „Plattsprache“ nennen möchte, in den neuen Deutschen Bundestag nicht mehr hineinpaßt, einfach nicht mehr verstanden wird. Und wenn wir in vier Jahren wirklich diese Wahlen gewinnen wollen, von denen ja alles abhängt, dann meine ich, müssen wir in vielen anderen Punkten, die ich jetzt nicht erwähnen möchte, nachdenken, diskutieren. Und deshalb begrüße ich den Vorschlag, den Termin für diese Klausurtagung. Ich hoffe, daß dies für uns ausreichend Gelegenheit geben wird, über all diese Themen und viele andere mehr zu sprechen.

Dregger: Ich möchte anknüpfen an den Bericht des Vorsitzenden, den ich billige und den ich begrüße. Insbesondere seine Aussage, daß wir Opposition vom Grundsätzlichen her zu führen haben. Und ich möchte hinzufügen, daß wir das entschieden und vor allem gemeinverständlich zu tun haben.

Meine Damen und Herren, wir sind Opposition! Und wir sind Parlamentarier. Das heißt, wir sind nicht Experten, und wir sind auch nicht Diplomaten. Lassen Sie mich daraus einige Schlußfolgerungen für unser Verhalten beim Grundvertrag ziehen. Wenn wir, wie Experten, jeden Punkt ein paar Mal umdrehen und dafür sehr viel Zeit brauchen, und dann nach einigen Wochen erklären, wir sind dafür oder dagegen, dann haben wir in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, daß das, was die Regierung vorlegt, im Grunde durchaus akzeptabel ist, und daß dafür nur einzelne Expertengründe dagegen sprechen. Ich halte diese Methode für eine Oppositionspartei für grundfalsch. Die Gründe für die Ablehnung des Grundvertrages sind offensichtlich. Ich bin der Meinung, daß wir das so klar und so früh und so eindeutig wie möglich der deutschen Öffentlichkeit mitzuteilen haben. Die Experten mögen nachher die Gründe im einzelnen vortragen, aber wir brauchen davon unsere Grundsatzentscheidung nicht abhängig zu machen. Ich stimme völlig Bundeskanzler Erhard zu, der von sich aus erklärt hat, schon vor der Wahl, ich habe es vor der Wahl auch getan, daß dieser Vertrag nicht akzeptabel ist. Die Gründe liegen auf der Hand, ich will sie hier im einzelnen nicht vortragen.

Ich meine zweitens, daß es vor allem politische Gründe sind und nicht nur verfassungsrechtliche Gründe. Wir sollten die Frage der Verfassungswidrigkeit prüfen. Denn wir sollten erwägen, die Sache dem Verfassungsgericht vorzulegen. Aber das sollte nicht unser erstes Petitum sein. Unsere Gründe sind politischer Natur, und die sollten wir in dieser Auseinandersetzung in den Vordergrund stellen. Nun ist die Frage, was bedeutet das für die Folgeverträge? Meine Damen und Herren, wenn die Regierung, wenn die Mehrheit sich durchsetzt und Tatsachen schafft, die wir nicht umstoßen können, dann müssen wir als Oppositionspartei jeweils von den neuen Tatsachen ausgehen. Wir sind durchaus in der Lage, einen Verkehrsvertrag anzunehmen, vielleicht einen späteren weiteren Vertrag anzunehmen und trotzdem den Grundvertrag abzulehnen. Ich möchte vor einem weiteren warnen: Ich bin nicht der Meinung, daß wir als deutsche Parlamentarier unsere Entscheidungen in Lebensfragen unseres Volkes nach dem Rat unserer Verbündeten auszurichten haben. Wir sind vom deutschen Volk beauftragt und nicht von den Amerikanern und nicht von den Franzosen. Im übrigen bin ich der Meinung, daß unsere amerikanischen Verbündeten keineswegs sich Verbünde-

te wünschen, die ihre eigenen Interessen nicht wahrnehmen. Wer seine eigenen Interessen nicht nachdrücklich vertritt, der wird auch die gemeinsamen nicht nachdrücklich vertreten. Wir sind durchaus in der Lage, in das gemeinsame Bündnis unsere deutsche Position einzubringen. Das ist früheren Bundeskanzlern gelungen, und dazu besteht auch heute die Möglichkeit. Ich möchte dringend davor warnen, sich nur nach Ratschlägen auswärtiger Botschafter zu richten.

Ich möchte weiterhin sagen, wir haben – das ist schon mehrfach gesagt worden, ich will es ausdrücklich unterstreichen – unsere Entscheidung nicht nach den Umfragen der Demoskopen auszurichten. Wir sind Meinungsführer. Wenn wir in einer kritischen Frage uns allerdings wochenlang zurückhalten und erst die Experten befragen, ehe wir zu einer Meinung und zu einem Urteil kommen, dann allerdings dürfen wir uns nicht wundern, wenn auch die deutsche Öffentlichkeit die Gegengründe nicht zur Kenntnis nimmt und sich nicht zu eigen macht. Wer kennt denn den Inhalt des Grundvertrages? Die allermeisten nicht. Wenn die Opposition zögert, nein zu sagen, dann ist es kein Wunder, daß nahezu die gesamte Öffentlichkeit meint: Na ja, das ist doch eine gute Sache, das klingt schön, es ist ein Grundvertrag, und selbst die Opposition sagt nicht nein. Ich bin der Meinung, daß Demoskopie und Politik zwei grundverschiedene Dinge sind, daß wir zwar die Meinung der Demoskopen zur Kenntnis zu nehmen haben, daß wir danach unsere politische Linie aber nicht ausrichten sollten. Ich habe daher auch gewisse Zweifel, ob es in dieser Situation richtig ist, daß wir zunächst den Antrag stellen: Die Bundesregierung wird aufgefordert, erneut mit der DDR zu verhandeln, um gewisse Bedingungen zu erfüllen. Wer nimmt denn das ernst? Das ist doch ein Pakt zwischen Ost-Berlin und Bonn, und da das keine ausländischen Mächte sind, ein Pakt zwischen SED und SPD. Die sind sich doch seit langem über alles einig. Wir müssen doch zur Kenntnis nehmen, daß schon während der Großen Koalition im Auftrage von Willy Brandt Herr Bahr und andere über die Kommunistische Partei Italiens mit den Leuten in der DDR diese ganze Politik ausgemacht haben⁴⁰, die jetzt Schritt für Schritt verwirklicht wird. Es ist also eine taktische Frage, ob wir diesen ersten Antrag stellen sollen, denn von der Sache her, daß dabei nichts erreicht wird, sind wir uns doch wohl alle einig. Wenn es aber nur eine taktische Frage ist, dann bin ich mehr dafür zu sagen, so wie die Bundesregierung das Vertragswerk vorgelegt hat, verdient es nicht unsere Zustimmung. Wir werden es ablehnen, und wir sollten unsere grundsätzliche Entscheidung nicht wieder länger aufschieben, aus den Erwägungen heraus, die ich eben vorgetragen habe und die mir entscheidend für den Stil einer Oppositionspartei zu sein scheinen, die den Wunsch hat, einmal die Regierung zu stürzen.

Wir müssen uns doch über eines im klaren sein: Wenn eine Regierung gut regiert, dann ist sie nicht zu stürzen. Wenn sie ganz schlecht regiert, dann kann das auch eine schlechte Opposition unter Umständen fertigbringen. Wenn sie mittelmäßig ist, und das ist die Regel, dann können wir doch nur dann eine Chance haben, die Regierung zu stürzen, wenn wir alle kritischen Punkte ihrer Politik brutal offen legen und nach außen mit Entschiedenheit vertreten, aber nicht dadurch, daß wir uns der Regierungs-

40 Vgl. Nr. 30 Anm. 6.

position nähern in der Hoffnung, daß dann einige Leute, die bisher die Regierung unterstützt haben, nunmehr uns unterstützen würden.

Zum Abschluß noch ein Wort zur Einheit der Unionsparteien: Ich bin sehr traurig darüber, daß die CSU das überhaupt zu einem Problem gemacht hat. Ich würde es für verhängnisvoll halten, wenn die Einheit der Unionsparteien verloren ginge. Wir sollten auch bei den weiteren Verhandlungen jetzt möglichst den Eindruck vermeiden, daß sich hier zwei verschiedene Parteien gegenüberstehen mit unterschiedlichen Programmen, die jetzt mühsam auf ein gemeinsames Programm geführt werden müssen. Auch die CSU ist ja kein einheitlicher Block. Es gibt Meinungsverschiedenheiten in der CSU wie in der CDU. Wir sollten möglichst bald wieder den Eindruck erwecken, daß wir eine geschlossene Kraft sind, weil wir sonst keine Chance haben, erfolgreiche Politik in Deutschland zu machen.

Müller-Hermann: Ich möchte nichts wiederholen von dem, was gesagt worden ist, nur zwei kurze Bemerkungen machen. Als ich das Interview von unserem Freund Kieplas, habe ich mir gedacht, wir entwickeln uns ein Jahr zu schnell. Ich glaube, er hat recht, wenn er davor warnt, daß wir uns in eine internationale Isolierung begeben. Die amerikanischen Prätentionen unter dem Pragmatiker Nixon sollten wir sicherlich nicht falsch interpretieren. Aber es wäre ein Bruch in der Kontinuität unserer deutschlandpolitischen Linie, wenn wir jetzt hier zu den Fragen des Grundvertrages eine verschwommene Haltung einnehmen würden. Ich bin da eher der Meinung, wir müssen hier ganz konsequent und klar nein sagen. Bloß bei der Begründung sehr, sehr sorgfältig argumentieren. Das zweite: Ich meine doch, daß es jetzt auch an der Zeit ist, sehr behutsam unser Verhältnis zur FDP neu zu überdenken. Ich bin ganz sicher, daß eine faire Chance, wieder die Regierungsverantwortung zu erhalten, nur möglich sein wird, wenn wir im Laufe der nächsten Jahre sehr behutsam – ohne mit dem zu großen Lokken der Koalition – beginnen, unser Verhältnis zur FDP wieder überprüfen. Ich glaube, daß es doch bei den Spannungen, die zweifellos in der Koalition auftreten werden, hierfür eine Reihe von Anknüpfungspunkten geben wird. (*Zwischenruf:* Richtig!)

Köppler: Ich würde gerne auch noch einmal auf den Bericht von Herrn Dr. Barzel zurückkommen. Ich billige den Bericht, hätte in zwei Punkten gerne auch in seiner Anwesenheit noch eine Anmerkung gemacht. Das erste ist die Frage, ob es sich wirklich empfiehlt, das Verfahren so, wie er es vorgeschlagen hat, mit einem Antrag, der die Bundesregierung auffordert, neue Verhandlungen zu führen, zu eröffnen. Wenn ich mir das in die Kalenderlandschaft projiziere, dann heißt das, daß noch vor Weihnachten ein solcher Antrag, sozusagen verbunden mit der Wahl des Bundestagspräsidenten – oder wie wollen Sie das sonst machen – im Bundestag eingebracht wird. In einer solchen Atmosphäre, die dadurch geschaffen wird, wird es uns nicht möglich sein, diesen Antrag in der Öffentlichkeit als einen Antrag zur Sache durchzubringen, sondern das wird uns als rein taktische Aktion wahrscheinlich mißdeutet werden. Ich fürchte, wir werden dieser Mißdeutung nicht mit dem genügenden Gegengewicht entgegentreten können. Bei der Frage, die die Fraktion entscheiden muß, würde ich ein Fragezeichen machen und Sie bitten, zu überlegen, ob man nicht die Gründe, die hier im einzelnen noch von der Fraktionskommission ausgearbeitet werden müssen, in

aller Ruhe und in aller Festigkeit zum Zeitpunkt der Ratifizierungsdebatte im Bundestag vorträgt. Das soll nicht heißen, daß man die Meinung nicht vorher publik macht.

Das zweite ist, ich bekenne mich dazu, auch zu denen zu gehören, die unser Vorsitzender der unverantwortlichen Optimismus-Mache während des Wahlkampfs bezichtigt hat. Ich sage Ihnen ganz offen, ich habe zwar mit in Rechnung gestellt, daß wir es nicht schaffen. Aber ich habe dieses Wahlergebnis, und darüber waren wir uns, glaube ich, alle, die wir am Montag nach der Wahl hier zusammen waren, einig, in dieser Form nicht für möglich gehalten. Ich habe diese prognostische Fähigkeit nicht gehabt, sondern ich muß sagen, ich habe zwar mit einiger Sorge der Entwicklung im Ruhrgebiet und in den schwerindustriellen, von Großbetrieben strukturierten Teilen unseres Landes entgegengesehen, weil ich dort die Gefahr sah, daß wir mundtot gemacht worden sind durch die uns überwälzende Propaganda, Gegenpropaganda, die mit allen Mitteln in den Betrieben operiert hat, die es gar nicht nötig hatte, draußen Wahlveranstaltungen zu machen, sondern sich nur auf die Arbeit in den Betrieben konzentriert hat. Aber ich habe nicht erwartet, angesichts des öffentlich erkennbaren Zuspruchs, der völlig verbesserten Mentalität gegenüber 1969 in allen anderen Teilen des Landes, daß wir dort solche Verluste erleiden würden, bzw. daß wir dort an der Progression so wenig teilnehmen würden, wie das in Wirklichkeit der Fall war.

Ich würde zu dem Grundvertrag nur folgendes sagen und vielleicht komme ich dann auch gleich noch auf das Interview von Herrn Kiep: Ich bin kein Experte auf dem Gebiet. Aber ich habe doch nun selber im Wahlkampf, zum Thema Grundvertrag das vertreten, was hier von der Spalte der Partei, beider Unionsparteien, festgelegt worden war. Ich habe insbesondere das, was unser Vorsitzender immer wieder dazu gesagt hat – und das war ja vernehmlich für die Bevölkerung, daß der Vertrag neu verhandelt werden muß, denn so können wir den nicht schlucken –, unters Volk gebracht, und diese Meinung steht heute noch als die Meinung der CDU in der Landschaft draußen. Jetzt die Kurve zu bekommen und zu sagen, das müssen wir uns alles noch mal überlegen, wir müssen also sehr gründlich prüfen, ob wir doch ein Ja sagen können zu einem Vertrag, der eben nicht neu verhandelt wird, sondern der so weit hinter den selbstgesteckten Zielen der Regierung zurückbleibt – der 20 Punkte, der Vereinbarungen in den zuständigen Gremien und Ausschüssen des Bundestages, die interfraktionell sogar übereinstimmend festgelegt worden sind –, zu dem kann man nur mit allem Anstand nein sagen.

Nun hat mich natürlich, wie viele andere, außerordentlich geärgert, daß ein solcher Punkt, in dem wir schon vor dem Wahltermin eine so weitgehend übereinstimmende Meinung in der gesamten Union hatten, zu einem Pressionspunkt oder einem Kardinalpunkt für die Frage zur Fortsetzung der einheitlichen Fraktion gemacht wird. Hier ist der einzige Punkt, wo ich den Entlastungsangriff vom Kollegen Kiep nicht verstanden habe, daß er ihn mit dieser Frage verbunden hat. Ich räume ein, Sie haben nur eine präzise Überprüfung der Stellungnahme zum Grundvertrag gefordert. Aber wie es nicht anders kommen konnte, ist diese Ihre Äußerung – in diese Landschaft hineingesagt, die wir vorige Woche hatten – natürlich so interpretiert worden, als sei hier in der Union die Frage des Ja zum Grundvertrag ernsthaft Gegenstand der Diskussion.

Nun hatten wir gerade in den Tagen vorher durch eine ganze Reihe von öffentlichen Äußerungen – mit einer für die Union, die CDU geradezu exzeptionellen Übereinstimmung – versucht, den fatalen Eindruck, daß hier unter dem Druck der CSU die CDU von einem von ihr zwar gewollten, aber nun nicht mehr durchzuhaltenden Ja weggebracht wird. Diesen Eindruck hatten wir einigermaßen vom Tisch, indem klar gemacht wurde, hier stößt die CSU mit ihrer Forderung, ihrer ultimativen Forderung an die Adresse der CDU ins Leere. Da kam dann der Eindruck, sie hat ja doch recht gehabt, oder es wird hier zumindest mal das Fragezeichen in Richtung Grundvertrag öffentlich aufgerichtet. Das war der einzige Punkt, der mich an Ihrem von mir als Entlastungsoffensive verstandenen Interview in der Tat etwas verstörte.

Ich bin mit Hasselmann der Meinung, Meinungsfreiheit und eine gewisse Liberalität der Meinungen muß sein unter uns, das ist ganz klar. Nur, ich unterschreibe ja auch, was gesagt worden ist. In dieser Situation, in der wir uns – das kann man hier intra muros offen sagen – der unverantwortlichen Öffentlichkeitsarbeit aus München gegenübergesehen haben, sollten wir auch die öffentliche Reaktion darauf gemeinsam absprechen. Denn das schafft nachher auch in der CSU, wenn wir hier mit zu viel Stimmen reden, eine schwierige Lage, gar nicht mal nur im Verhältnis zur CDU, sondern auch in unseren Kreisverbänden, in unseren Gremien selber. Und wir hatten uns bei der Feuerwehrsitzung am Samstag darauf verständigt, daß wir jetzt die Dinge herunterspielen wollten. Glauben Sie mir, daß mir das auch nicht immer leicht gefallen ist, zu allem möglichen, was uns da angedient worden ist aus München – bis hin zu dem Nachwuchspolitiker, der dort in München dieses Wort in den Mund genommen hat – einfach den Mund halten.⁴¹ Aber wir waren der Meinung, und ich habe mich daran gehalten, wir sollten uns in Zukunft, wenn eine solche Absprache getroffen ist, alle daran halten, daß hier zunächst einmal die Emotionen heruntergespielt werden und daß wir versuchen mußten, aus dem Reden übereinander in ein sachliches Gespräch miteinander zu kommen, was dann Gott sei Dank erreicht worden ist.

Ich bin der Meinung, daß wir jetzt dieser Fraktion die Möglichkeit geben sollten, so schnell wie möglich, Tritt zu fassen. Das ist aber auch dringend wünschenswert, und insofern würde ich nicht meinen, daß wir noch eine Fülle von Verhandlungen von uns aus anbieten sollten. Vor Zusammentreten des Bundestages muß hier reiner Tisch sein, muß die Sache in Ordnung sein. Länger halten wir das auch in unseren Landesverbänden nicht mehr durch. Ich muß sagen, mein primärer Eindruck über die Reaktionen in den Kreisverbänden draußen ist der, daß die Partei viel weniger, als zu befürchten war, verstört war durch das Wahlergebnis, sondern, daß in den Kreisverbänden draußen die allgemeine Stimmung die war: Jetzt erst recht! Das hat sich auch in Mitgliederzugängen nach dem Wahltag in einem ganz spontanen, erstaunlichen Ausmaß deutlich gemacht. Was die Partei aber langsam nicht mehr erträgt, ist das Hickhack zwischen CDU und CSU und das Nicht-In-Gang-Kommen einer Opposition angesichts des Unfugs, der auf der Regierungsseite dauernd passiert, der aber merk-

41 Anspielung auf den Artikel von Wilfried Scharnagl im „Bayernkurier“ vom 2. Dezember 1972 „CDU und CSU – Wege und Ziele notwendiger Erneuerung“.

würdigerweise unterschwellig nur berichtet zu werden braucht, weil wir die Ober-schlagzeilen liefern für das, was die öffentliche Meinungsbildung an der politischen Szenerie interessiert. Ich würde also bitten, daß wir nun hoffentlich morgen einen Schlußpunkt setzen können oder am Mittwoch in dem Fraktionsgremium. Dann muß aber ein Schlußstrich gezogen werden. Sonst wird das draußen in den Kreisverbänden auch über Weihnachten und in der berühmten Pause, in der wir alle nicht mehr zu-packen können, in der aber weiter geredet wird, eine unerträgliche Belastung. Und das, was wir alle vielleicht mit Recht für die Zeit unmittelbar unter dem Eindruck des Wahlergebnisses befürchtet haben, tritt dann erst negativ in Erscheinung. Wenn es denn diese Woche in Ordnung zu bringen ist, werden wir damit fertig werden.

Kraske: Wir haben noch vier Wortmeldungen. Da sich die Reihen ein bißchen zu lichten beginnen, wollte ich nur sagen, ich würde gerne hinterher noch ein paar Fragen über das weitere Verfahren mit Ihnen erörtern. Alles in allem wird das hier nicht län-ger als etwa bis 17.30 Uhr dauern, wenn wir uns auf diesen Termin vielleicht verständi-gen können.

Windelen: Ich kann nur unterstreichen, was Köppler gesagt hat. Wir müssen hier schnellstens wieder Zement in die Fundamente gießen. Wenn wir das schaffen, dann werden wir die Dinge wieder zum Stehen bekommen. Schaffen wir das nicht, kann man für nichts garantieren. Zu dem Praktischen: Ich hätte gar keine besonderen Schwierigkeiten, ein klares Votum zum Grundvertrag abzugeben, ich hätte auch vor der Wahl keine gehabt. Das ist uns jetzt erschwert worden durch den Eindruck, der entstanden ist, daß wir nunmehr unter dem Druck Dritter zu diesem Votum kommen. Deswegen können wir es eben nicht ungeprüft abgeben, sondern wir müssen es sehr gut fundiert und sehr gut begründet abgeben und zwar deswegen, weil sonst der Ein-druck entstehen oder verstärkt werden muß, wir hätten dieses Votum jetzt nur unter Druck der CSU abgegeben. Wir sollten in unserer Begründung vor allem die Dinge in den Vordergrund schieben, die verständlich sind, auch für die Bürger verständlich sind, und die bald nachprüfbar werden. Das ist nicht die Frage der Einheit der Nation, das ist ein geschichtlicher Prozeß. Das ist auch nicht die Frage Vier-Mächte-Erklärung, das ist nicht die Frage der Verfassungsmäßigkeit, das ist auch nicht die Frage Berlin, das ist ein Prozeß, der sich unmerklich vollziehen wird. Nachprüfbar werden am ehe-sten sein die Fragen der sogenannten „menschlichen Erleichterungen“, da können wir ziemlich unbesorgt sein, das hat jetzt schon begonnen.

Das heißt also, wir sollten diesen Vertrag messen an unseren gemeinsamen Prämis-sen, die vor der Wahl gegolten haben, die für den Versuch einer gemeinsamen Politik gegolten haben und die jetzt eben weiter gelten. Das heißt, wir sollten jetzt unsere Barrieren nicht höher schrauben, aber wir haben keinen Anlaß, sie jetzt zu senken. Wenn wir das tun, und hier ist das Nötige gesagt worden, Entschließung, 20 Punkte und was sonst, oder unser Regierungsprogramm, dann werden wir zu einem sehr ruhi-gen und gut begründeten Nein kommen.

Zum Interview Kiep: Ich habe es nachgelesen, es ist sehr viel differenzierter, aber das ist immer so, es werden eben drei Sätze herausgezogen, mit einer knalligen Über-schrift versehen, alles andere interessiert nicht. Wir sollten nur daran denken, daß es

gar nicht darauf ankommt, was man da im längeren Interview sagt, sondern daß es darauf ankommt, was man dann in der Schlagzeile daraus machen kann. Auch das hätten wir ertragen. Dazu kam der Zeitpunkt in einer Phase der mangelnden oder nicht vorhandenen Kommunikation, und das hat die Dinge natürlich dann etwas dramatisch zugespitzt. Aber wir sollten nicht über das nachdenken, was war, sondern über das nachdenken, was wird.

Die Frage verfassungsrechtliche Überprüfung: Ich habe meinerseits an keiner Stelle von dem Antrag auf eine einheitliche Anordnung gesprochen, sondern ich habe bewußt immer von einer verfassungsrechtlichen Überprüfung gesprochen. Da es eine Normenkontrolle nicht mehr gibt, bleibt eben dann natürlich nur die Anrufung übrig. Ich habe auch begründet, warum. Ich habe den gleichen Vorschlag schon beim Warschauer und beim Moskauer Vertrag gemacht. Das wurde überflüssig, weil die Entschließung ja sehr viel weiter ging in der Klarstellung, zumal sie ja völkerrechtlichen Rang erhielt, wenn auch keinen sehr hohen. Die Bundesregierung würde bei einer verfassungsrechtlichen Prüfung in Karlsruhe genötigt sein, eine verfassungskonforme Interpretation abzugeben. Das zweite, wir würden ein Minderheitsvotum bekommen mit einiger Sicherheit, das nun auch bestätigen wird, daß unsere Bedenken nicht völlig gegenstandslos waren. (Kohl: Das wird sich im Bundesrat tun, hier die Verfassungskonformität.) Einverstanden! Das heißt, dann sollten dagegen eigentlich keine Bedenken bestehen. Ich erwarte nicht, nach der bisherigen Praxis der Rechtsprechung von Karlsruhe, daß Karlsruhe zu einem Verwerfen kommen wird. Damit rechne ich nicht, ich sage das ganz offen. Das ist zwar bestürzend, wenn man sich den Vertrag näher ansieht, aber ich gehe nicht davon aus, weil eben das Verfassungsgericht auch bisher immer die Interpretation der jeweils verantwortlichen Regierung für seine Entscheidung zugrunde gelegt hat. Das heißt, die Bundesregierung ist hier ja ziemlich ruhig, und ich befürchte, sie kann es auch sein. Ich frage, was würde das dann für uns für Konsequenzen bedeuten? Nun, wir werden eben nicht den Fehler machen, den die SPD in den 50er Jahren gemacht hat, das mit einer großen Kampagne verbinden. Die SPD hat ja damals nicht akzeptiert, nachdem Vertragsrecht geschaffen war, sondern sie ist ja eingestiegen dann auch in Kampagnen wie „Ohne mich“ usw. Das sollten wir nicht tun, das werden wir auch nicht tun. Aber ich sehe nicht ein, daß wir eine Politik mittragen und mitverantworten sollen, von der wir ja wissen, welchen Weg sie öffnet und welchen Sinn und welches Ziel sie verfolgt. Das heißt, wir werden, wenn diese Verträge rechtens geworden sind, uns auf dem Boden des so geschaffenen Rechtes zu stellen haben. Das heißt also, wir werden dann nicht dauernd auf den Putz hauen, sondern wir werden deutlich die Verantwortlichkeiten feststellen und unsere Konsequenzen daraus ziehen. Und das muß im Zweifelsfall beinhalten, Kollege Kiep, ich sage das hier, daß wir frei sind auch in den folgenden Entscheidungen, d.h. nicht, daß wir dann in irgendeiner Weise einem Zugzwang unterliegen. Das muß aber dann nach beiden Richtungen, nach beiden Seiten gelten.

Die Frage, welche Konsequenzen werden wir aus der neuen Lage zu ziehen haben? Nun, ich sage Ihnen ganz offen, Herr von Weizsäcker, hier reden wir offenbar ein bißchen aneinander vorbei. Sie haben öfters kritisiert – ich habe das immer sehr aufmer-

sam registriert, weil ich immer sehr aufmerksam verfolge, was Sie sagen und schreiben –, man solle nicht vom Untergang Deutschlands sprechen. Doch mit diesem Vertrag ist Deutschland, so wie wir es nach unserem Verfassungsverständnis verstehen, untergegangen. Ich sage das ohne Hysterie. Und ich sage das also auch ohne Aggression, sondern nur als Feststellung. Deutschland existiert dann noch in den Akten der Alliierten und in den Geschichtsbüchern, als rechtliche Realität dann nicht mehr. Ich glaube, das sollten wir so deutlich sehen. Sie sind hier anderer Meinung, vielleicht können wir uns mal außerhalb dieses Saales darüber unterhalten, ich sage das ohne jede Aggression, sondern nur als Feststellung, und ich glaube, an dieser Feststellung kommt man im Grunde nicht vorbei. (*Kraske: Das wäre aber sogar ein VorstandstHEMA.*) Einverstanden, vielleicht können wir es dazu machen. (*Unruhe und Diskussion.*)

Welche Konsequenzen werden wir aus dieser neuen rechtlichen Lage zu ziehen haben? Ich stimme hier dem zu, das mag manchen überraschen, was Langguth und andere gesagt haben. Wenn damit diese Teilung rechtlich vollzogen ist, dann können wir auf dieser neuen Basis, die ja beruht auf dem Hintergrund des Wandels durch Annäherung, keine Wiedervereinigungspolitik nach unseren Vorstellungen mehr betreiben, weil das bedeuten würde, daß wir das Tor zum Sozialismus noch weiter aufmachen würden. Ich befürchte, daß wir dann etwas ganz anderes tun müssen, nämlich das Tor zuzumachen, und einen Wandel durch Abgrenzung unsererseits betreiben müssen. Denn diese Politik beruht doch auf der Grundlage der Konvergenz. Ich empfehle Ihnen allen den Aufsatz – Majonica hat darüber geschrieben – in der Beilage zum „Parlament“, so etwa acht Wochen alt oder auch zehn Wochen alt⁴², wo man sich mit allem Nachdruck zur Konvergenz des Wandels durch Annäherung und der Öffnung bekennt. Das heißt, wir sollten dazu die Hand nicht reichen, da das ja eine Einbahnstraße ist, eine Öffnung ja nur für den Verkehr von Osten nach Westen, nicht aber für den Verkehr von Westen nach Osten. Wir werden dann also zu fragen haben, ob wir diese Politik unter der veränderten Situation weiter betreiben können oder ob wir nicht vielmehr eine Abgrenzung gegenüber dem Sozialismus betreiben müssen und dann eben wieder eine westliche, europäische Entwicklung betreiben sollten, die uns dann die Möglichkeit gibt, wenigstens eine freiheitliche Ordnung aufzubauen und sie offen zu halten für eine Zukunft, von der wir heute noch nicht wissen, wann sie eintreten könnte. Das können nur Andeutungen sein, aber ich bin mir über die Konsequenzen, die damit verbunden sind, durchaus klar. Aus diesen Gründen habe ich versucht, den Anfängen zu wehren, weil ich mir völlig klar darüber war, daß diese Politik so angelegt war in den Verhandlungen zwischen Bahr und Gromyko. Sie finden im Bahr-Papier alle Elemente auch des Grundvertrages schon wieder. Wir waren eigentlich nur im ersten Schritt frei, im zweiten nicht mehr. Das heißt, diese Politik ist jetzt konsequent bis zu ihrem letzten Schritt vollzogen, und wir müssen aus dieser Po-

42 Horst HEIMANN: Demokratischer Sozialismus in Ost- und West. Die Deutschland- und Ostpolitik: Anregungen zu einer konkreten Utopie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 36–37/1972 vom 2. September 1972 S. 3–28. – Zur Rezension des Beitrags durch Majonica vgl. „Neuvereinigung durch Sozialismus? Die gefährliche Utopie des ‚demokratischen Sozialismus‘“. In: „Die Politische Meinung“ Nr. 145 vom Oktober/November 1972 S. 81–89.

litik dann auch unsererseits unsere Konsequenzen ziehen. Das wird in manchen Dingen nicht einfach sein, aber ich glaube, daß wir hier auch neue Chancen bekommen, wenn wir diese Möglichkeiten so sehen. Darüber kann man heute nicht weiter sprechen, aber ich glaube, Herr Amrehn, darüber werden wir uns einmal hier zu unterhalten haben.

Das heißt jetzt und heute kein voreiliges Votum zu den Grundverträgen, allzu lange können wir es nicht mehr herausschieben. Die Kommission wird ja heute und morgen wahrscheinlich eine Empfehlung abgeben, ein sehr gut begründetes Votum und zwar vor allen Dingen ein Votum, das für die Menschen verständlich ist. Das heißt, es ist nicht zu abstrakt, sondern verständlich, d.h. mit Begründungen, die der einfache Mann auch versteht und bei denen er möglichst bald nachprüfen kann, daß unsere Bedenken nicht unbegründet waren.

Lampersbach: Lassen Sie mich vorweg eine Bemerkung machen zu dem, was der Vorsitzende eingangs sagte hinsichtlich einer Überprüfung der organisatorischen Möglichkeiten der Partei. Ich will Ihnen dazu nur ein Beispiel sagen. Genau eine Woche nach dem Wahlausgang wurde in meinem Wahlkreis bekannt gegeben, daß eine Zeche geschlossen würde mit 1.550 Mann Belegschaft, wovon vorher kein Wort in die Öffentlichkeit gedrungen war. Das ausgerechnet in einem Bezirk, der außerordentlich allergisch vorher zu allen wirtschaftlichen Fragen Stellung genommen hat und zwar negativ gegen uns. Ich bedauere außerordentlich, daß aus der Gruppe 7 der Ruhrkohle AG Westfalen uns vorher dazu nichts gesagt worden ist oder gesagt werden konnte, weil das hier deutlich macht, daß wir sicherlich hinsichtlich der Kommunikation innerhalb unserer Partei uns sehr ernsthaft Gedanken machen müssen, wie wir an diese Informationen, die ja doch sehr wichtig für entscheidende Aussagen sind, kommen können. Ich will das hier nur sagen, weil ich glaube, daß auch mit dem Sachverständigengutachten, das nun mit Verzögerung veröffentlicht worden ist, wir sicherlich erhebliche Zeit verloren haben oder verlieren werden, unser Konzept der Bevölkerung erneut deutlich zu machen. Dabei kommt es, nach meiner Auffassung, gar nicht so sehr darauf an, daß wir direkt im ersten Ansatz der Bevölkerung beweiskräftig sagen können, so und so ist das oder so und so wird es sein, sondern die Entwicklung langfristig oder mittelfristig sehen, damit man an die Dinge auch politisch herankommt.

Ich will nur noch ganz wenige Bemerkungen machen, nach dem, was hier gesagt worden ist zum Grundvertrag. Für mich ist die Entscheidung heute schon klar, ich werde nein dazu sagen. Ich werde ganz klar und deutlich nein dazu sagen und zwar aus zwei Gründen, die ich Ihnen hier anführen will. Ich habe vor etwa vier oder fünf Jahren einen Vortrag über Radio mitangehört, bei dem klar gesagt wurde: Mittelfristig wird sich eine Volksfront rings um Deutschland herum aufbauen. Die ersten Ansätze sind in Italien zu sehen. Die Ansätze sind in Frankreich zu sehen. Sie wurden dann durch die Entwicklung über de Gaulle usw. verhindert, aber jetzt ist es ja auch uns hier klarer gemacht worden. Und sie werden auch ihren Fortgang nehmen über Belgien, über die Niederlande und wahrscheinlich mit zeitlicher Verzögerung bis nach England hinein. Und der letzte entscheidende Pol, der hier eine Entwicklung aufhalten kann

oder könnte, wäre eben die Bundesrepublik, wenn sie bei einer klaren und deutlichen Politik in ihrer Aussage bleibt und das auch klar macht.

Ich will das hier in keiner Weise dramatisieren. Ich bin auch viel zu wenig Fachmann, um das beurteilen zu können. Aber der Versailler Vertrag hat uns zwar formal die Beendigung des Ersten Krieges gebracht, gleichzeitig aber die ganze Unsicherheit und Unruhe und eine Entwicklung ermöglicht, die dann eben zu dem Zweiten Krieg mit all seinen schrecklichen Auswirkungen führte. Ich will nicht behaupten, daß das hier exakt genauso verlaufen wird. Ich habe jedenfalls mit Jugendlichen vor einigen Jahren diskutiert. Da hieß das Thema „Deutschland – eine Nation, zwei Vaterländer“ oder so ähnlich, ich weiß es nicht mehr. So jedenfalls war das der Tenor. Und da haben die Jugendlichen mir gesagt: „Gott, Herr Lampersbach, hören Sie doch auf, was interessiert mich Leipzig oder Dresden, was interessiert mich Breslau. Wir stammen übrigens aus Breslau“, sagte der, „das ist für mich völlig uninteressant. Ich freue mich, daß ich nach Rom fahren kann oder nach Frankreich oder England, USA usw.“ Ich habe dann die Frage gestellt, ob sie denn ein Gefühl, ein Bewußtsein dafür hätten, daß sie ein Vaterland haben müßten, um überhaupt eine Heimat zu haben für den einzelnen. Da haben die mir drauf gesagt: „Was heißt hier Vaterland? Was heißt Nation? Das ist mir vollkommen gleichgültig“. Ich meine, daß das sicherlich – wenn auch bei vielen heute noch unbewußt – die Veranlassung sein könnte, uns selbst aufzugeben. Die Franzosen, die Engländer, die Italiener und wer es auch immer ist, haben ja doch nach wie vor noch einen großen Vorbehalt bei allen Dingen, die an die Grundfesten ihres Vaterlandes, ihrer Nation, herangehen können. Innerhalb der EWG erleben wir das doch täglich bei allen möglichen Verhandlungen, selbst im materiellen Bereich. Aus dem Grund glaube ich, daß es zwar notwendig ist, sich Überlegungen juristischer Art für die Beurteilung eines Vertrages nach dieser oder jener Richtung hin zu machen. Aber sehr viel entscheidender für uns ist doch, eine politische Entscheidung zu fällen, die wir gegenüber unseren Kindern hinterher verantworten können. Und daher glaube ich, daß wir eine geistige Offensive brauchen und wir einmal bei der Jugend nach forschen, ob ihnen die Steigerung des Bruttosozialproduktes, so wichtig sie ist, wichtiger ist, als das Gefühl zu haben, noch deutsch zu sein oder Deutsche sein zu können. Ich glaube, die Frage der Solidarität zur eigenen Nation, zum Vaterland, ist hier sicherlich sehr, sehr wichtig und nicht zu unterschätzen.

Ich möchte nur noch zwei Dinge sagen: Ich habe es als ganz kleiner Junge miterlebt, wie die Franzosen das Ruhrgebiet besetzt haben. Und unter der Pression dieser Besetzung war die Bevölkerung zu einem erheblichen Teil zu weitgehenden Konzessionen bereit, hier möchte ich nicht versäumen, meinem Freund Blüm auch noch etwas entgegenzuhalten, sonst meinen die Leute, wir hätten uns schon vertragen, Herr Blüm! (*Heiterkeit.*) Mich hat eines etwas nachdenklich gestimmt, ich hoffe, ich habe es falsch verstanden. Moral und Recht haben Sie gesagt. Ich habe das miterlebt als ganz junger Mann, wie plötzlich das Recht sich nach der scheinbaren Moral der Nationalsozialisten richtete. Und wo es eben kein Ausweichen mehr gab, da war eben nur das noch Recht, was der Nationalsozialismus als Moral deklarierte und aussprach. Ich hoffe, ich habe das falsch verstanden. Ich will es auch hier gar nicht hochspielen. (*Blüm:* Ich habe

nicht für amoralisches Recht plädiert, sondern nur dafür plädiert, daß die Forderungen der Moral weitergehen als die des Rechtes. – *Kraske*: Das steht sogar im Parteiprogramm. – *Heiterkeit*.) Da sehe ich nämlich auch große Sorgen, daß bei uns hinterher das Recht wird, was z. B. die SPD als Recht hält oder für richtig ansieht, und daß es dann wieder heißt: „Recht ist, was dem Volke (der Partei) nützt“. Da sollten wir auch bei der Überlegung, z. B. zum Grundvertrag, uns ganz klar darüber sein, was wir hier in der letzten Konsequenz damit aufgeben oder nicht. Daher noch einmal: Ich bin der Auffassung, wir können nur, wenn wir glaubwürdig bleiben wollen, in den nächsten Jahren nein dazu sagen, weil wir es für unrichtig halten.

Lemke: Ja, darf ich eben noch mal eine kurze Frage an Herrn von Weizsäcker stellen? Herr von Weizsäcker, Sie lehnen den Grundvertrag ab, allerdings nur mit dieser einen wichtigen Begründung der Teilung Deutschlands, wenn ich das richtig verstanden habe. Die anderen Begründungen haben Sie als bedenklich bezeichnet. (*Von Weizsäcker*: Nicht für so durchschlagend.) Für nicht so durchschlagend. Sie sagten, der einzige Grund, der für Sie ziehen könnte, wäre die Teilung Deutschlands. Habe ich das richtig verstanden? (*Unruhe*.)

Also, Herr Generalsekretär, meine Damen und Herren, ich möchte noch mal gerne festhalten: Es ist empfohlen worden, diesen Antrag nicht zu stellen, wenn ich das richtig rausgehört habe, weil man meint, dieser Antrag auf Neuverhandlung wäre nur ein taktischer Schritt, der also keine durchschlagende Bedeutung hätte. Wir sollten aber, und das war die überwiegende Meinung, uns doch politisch darüber klar sein, daß der Vertrag abzulehnen ist. Die Begründung soll sorgfältig von der Kommission unter Herrn von Weizsäcker, vielleicht auch Herrn Kiep, durchdacht werden. Und jetzt darf ich noch eines sagen, nach Ihrem Vortrag, den Sie vorhin gehalten haben, Herr Kiep, dürften Sie eigentlich überhaupt nicht zustimmen, während ich eigentlich auf dem Standpunkt stehe, durch ein klares Nein zum Grundvertrag präjudizieren wir nichts für die Zukunft, nur die anderen haben etwas präjudiziert. Da komme ich wieder auf das, was ich heute mittag gesagt habe: Volksfront, Rapallo und was alles damit zusammenhängt. Deswegen haben Herr Langguth und auch Herr Windelen recht, daß wir dann natürlich in eine ganz andere Strategie eintreten müssen, weil die Konfrontation der Weltanschauungen nun aufeinanderprallen. Aber das brauchen wir vielleicht heute noch nicht zu behandeln. Nur, das scheint mir wichtig zu sein, Herr Vorsitzender, daß wir das einfach mal feststellen als Ergebnis der Diskussion. Daß also dieser Antrag nach Möglichkeit nicht gestellt werden sollte, daß wir jetzt erst mal den Mund halten und unsere Entscheidung erst veröffentlichen, nachdem die Kommission uns dazu noch eine äußere Hilfe gegeben hat. Daß wir aber in der großen Mehrheit dazu neigen, ein klares Nein dazu zu sagen, daß wir aber nicht meinen, daß wir dadurch etwas präjudizieren. Ich möchte noch zu einem anderen Punkt kommen. Ich möchte Herrn Müller-Hermann beipflichten wegen der FDP. Ich habe es schon auf der letzten Vorstandssitzung gesagt, das ist der Außenseiter in der Koalition, und wir müssen langfristig und „vornehm“, wenn ich das Wort gebrauchen darf, die FDP im Auge behalten.

Kraske: Herr Landtagspräsident, ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie mir die Aufgabe, die Diskussion zusammenzufassen, so freundlicherweise abgenommen und vor-

weggenommen haben. Ich kann dem durchaus zustimmen, nur würde ich sagen, wir haben hier nicht darüber beschlossen und auch nicht darüber abgestimmt, ob dieses Verfahren, was Herr Barzel vorgeschlagen hat, so oder in anderer Form Bestand hat. Ich werde ihn selbstverständlich davon unterrichten, daß nach seinem Weggehen, ich glaube, noch von drei Sprechern gerade dieser Antrag doch eher zögernd und eher skeptisch aufgenommen worden ist. Im übrigen warten wir den Bericht der Ostkommission ab und werden dann die neue Fraktion damit befassen. Daß wir hier in der grundsätzlichen Richtung dieser Diskussion das unterstützt haben, was Herr Barzel in seinem Bericht eingangs gesagt hat, ist sicher eindeutig.

Erlauben Sie mir zum Abschluß noch ein paar Dinge bekanntzugeben, die vielleicht wichtig sind. Das erste ist eine dpa-Meldung, die eben aus München gekommen ist und die folgenden Wortlaut hat:

„Einer Erneuerung der Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU im Deutschen Bundestag steht offensichtlich nichts mehr im Wege. Der Landesvorstand der bayerischen Unionspartei hat am Montag in München nach den Worten von Generalsekretär Gerold Tandler das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Kommissionen beider Parteien vom vergangenen Freitag einmütig und ohne Kritik zur Kenntnis genommen. Wie Tandler vor Pressevertretern erklärte, hätten die Gespräche in ihrem Ergebnis die Basis für eine Weiterführung der Fraktionsgemeinschaft erbracht. Die CSU sei selbstverständlich an einem Fortbestand der Fraktionsgemeinschaft interessiert. Das am Montagnachmittag vorgesehene Gespräch zwischen den beiden Parteivorsitzenden Barzel und Strauß hat nach Ansicht Tandlers praktisch nur noch die Aufgabe, das Ergebnis der Verhandlungskommission zu konkretisieren. Bereits am Dienstag oder Mittwoch werden beide Kommissionen erneut zusammenkommen, um die Gespräche fortzusetzen.“

Für den weiteren Terminplan ergibt sich folgendes: Herr Dr. Barzel hat diejenigen, die nicht der Bundestagsfraktion angehören, bereits eingeladen, morgen an der Sitzung mitzutunnehmen. Sie beginnt um 15.00 Uhr hier im großen Saal. Sie sind herzlich dazu eingeladen. Im übrigen werden wir uns in der gegenwärtigen Lage darauf verständigen müssen, daß eine nochmalige Einberufung des Vorstands vor Weihnachten dann erforderlich ist, wenn sich irgendwo die Situation zuspitzen sollte. Ich hoffe, daß das nicht der Fall ist. Wenn es der Fall wäre, könnten wir das nur sehr kurzfristig entscheiden. Ich bitte Sie, dann auch mit einer kurzfristigen Einladung einverstanden zu sein. Sie haben der von Ihnen bereits freundlicherweise verabschiedeten Entschließung einen Terminvorschlag entnommen. Dieser Terminvorschlag ergibt sich aus folgender Überlegung: Die in Arbeit befindlichen Wahlanalysen, sowohl die statistische Analyse der Wahlergebnisse wie auch die in Auftrag gegebenen Umfragen werden etwa teilweise bis Weihnachten, teilweise bis Mitte Januar vorliegen. Wir kommen dann Mitte Januar unmittelbar in die Tage, wo der Bundeskanzler seine Regierungserklärung abgibt – davor wird das Präsidium tagen – und wo die Aussprache im Bundestag stattfindet. Wir waren der Meinung im Präsidium, daß wir in unsere Klausurtagung das Ergebnis der Regierungserklärung oder die Kenntnis der Regierungserklärung mit einbeziehen sollten, und deswegen haben wir im Präsidium beschlossen, Ihnen vor-

zuschlagen das Wochenende am 27. und 28. Januar. Ich glaube, daß das unter diesen Umständen der vernünftigste Termin ist. Ich wäre nur dankbar, wenn Sie alle sich auf dieses Wochenende einrichten. Wenn wir wirklich eine gründliche und schonungslose Wahlanalyse unter allen Gesichtspunkten durchführen und außerdem uns auch über die Strategie für die Zukunft unterhalten wollen und über die Konsequenzen, die sich aus dieser Analyse ergeben, brauchen wir dazu zwei Tage. Das heißt, wir müssen den Samstag und den Sonntag dafür bitte bereitstellen. Wir machen das hier. (*Zwischenruf*: Das ist Vorstand?) Der gesamte Bundesvorstand! Letzter Punkt (*Zwischenruf*: Ist das hier in Bonn?) Das ist aller Voraussicht nach hier in Bonn. (*Langguth*: Ich habe da noch zwei Anregungen.) Ich bin noch nicht fertig, aber bitte!

Langguth: Nur zwei Anregungen. Wenn Einladungen dieser Art ergehen, wäre es gut, wenn wir das früher als einen Tag zuvor hören, denn ich glaube, es ist niemandem von uns sonst möglich, daran teilzunehmen. Zweite Bitte, die ich habe, bei aller Schwierigkeit, die ich dabei sehe: Es wäre gut, wenn sich die Protokolle von Bundesvorstandssitzungen nicht auf eine Seite oder anderthalb Seiten beschränken, denn es ist häufig sehr schwierig, den Diskussionsverlauf noch einmal nachzubedenken.

Kraske: Herr Langguth, es ist im Vorstand beschlossen worden, daß nur Beschuß-protokolle über die Sitzungen verschickt werden. Ich würde auch bei einem so großen Kreis, wo die Protokolle teilweise durch Vorzimmer, teilweise auch durch amtliche Vorzimmer gehen, das nicht ändern wollen. Wenn Sie sich im einzelnen unterrichten wollen, steht Ihnen in der Bundesgeschäftsstelle sicher Einsicht in die Protokolle jederzeit offen. Darauf haben die Vorstandsmitglieder ein Recht, aber wir sollten das nicht im großen Stil verschicken. Was die Einladung angeht, können Sie eigentlich nur die zu der morgigen Fraktionssitzung meinen. Nun, das ist also eine spontane Idee gewesen. Aber auch diese Fraktionssitzung steht erst seit zwei oder drei Tagen fest, also viel früher wäre es nicht möglich gewesen.

Darf ich zu meinem letzten Punkt kommen. Als wir vor einem Jahr uns über den Terminplan für 1972 unterhalten haben, war ich nach Absprache hier im Vorstand zu dem Ergebnis gekommen, daß der Montag für alle Sitzungen der geeignete Termin war. Das wurde von einigen unserer Freunde vehement bestritten. Und ich habe damals dann gesagt – es war die Mehrheitsmeinung –, wir wollen es jetzt für ein Jahr testen und dann eine erneute Umfrage abhalten. Diese Umfrage hat hier heute stattgefunden und immerhin haben sich beteiligt 26 Mitglieder, das ist eine fast so hohe Wahlbeteiligung wie jetzt bei der Bundestagswahl am 19. November. Das Ergebnis ist eine eindeutige Bestätigung für die Entscheidung, die wir vor einem Jahr getroffen haben, für den Montag. (*Blüm*: Ah, endlich mal ein Sieg. – *Heiterkeit*.) Es liegen 20 Voten für diesen Montag vor, ich werde mir deshalb erlauben, Ihnen in den nächsten Tagen eine Übersicht für das Jahr 1973 zuzustellen. (*Unruhe und Diskussion*. – *Zwischenruf*: Bitte noch eine Wahlanalyse.) Also, wenn Sie genauere Auskünfte haben wollen, will ich das Ergebnis im Ganzen bekannt geben:

„Wochentage, an denen ich ohne besondere Schwierigkeiten an Sitzungen des Bundesvorstandes teilnehmen kann“: Montag 20, Dienstag 7, Mittwoch 3, Donnerstag 6, Freitag 7, Samstag 5. „Der Tag, an dem ich am leichtesten an Sitzungen teilnehmen

kann“: Montag 14, Dienstag 3, Mittwoch 3, Donnerstag 3, Freitag 4, Samstag 2. „Der Tag, der für mich am ungünstigsten ist“: Montag 4, Dienstag 5, Mittwoch 3, Donnerstag 4, Freitag 12, Samstag 10.

Ich glaube, Sie werden mir zubilligen, es bleibt hier wirklich nichts anderes übrig als der Montag. Auf dieser Basis bekommen sie noch in diesem Jahr einen Plan für das Jahr 1973. Sie sind sicher einverstanden, daß wir den hier nach den Gegebenheiten in der Geschäftsstelle vorbereiten und Ihnen zustellen. Ich glaube nicht, daß wir darüber im einzelnen zu beraten brauchen. Die nächste ordentliche Sitzung wird also am Wochenende 27./28. Januar sein. Falls sich aus der Situation andere Sitzungen ergeben, werden wir das so schnell wie möglich bekannt geben. Ein Sekunde noch!

Sprecher: Ich hatte meine Meldung mit Rücksicht auf die Zeit zurückgezogen, zumal ich mich sehr früh gemeldet habe. Ich möchte aber doch eines noch hier wenigstens kurz sagen dürfen. Ich hätte die herzliche Bitte, unabhängig vom Votum der Ostkommission, daß wir in der Frage Karlsruhe höchste Vorsicht walten lassen und zwar aus einem ganz einfachen Grunde. Wenn wir den Mund spitzen, müssen wir flöten! Und nach dem, was ich heute hier gehört habe, sind da noch erhebliche Dinge der Klärung zuzuführen. Infolgedessen würde ich davor warnen, etwa zu sagen ja oder nein. Meine persönliche Auffassung habe ich im Präsidium und woanders dargelegt. Aber ich meine, was Herr Köppler und Herr von Weizsäcker sagten, wenn wir argumentieren, müssen wir zunächst politisch argumentieren, um nicht in eine unheilvolle Ausgangsposition für den Fall des Falles zu kommen. Mehr kann ich hier nicht mehr sagen, ich kann es nicht begründen, aber sonst schwant mir da Böses.

Kraske: Vielen Dank, die Sitzung ist geschlossen!